



Dr. Nina Scheer

Mitglied des Bundestages

RECHENSCHAFTSBERICHT 2023 - 2025





Liebe Genossinnen und Genossen,

der Rechenschaftsbericht über mein Wirken als Eure Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd knüpft zeitlich an den Bericht für die Kreisparteitage am 16. September und 14. Oktober 2023 an. Er behandelt sowohl die parlamentarische Arbeit in den Ausschüssen, Gremien und der Fraktion, die vielfältige Arbeit vor Ort im Wahlkreis als auch Termine auf Einladung andernorts.

Seit 2013 vertrete ich den Bundestagswahlkreis 010 Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd im Deutschen Bundestag; in der Legislatur 2021–2025 als direkt gewählte Abgeordnete. Mit der Bundestagswahl 2025 zog ich über die Landesliste in den Bundestag ein. Meine beiden Wahlkreisbüros (Geesthacht und Ahrensburg) teile ich mir mit den SPD-Ortsvereinen. Für die vorgezogene Bundestagswahl 2025 wurde ich auf Platz zwei der Landesliste („Spitzenduo“) gewählt. Zuvor hatte mich die Wahlkreiskonferenz im November 2024 als SPD-Direktkandidatin für den Bundestagswahlkreis 010 nominiert.

Bei der Bundestagswahl 2025 haben wir als SPD herbe Verluste eingefahren. Anders als in 2021 habe ich den Wahlkreis 2025 nicht direkt gewonnen. Differenziert betrachtet, zeigen die Erststimmenergebnisse in ganz Schleswig-Holstein und auch im angrenzenden Niedersachsen: je ländlicher, desto niedriger das Erststimmenergebnis. Zumindest in der größten Stadt des Kreises, Geesthacht, lag ich mit 28,2 % in den Erststimmen vorn und damit in etwa gleichauf mit dem Erststimmenergebnis für den Wahlkreis 11, Lübeck (28,1 %; inklusive der wenigen dem WK 11 zugehörigen Dörfer).

Mit Freude nehme ich Euren und den Auftrag der Bürgerinnen und Bürger unserer Region wahr, um entlang der politischen Handlungsbedarfe stetig für mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einzutreten. In den Gesprächen vor Ort, mit euch, in den Ortsvereinen, mit den kommunalen Vertretungen und Verwaltungsspitzen, aus zahlreichen Veranstaltungen und weiteren Anlässen bei Vereinen, Verbänden, wirtschaftlichen Vereinigungen, Unternehmen sowie mit Bürgerinnen und Bürgern nehme ich wertvolle Perspektiven auf. Das ist mein Selbstverständnis von Abgeordnetentätigkeit.

Regelmäßig lade ich zu offenen Bürgersprechstunden abwechselnd in meine Wahlkreisbüros sowie an einen öffentlichen Ort in Ratzeburg ein. Neben der Veranstaltungsreihe der SPD-Bundestagsfraktion „Fraktion vor Ort“ lade ich auch regelmäßig zu eigenen Veranstaltungsformaten ein. So lud ich beispielsweise im November 2023 gemeinsam mit Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach in Geesthacht zu einer Diskussionsveranstaltung zur inzwischen beschlossenen Krankenhausreform ein oder in 2025 gemeinsam mit dem SPD-Kreisverband zu einem Gesprächsabend mit Jean Asselborn „Wege zum Frieden“.

In den folgenden Ausführungen gebe ich eine kurze Übersicht zu politischen Themen, denen sich detaillierte Erläuterungen zu einer Auswahl an Themen anschließen.

Mit herzlichen Grüßen Eure



Nina Scheer

**Dr. Nina Scheer · Mitglied des Deutschen Bundestages
Energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion
Sprecherin der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein
nina.scheer@bundestag.de · www.nina-scheer.de**

Platz der Republik 1 · 11011 Berlin · Tel.: 030 227 73537 · Fax: 030 227 76539
Wahlkreisbüro Ahrensburg · Manhagener Allee 14 · 22926 Ahrensburg
Wahlkreisbüro Geesthacht · Markt 17 · 21502 Geesthacht

ÜBERSICHT

Seit vielen Jahren setze ich mich für Klimaschutz und eine zu beschleunigende Energiewende ein. Während der Ampel-Koalition brachte ich als Klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und Obfrau im Ausschuss für Klimaschutz und Energie die Energiewende ein entscheidendes Stück voran.

Für die Koalitionsverhandlungen wurde ich zur stellvertretenden Leitung der Arbeitsgruppe Klimaschutz und Energie berufen und hatte somit gewichtigen Einfluss auf das betreffende Kapitel des Koalitionsvertrages.

**ERLÄUTERUNGEN ZUM KOALITIONSVERTRAG
KLIMA UND ENERGIE**

Stand: 21. April 2025

Dr. Nina Scheer, MdB

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Koalitionsvertrag enthält im Bereich Klimaschutz und Energie viele Aussagen, die uns in der Energiewende nach vorne bringen – in der Nutzung aller Potenziale Erneuerbarer Energien und durch den auch systemischen Umstieg auf die Erneuerbaren – mit Speichern, effektivem Netzaus- und -umbau. Es bleibt beim Atomausstieg. Zugleich sind auch kritische Aussagen enthalten, etwa die Ermöglichung von CCS an Gaskraftwerken oder die heimische Förderung von Erdgas.

In zielgerechter Umsetzung überwiegen nach meinem Verständnis die klaren Aussagen zugunsten der Energiewende und die Energiewende zum Erfolg machen zu wollen.

Im Einzelnen wie folgt eine persönliche Einordnung. Aussagen in Anführungszeichen zitieren den Koalitionsvertrag. Hervorhebungen kennzeichnen Schlüsselbegriffe/Schlüsselaussagen.

Solidarische Grüße
Eure
Nina

Aussagen, die Klimaschutz und Energiewende stärken:

Details können folgenden Erläuterungen entnommen werden, https://www.nina-scheer.de/wp-content/uploads/sites/1229/2025/04/scheer_20250421.pdf; vgl. auch S. 79 ff

In der 21. Legislaturperiode wurde Klima mit Umwelt zusammengefasst; von Umwelt ging Verbraucherschutz zurück zum Rechtsausschuss; Energie wurde mit Wirtschaft zusammengefasst. Der geschäftsführende Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion entschied eine Aufteilung der Sprecherfunktionen für Wirtschaft und Energie. Ohne Gegenkandidatur wurde mir von der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie sowie der SPD-Bundestagsfraktion das Vertrauen als **Energiepolitische Sprecherin und Obfrau für Energie im Ausschuss für Wirtschaft und Energie** ausgesprochen.

Während ich in der vergangenen Legislatur Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie und stellvertretendes Mitglied im Rechtsausschuss war, bin ich in der 21. Legislaturperiode Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, zusätzlich im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz und Nukleare Sicherheit sowie im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz. Zudem bin ich erneut Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur.

Auch wenn Gesetzgebung immer ein Gemeinschaftswerk ist, lässt sich gleichwohl auf Entscheidungen zurückblicken, die ohne mein Zutun nicht erreicht worden wären. So wurde im Zuge der Energiepreisbremsen der von mir gemeinsam mit Prof. Jens Südekum entwickelte Mechanismus eines **Energiesparbonus** mit integriert. Ich erreichte, dass in der Hochphase der Energiepreiskrise in Ausgestaltung des Energiesicherheitsgesetzes eine gesetzliche Priorisierung erfolgte, wonach zunächst der Staat einzuspringen hat.

Für viele Diskussionen hatte das **Gebäudeenergiegesetz** (GEG, auch „Heizungsgesetz“ genannt) gesorgt. Auf mein Hinwirken wurden im Zuge der Verhandlungen eine Steigerung und soziale Staffelung von Förderbedingungen, die Verzahnung mit der Kommunalen Wärmeplanung, eine breitere Anwendbarkeit Erneuerbarer Energien-Technologien sowie auch verbesserter Mieterschutz erreicht.

Inzwischen haben **Erneuerbare Energien** in Deutschland ca. 60 % Anteil am Bruttostromverbrauch. Dies ist auch auf den Abbau von Hemmnissen zurückzuführen, die ich mit verhandelt hatte. 2023 waren es noch ca. 7 % weniger.

Nach dem Koalitionsbruch zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP gelang es Ende Januar mit den Grünen und der Union noch ein Energiepaket zu verabschieden, das ich für die SPD-Bundestagsfraktion verhandelte. Mit den Gesetzen wurde etwa die Bioenergie stabilisiert, inklusive einer Erhöhung des Ausschreibungsvolumens und der Einführung eines Flexibilitätszuschlags, der Rechtsrahmen zur Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) verlängert sowie die Optimierung der Netzintegration von Solarenergie beschlossen.

Der von mir 2018 initiierte „**Sozialdemokratische Energiewende-Appell**“ (www.energiewende-appell.de) führte mit über 1700 Unterzeichnenden zu einer bundesweiten Vernetzung, die sich u.a. sichtbar in den Anträgen zum Bundesparteitag abzeichnet und dazu beigetragen hat, dass sich in der SPD verstärkt klimapolitisch engagierte Menschen versammeln. Seither leitete ich bis heute ca. 50 bundesweite Vernetzungstreffen. Es gelang auf diesem Weg eine klare Linie der Energiewende in und für die Sozialdemokratie zu zeichnen und im Rahmen der fortschreitenden Entwicklung zu stärken. Die fortgesetzt zu beschleunigende Energiewende für bezahlbare und weltweit verfügbare sowie klimagerechte Energie braucht politische Kräfte nach Maßgabe von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Unter meiner Federführung und auf meine Initiative hin hat die SPD-Bundestagsfraktion in einem Positionspapier klare Bedingungen und **Leitplanken im Umgang mit Technologien zur Speicherung und Abscheidung von CO2 (CCU/CCS)** beschlossen. Die Vermeidung von CO2 muss immer Vorrang haben.

Im Sommer 2023 hatte der Deutsche Bundestag über Vorschläge zur gesetzlichen **Neuregelung der Suizidhilfe** abgestimmt. Im Vorfeld hatte ich den Entwurf zusammen mit Renate Künast, Katrin Helling-Plahr, Helge Lindh und weiteren Abgeordneten im Wege eines Gruppenantrages erarbeitet. Dieser sah unter anderem eine Regelung zur Zugänglichkeit medizinischer Hilfe außerhalb des Strafrechts, den Aufbau eines Beratungsnetzwerks und Härtefallregelungen unter Ausschluss von Regelungen für Minderjährige vor. Ein weiterer Antrag um den Abgeordneten Lars Castellucci und insbesondere Unionsabgeordneten sah unter anderem eine Neuaufage des schon einmal in alter Fassung für verfassungswidrig erklärt § 217 Strafgesetzbuch vor. Keiner der Anträge erhielt eine Mehrheit. Gleichwohl konnte in Ablehnung einer Strafbarkeitsregelung eine neuerliche Kriminalisierung von Suizidhilfe abgewendet werden.

Unabhängig von den diskutierten Initiativen zu einem **AfD-Verbotsantrag** halte ich es für geboten, den Weg eines Parteiverbotsantrags zu entpolitisieren. Wenn verfassungsfeindliche Wirkweisen einer Partei gegeben sind, muss es möglich sein, den verfassungsrechtlichen Schutz eines Parteiverbots wirksam werden zu lassen, ohne dass ein entsprechendes Antragsverfahren aus sich heraus dem Vorwurf parteipolitischer Motive ausgesetzt ist. Um dem entgegenzuwirken, unterbreitete ich den Vorschlag, dem Bundesamt für Verfassungsschutz, alternativ der Generalbundesanwaltschaft, die Befugnis einzuräumen, einen solchen Verbotsantrag am Bundesverfassungsgericht selbst zu stellen. Die übrigen antragsberechtigten Verfassungsorgane wären dabei zwingend mit einem Vetorecht gegen die Antragstellung des Verfassungsschutzes auszustatten, um Missbrauchsanfälligkeit eines solchen Antragsweges auszuschließen. Ein solcher Weg bedürfte einer Änderung am Bundesverfassungsgerichtsgesetzes. Die Änderungen fanden bislang allerdings fraktionsseitig keine hinreichende Zustimmung. Der denkbare Weg eines Gruppenantrags, für den es aus allen demokratischen Fraktionen Mitstreiter gibt, bedarf seinerseits einer koalitionären Verständigung, die weder in der 20. Legislatur noch bislang mit der schwarz-roten Koalition gegeben ist.

Meine Position zu der im Herbst 2024 vom Bundestag verabschiedeten sogenannten **Antisemitismus-Resolution**, einem Entschließungsantrag zu Antisemitismus, erläuterte ich in Stellungnahmen und einer persönlichen Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. Darin verurteilte ich den Angriff der Hamas auf Israel. Auch bekräftigte ich das Existenzrecht Israels und die Bekämpfung von Antisemitismus. Gleichzeitig wies ich auf die Problematik mit der in der Resolution verwendeten IHRA-Definition von Antisemitismus hin und warnte vor der Gefahr, dass in Orientierung an dieser Definition Kritik an der israelischen Regierung fälschlicherweise als Antisemitismus interpretiert werden kann und als solche mit den Maßgaben des vom Bundestag verabschiedeten Entschließungsantrages sanktioniert werden kann. Beispiele hierfür werden durch Gerichtsentscheidungen bestätigt, die bereits in Folge einer früheren Verwendung der betreffenden Definition ergingen. Höhere Gerichte, einschließlich der europäischen Gerichtsbarkeit, hoben entsprechende Urteile dann später wieder auf. Die mit der Resolution erklärten betreffenden Maßgaben halte ich für verfassungswidrig. Die aufgeworfenen Fragestellungen waren unter anderem Gegenstand eines Streitgesprächs zwischen dem Bundestagsabgeordneten Konstantin Kuhle und mir in DIE ZEIT.

Weiterhin konnte ich **Fördermittel** in unsere Region holen: Aus dem Denkmalschutzsonderprogramm profitierten sowohl das Ahrensburger Schloss, der Domturm in Ratzeburg, die Nathan-Söderblom-Kirche in Reinbek sowie das Gutshaus Kulpin, das nach Sanierung auch als Veranstaltungsstätte genutzt werden soll. Auch Sportstätten konnte ich für die Erlangung von Fördergeldern unterstützen. Unterstützung wurde zudem einigen Schulen unserer Region im Rahmen des Startchancen-Programmes zuteil.

Detaillierte Ausführungen finden sich auszugsweise in den folgenden Ausführungen und darüberhinausgehend in meinen Wochenspiegeln und weitergehenden Veröffentlichungen, abrufbar auf meiner Homepage, www.nina-scheer.de.

THEMEN IM EINZELNEN (Auswahl)

Der Rechenschaftsbericht für den Zeitraum von Oktober 2023 bis November 2025 gibt einen (zur Einführung ergänzenden) Überblick über ausgewählte Themen. Das Archiv findet sich unter <https://www.nina-scheer.de/category/archiv/newsletter/>.

Die letzten zwei Jahre waren in Berlin von tiefgreifenden politischen und haushälterischen Turbulenzen geprägt.

Das **Urteil des Bundesverfassungsgerichts im November 2023** hat dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) 60 Milliarden Euro entzogen. Statt auf dieser Basis als Ampel Koalition gemeinsam ein neues haushälterisch belastbares Fundament für die gemeinsam als „Fortschrittskoalition“ verständigten Vorhaben zu erreichen, für das die Reform der Schuldenbremse unerlässlich war, boykottierte die FDP eben diesen Weg. Dies führte im Zusammenhang mit der Haushaltsaufstellung 2025 letztlich zum Bruch der Ampel-Koalition.

Gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion und auch basierend auf jüngeren Beschlüssen unserer Partei setzte ich mich für eine Reform der Schuldenbremse ein. Zu dieser Thematik war ich etwa auch zu Gast bei Phönix TV, Unter den Linden, gemeinsam mit Prof. Hans-Werner Sinn.

Die Transformation zur Klimaneutralität ist nur durch diese massiven öffentlichen Investitionen zu stemmen, zumal nach gewachsenen Rahmenbedingungen nach wie vor jährlich ca. 50 Milliarden klimaschädliche Subventionen verausgabt werden, die marktliche Transformationsschritte entsprechend hemmen.

Die Konflikte in der Ampel-Koalition waren auch im Energiepolitischen Kontext ausgeprägt: So versuchte ich im Rahmen des Solarpaket I, das wir letztlich im April 2024 verabschiedeten, einen Schutzmechanismus für die heimische Solarwirtschaft einzubauen, die verstärkt durch international wettbewerbswidriges Verhalten und angesichts einer 95%igen Abhängigkeit von chinesischen Modulen unter Druck geriet.



Zwar ist Außenhandel EU-Angelegenheit. Aber auch auf nationaler Ebene kann mit entsprechenden Verwerfungen umgegangen werden, etwa mit einem von mir geforderten „**Resilienzbonus**“. Über Wochen zogen sich - über den Jahreswechsel 2023/2024 - die Verhandlungen hin; die FDP verweigerte eine entsprechende Regelung. In Reaktion hierauf schloss der letzte in Deutschland in diesem Segment verbliebene größere Solaranlagenhersteller in Freiberg/Sachsen seine Werkshallen.

Für das gleichwohl (ohne einen Resilienzbonus) verabschiedete Solarpaket verweigert die EU-Kommission bis heute ihre beihilferechtliche Genehmigung. So sind dringend benötigte Vereinfachungen etwa für Agri-PV seither nicht anwendbar. Ich formulierte hierfür unter anderem auch ein Schreiben, das der Beirat der Bundesnetzagentur an die EU-Kommission richtete.

Die EU-Kommission macht für die Genehmigung zur Bedingung, dass Deutschland einen Gewinnabschöpfungsmechanismus für Erneuerbare Energien einführt, sog. Claw-Back-Mechanismus. Dieser ist aber erst ab 2027 geltendes Recht. Meines Erachtens müsste das Verhalten der EU-Kommission von Seiten der Bundesregierung mit einer Klage vor dem EuGH beantwortet werden.

Die energiepolitische Debatte wurde zudem kontinuierlich durch die Forderungen der CDU/CSU und auch des Koalitionspartners FDP sowie der AfD nach einer verlängerten Nutzung bzw. einem Wiedereinstieg in die **Atomenergie** überschattet. Im Juni 2024 beantragte die Union die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Atomenergienutzung, um aus internen Vermerken des Klima- und Wirtschaftsministeriums einen Skandal zu konstruieren. Die Vorhalte ideologischen Agierens waren reinster Populismus und legten ihrerseits dar, wie sehr der Ruf nach Atomenergie eben diesem Vorwurf seinerseits entspricht! Atomenergie ist die mit Abstand teuerste Form der Stromgewinnung. Dennoch berufen sich die Befürworter von Atomenergienutzung auf die Marktwirtschaft. Ich habe diese Versuche stets zurückgewiesen und klargestellt, dass der Zickzack-Kurs der Union in der Atompolitik der eigentliche Skandal ist, da Atomenergie zudem bis heute unbeherrschbare Risiken birgt und die Endlagerfrage für hochradioaktive Abfälle nach wie vor ungelöst ist.

Auch die Frage der **Finanzierung der Netzinfrastruktur** prägte die politischen Geschehnisse, da hieran auch „Bezahlbarkeit“ von Energie hängt. Die Union verweigerte im Dezember 2024 die Zustimmung zu einem Gesetzentwurf von SPD und Bündnis 90/Die Grünen über einen Bundeszuschuss von 1,32 Milliarden Euro zur Senkung der Übertragungsnetzentgelte für 2025. Nach meiner - auch in der öffentlichen Debatte eingebrachten - Überzeugung, brauchen wir eine Reform in der Finanzierung für Netzausbau- und Umbaukosten. Statt über Netzentgelte sollten sie, wie auch der Straßenbau, aus Steuern finanziert werden.

Es kann nicht sein, dass 500-800 Milliarden Infrastrukturausgaben, die binnen weniger Jahre für dann aber mehrere nachfolgende Generationen aufzubringen sind, allein über Netzentgelte und damit über VerbraucherInnen geleistet werden. Schließlich werden die Straßen ebenfalls über Steuern finanziert. Entsprechende Klärungsprozesse und konzeptionelles Handeln habe ich bereits in der Koalition eingebracht; aktuell liegt es beim Koalitionspartner, den (bereits verständigten) nächsten Schritt zu leisten.

Die Transformation hat zudem längst eine **sicherheitsrelevante Dimension** angenommen, was durch die Preisseigerungen aufgrund der Abhängigkeit von fossilen Ressourcen im Jahr 2022 klar wurde. Eine bedeutende gesetzliche Weichenstellung war die Verabschiedung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) im April 2024. Hierin wurde die Finanzierungsarchitektur für den Aufbau eines ca. 9.700 Kilometer langen **Wasserstoff-Kernnetzes** bis 2032 als Basis für den weiteren Ausbau beschlossen. Die Herausforderung lag auch hier in der Finanzierung. Es wurde nun ein sogenanntes Amortisationskonto geschaffen, das Investitions- und Betriebskosten zwar über Netzentgelte finanziert, allerdings zeitlich bis 2055 gestreckt, und diesbezüglich staatlich absichert. Darin enthalten ist eine Garantieleistung des Staates für den Insolvenzfall.

BESCHLEUNIGUNGSSCHRITTE FÜR WINDENERGIEAUSBAU

Im Juni 2024 beschloss der Bundestag eine große Novelle des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG), um Planungs- und Genehmigungsprozesse wesentlich zu vereinfachen und zu beschleunigen. Im Zentrum der Novelle stand die Repowering-Thematik, die den Ersatz alter Windkraftanlagen durch leistungsstärkere neue Anlagen betrifft. Das Repowering einer Windkraftanlage setzt die Abschaltung der Altanlage zudem nicht bereits bei Beginn des Vorhabens voraus, sondern erst mit Inbetriebnahme der neuen Anlage.

Da die Frist zur vollständigen Umsetzung entsprechender EU-Vorgaben, die sogenannte Notfall-Verordnung, auszulaufen drohte, wurden im Sommer 2025 auf mein Hinwirken hin weitere Vereinfachungen für Solar- und Windenergie beschlossen. Die Gesetzgebung diente dazu, die bereits befristet geltenden Erleichterungen aus der europäischen Notfallverordnung zur beschleunigten Genehmigung Erneuerbarer-Energien-Anlagen zu verstetigen und zu erweitern. Dies umfasste etwa Erleichterungen bei Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVPs), die Genehmigungsverfahren häufig unnötig verlängern.

Mit dieser Umsetzung erwirkte die CDU/CSU-Fraktion aber zugleich eine Änderung mit aufzunehmen, die sie im Koalitionsvertrag verankert hatte und die sich eher hemmend auf die Windenergie auswirken wird, indem sich der Windenergieausbau stärker auf die Windflächenplanung zu konzentrieren hat. Ich setzte wiederum während der Verhandlungen durch, dass diese Einschränkungen maximal restriktiv ausfielen. So werden nun die Kommunen nach wie vor die Möglichkeit haben, auf Basis des Überragenden öffentlichen Interesses Erneuerbarer Energien (§ 2 EEG) auch jenseits ländelseitiger Regionalplanungen zu Vorrangflächen für Windenergie, Windkraftanlagen zuzulassen. Damit wird auch regionale Wertschöpfung und örtliche Beteiligung gestärkt.

ENERGIEWENDE-MONITORING

Mit dem Koalitionsvertrag wurde ein Energiewende-Monitoring vereinbart, um den Stand der Dinge in Erfahrung zu bringen. Als hierfür federführende Ministerin gab Katherina Reiche dieses Monitoring allerdings mit einer anderen Beschreibung in Auftrag, als wir es ausweislich des Koalitionsvertrages vereinbart hatten. So richtete sie die sogenannte Leistungsbeschreibung auf einen „Neustart der Energiewende“ aus.

Da der Prozess sowohl von Intransparenz, Verzögerung als auch sachlichen Kontroversen gekennzeichnet war, formulierte ich meine Erwartungshaltungen unter Bezugnahme auf den Koalitionsvertrag in einem an Frau Reiche im Juli 2025 gerichteten Brief. Ich musste sicherstellen, dass wir nicht den „Rückwärtsgang“

einlegen, weswegen ich es als Verantwortung sah, die Einhaltung der hart erkämpften energiepolitischen Leitlinien zu sichern.

Nachdem mein elektronisch verfasstes Schreiben öffentlich geworden war, stellte ich es auch auf meine Homepage. Zu meinem Schreiben an Bundesministerin Katherina Reiche:

https://www.nina-scheer.de/wp-content/uploads/sites/1229/2025/07/2025-07-21-Monitoringbericht_zur_Energiewende_MdB_Scheer_g.pdf, vgl. S. 83 ff

Pressemitteilung bzgl. Monitoringprozess auf meiner Homepage:

<https://www.nina-scheer.de/2025/09/15/nina-scheer-monitoring-bietet-grundlage-fuer-zu-steigernden-ausbau-erneuerbarer-energien-energiewende-ist-auf-gutem-weg/>, vgl. S. 88

CCS UND GASKRAFTWERKE

Die Frage des Umgangs mit abgeschiedenem CO₂, Carbon Capture and Storage (CCS), wird kontrovers diskutiert. Als SPD-Verhandlungsgruppe haben wir uns bei den Koalitionsverhandlungen klar gegen die Ermöglichung von CCS bei Gaskraftwerken ausgesprochen. Leider haben sich auf Koordinierungsebene in den finalen Verhandlungen CDU/CSU damit durchgesetzt, CCS auch an Gaskraftwerken zu ermöglichen. Ich sehe darin einen Rückschritt sowohl für den Umstieg auf Wasserstoff als auch weitere Alternativen zu Gaskraftwerken. Mit CCS an Gaskraftwerken laufen wir vielmehr Gefahr, unsere Abhängigkeit von fossilen Gasen zu verstetigen.

Für mich, wie auch die SPD-Bundestagsfraktion ausweislich eines Positionspapiers aus 2023, hat die Vermeidung von CO₂-Emissionen Vorrang vor CO₂-Nutzung und die CO₂-Nutzung muss Vorrang vor CO₂-Lagerung haben. In diesem Sinne habe ich mich auch an der Diskussion und Positionierung der SPD Schleswig-Holstein beteiligt, das CCS nun sogar noch weitergehend als die SPD-Bundestagsfraktion ausschließt.

Die CCS-Diskussion hat auch Ausstrahlungswirkung auf die fossilen Gaskraftwerks-Pläne. Es zeichnet sich ab, dass von Katherina Reiche auf deutlich mehr Gaskraftwerke gesetzt wird, als mit dem Koalitionsvertrag („bis zu 20 GW“) vereinbart wurde. Sollte CCS an Gaskraftwerken nicht nur ermöglicht - so ist es nun mit der Koalition vereinbart, sondern auch noch gefördert werden (dies ist nicht vereinbart), könnte dies dazu führen, dass (fossile) Gaskraftwerke unter Anwendung von geförderter CCS-Technik sogar als Klimaschutzmaßnahme gelten und in Konkurrenz zu Erneuerbaren Energien treten. Einen solchen Etikettenschwindel gilt es zu vermeiden!

WEITERE ENERGIEPOLITISCHE WEICHEN

In der Debatte um Atomenergie lehne ich Forderungen der AfD und von Teilen der CDU/CSU ab, die auf eine Weiternutzung oder ein **Rückbaumatorium bei Atomkraftwerken** drängen.

Beim **Klimaschutzgesetz** habe ich den Änderungen zugestimmt, die eine sektorübergreifende Gesamtrechnung anstelle von getrennten Sektorenzielen vorsehen. Es war ein noch mit der Ampel zu verständigender Kompromiss auf Basis der damaligen Einigung. Letztlich müssen allerdings die Maßgaben des Bundesverfassungsgerichts eingehalten werden. Deswegen bleibt der beschleunigte Ausbau Erneuerbarer Energien und deren Nutzung in allen Sektoren so bedeutsam.

Im Bereich **Solarförderung** habe ich die von Katherina Reiche angekündigten Kürzungen für Dachanlagen scharf kritisiert, zumal sie nicht mit der koalitionären Einigung vereinbar sind. Wir haben vielmehr verständigt, dass wir alle Potenziale der Erneuerbaren Energien nutzen wollen. Schließlich habe ich mich eindeutig gegen **Gasbohrungen vor Borkum** positioniert - bereits vor Verabschiedung des Koalitionsvertrages. Und auch, wenn dieser nun (entgegen dem Votum der SPD-Arbeitsgruppe) erklärt, heimische Gasförderungen zu wollen, ist damit kein Freifahrtschein für jedes

potenzielle Gasfördergebiet erklärt. Die Entscheidungen müssen immer noch jeweils vor Ort zu rechtfertigen und verantwortbar sein. In Bezug auf das Gasfeld vor Borkum sind Gasbohrungen mit Blick auf das zu schützende Wattenmeer nicht zu rechtfertigen.

Zum Beschluss des LPR vom 9. März 2024 (Positionspapier SPD Schleswig-Holstein):
https://www.nina-scheer.de/wp-content/uploads/sites/1229/2024/03/2024-03-09-LPR_SPD_SH_Beschluss_CCS.pdf

Zu meiner Positionierung gegen CCS auch für Gaskraftwerke:

<https://www.deutschlandfunk.de/zu-eu-klimazielen-fuer-2040-interview-nina-scheer-spd-klimaexpertin-dlf-2677da68-100.html>

Zum Statement gegen Gasbohrungen auf Borkum auf der Seite der SPD-Bundestagsfraktion:
<https://www.spdfaktion.de/presse/statements/gasfoerderung-borkum-spd-fraktion-kritisch>

Im Juli 2024 wurden die Gesetzesänderungen zum Energiedienstleistungsgesetz (EED-Umsetzung) in erster Lesung behandelt, um weitere Umsetzungserfordernisse aus der EU-Energieeffizienzrichtlinie (EED) zu erfüllen. Bei diesem Gesetz ging es vor allem darum, unbürokratische **Energieeffizienz-Potenziale** zu heben und Erleichterungen für Unternehmen zu schaffen, etwa durch die Schaffung einer Plattform für Abwärme. Die Gesetzgebung wurde als notwendig erachtet, da Akteure ansonsten oft nicht in der Lage sind, diese Potenziale zu nutzen.

VERFASSUNGS- UND HAUSHALTSPOLITIK

Wie bereits erwähnt, setze ich mich seit Langem und intensiv für eine Reform der Schuldenbremse ein. Nachdem die FDP eine Reform verweigert hatte, aber in jener Zeit auch CDU/CSU mit Friedrich Merz vehement gegen eine Reform agierten, wurde nach der Bundestagswahl sehr schnell klar, dass höchste Eile für eine betreffende Grundgesetzänderung geboten war. Anders wären dringend benötigte Vorhaben, sowohl für die Verteidigungsfähigkeit als auch für Klimaschutz und Infrastruktur, nicht zu leisten.

So beschloss der Bundestag noch in der alten Zusammensetzung Veränderungen des Grundgesetzes, wonach die Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben, Zivil- und Katastrophenschutz sowie Hilfen für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten von über 1 % des BIP nicht gilt und zudem ein **Sondervermögen** in Höhe von 500 Mrd. Euro für Infrastruktur und Klimaschutz (in Höhe von 100 Mrd.) eingerichtet wurde. Hierbei wurden die Elemente der Zusätzlichkeit der Investitionen mit verankert, sowie dass 100 Mrd. Euro an die Länder für die Kommunen gehen.

In meiner Rede zur Grundgesetzänderung betonte ich, dass Infrastrukturleistungen und Klimaschutz elementar für unsere Resilienz und Zukunftsfähigkeit sind. Ich hob hervor, dass es generationengerecht ist, diese Investitionen jetzt zu vollziehen, da ein Unterlassen von Maßnahmen gegen die Klimakrise die nachfolgenden Generationen um ein Vielfaches stärker belasten würde.

Zur Rede zur Grundgesetzänderung im Wortlaut:

<https://www.nina-scheer.de/2025/03/18/rede-gezetz-zur-aenderung-des-grundgesetzes/>

In meiner Rede zur ersten Lesung des Haushalts 2025 Ende September 2024 betonte ich bereits, dass Kürzungen zulasten der Transformation angesichts der massiven Investitionsbedarfe und des internationalen Wettbewerbs nicht vertretbar sind.

Zu meiner Rede zur Reform der Schuldenbremse:

<https://www.youtube.com/live/2hTzj2HZGI0?feature=shared&t=10068>

Zum Gespräch bei „Unter den Linden“ zur Schuldenbremse:

<https://www.youtube.com/live/J5-qVe2iQ4M>

Zur Rede über den Gesetzesentwurf:

<https://www.nina-scheer.de/2024/12/06/rede-uebertragungsnetzkosten-treibhausgasemissionshandel/>

WEITERE AUSGEWÄHLTE THEMEN AUS DEM BUNDESTAG

Im Bereich der sozialen und gesellschaftspolitischen Gesetzgebung wirke ich mit der SPD-Fraktion an vielen Stellen auf Reformen zur Stärkung unseres Gemeinwesens hin. Die Perspektiven gehen etwa bei der Frage nach der Finanzierung und dem Wesen des **Sozialstaates** leider auch innerhalb der Koalition teilweise sehr weit auseinander und sind geradezu gegensätzlich.

Erst jüngst, am 27. Oktober 2025, diskutierte ich hierüber auf Einladung von Phönix mit Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, über diese Fragen und plädierte für einen stärkeren Fokus auf weitere Einnahmemöglichkeiten, ohne die dringend benötigte Investitionen nicht erreichbar seien. Für mich ist die Frage der Finanzierung des Sozialstaates nicht über die „Bereitschaft“ der Reichen gegenüber den ärmeren Mitbürgern zu beantworten, sondern eine gemeinsame gesellschaftliche Pflicht als Ausdruck unseres verfassungsseitig verbrieften Sozialstaates.

Zur Phoenix unter den Linden Sendung vom 27.10.2025 mit Prof. Dr. Hüther:

<https://www.ardmediathek.de/video/unter-den-linden/sozialstaat-unter-druck-was-koennen-wir-uns-in-zukunft-leisten/phoenix/Y3JpZDovL3Bob2VuXguZGUvNTEONTM1NQ>

Ein zentrales politisches Geschehen der letzten zwei Jahre war die **Krankenhausreform**, die schließlich am 17. Oktober 2024 in 2. und 3. Lesung im Bundestag beschlossen wurde. Die schleswig-holsteinische Landesregierung forderte ich auf, die Reform nicht zu blockieren. Die Enthaltung der Landesregierung im Bundesrat am 22. November 2024 hätte andernfalls eine Verzögerung der für die gesundheitliche Versorgung so dringend benötigten Gesetzesänderungen riskiert. Die Zurückweisung von Verantwortung von Seiten des Landes hatte ich scharf kritisiert, da die Länder laut Gesetz für die Investitionskosten und die Krankenhausplanung zuständig sind. Das Land hatte versucht, die Verantwortung für den Standorterhalt öffentlichkeitswirksam auf den Bund abzuwälzen. Damit drang die Landesregierung aber auch aufgrund von Interventionen durch uns Sozialdemokraten und von meiner Seite als örtlicher MdB nicht durch. Intensiv habe ich mich für den Erhalt der Krankenhausstruktur in unserer Region eingesetzt. In Bezug auf Geesthacht ist die Entwicklung mit dem neuen Investor offen. Ein weiterer wichtiger sozialpolitischer Schwerpunkt war für mich die Situation der Bereitschaftsärztinnen. Im Dezember 2023 kritisierte ich scharf die Kündigung von **Bereitschaftsärztinnen** auf Honorarbasis, die ich als nicht nachvollziehbar und überhastet beurteilte.

Zur Pressemitteilung über die Krankenhausreform:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/pressemitteilungen/bundestag-beschliesst-krankenhausreform-pm-17-10-2024.html>

Zum Beitrag zur Krankenhausreform und Besuch in den Krankenhäusern in Reinbek und Geesthacht auf meiner Website:

<https://www.nina-scheer.de/2023/11/06/krankenhausreform-nina-scheer-begruesst-gesundheitsminister-karl-lauterbach-in-reinbek-und-geesthacht/>

Zur Pressemitteilung zur Verantwortungszuweisung des Landes an den Bund im Insolvenzfall des Geesthachter Krankenhauses auf meiner Homepage:

<https://www.nina-scheer.de/2024/09/24/nina-scheer-geesthachter-krankenhaus-erhalten/>

Im April 2024 beschlossen wir eine Stärkung der **Renten** für Bestandsrentner durch Zuschläge von bis zu 7,5 Prozent. Diese Maßnahme trägt dazu bei, den Lebensstandard vieler Rentnerinnen und Rentner zu verbessern und Einkommensverluste auszugleichen.

Zum Beitrag zur Erwerbsminderungsrente: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/faq-erwerbsminderungenrenten-2266870>

Für weitere Reformschritte am Rentensystem wurde eine **Rentenkommission** eingesetzt. Als vorgeschaltete Maßnahmen wird aktuell unter anderem die **Aktivrente** beraten. Sie erlaubt steuerfreie Einnahmen bis 2000 Euro. Auch die **Mütterrente** steht zur Beschlussfassung an.

Im Juli 2025 verlängerten wir im Bundestag die **Mietpreisbremse** bis zum Jahr 2029. Gerade in den angespannten Wohnungsmärkten, wie wir sie auch in der Metropolregion Hamburg erleben, ist diese Maßnahme ein wichtiger Schritt zum Schutz bezahlbaren Wohnraums. Die Mietpreisbremse sichert vielen Menschen das Recht auf angemessenen Wohnraum zu vernünftigen Preisen und gibt uns Zeit, die notwendige Bautätigkeit weiter voranzutreiben. Gleichzeitig haben wir uns im Juli 2025 dafür eingesetzt, Investitionen und Wachstumsimpulse für die deutsche Wirtschaft zu setzen. Wir verabschiedeten das Steuerliche Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, bekannt als Wachstumsbooster-Gesetz.

Zur Pressemitteilung zur Verlängerung der Mietpreisbremse:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/verlaengerung-mietpreisbremse-2350648>

Die soziale Frage des **Familien nachzugs** zu subsidiär Schutzberechtigten war eine der schwierigsten politischen Entscheidungen im Juni 2024, war aber einer Einigung aus dem Koalitionsvertrag geschuldet. Die SPD-Fraktion setzte eine für uns wesentliche Bedingung der Befristung dieser Regelung auf zwei Jahre durch sowie die Einführung einer transparenten Härtefallregelung: Damit wurde gewährleistet, dass humanitäre Ausnahmen möglich bleiben und Menschen in besonders schwierigen Situationen Schutz erfahren.

Zum Gesetzesentwurf des Verhandlungskompromisses:

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/003/2100321.pdf>

Zur Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses:

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/006/2100634.pdf>

Bereits im Februar und März 2024 wurde nach intensiver Diskussion das **Cannabisgesetz** beschlossen, um den privaten Anbau, Besitz und Konsum zu entkriminalisieren. Das Gesetz zielte darauf ab, den existierenden Schwarzmarkt für Cannabis zurückzudrängen und damit dessen Einfluss zu mindern. Die Neuregelung ermöglichte den privaten Eigenanbau von bis zu drei Cannabispflanzen am eigenen Wohnort, wobei der Besitz dort bis zu 50 Gramm Cannabis betragen durfte. Auch der Besitz von bis zu 25 Gramm in der Öffentlichkeit wurde künftig straffrei. Die politischen Diskussionen waren von der Herausforderung bestimmt, die Entkriminalisierung mit striktem Kinder- und Jugendschutz zu verknüpfen. Die strikten Jugendschutzmaßnahmen sehen vor, dass der Konsum von Cannabis in unmittelbarer Gegenwart von Kindern und Jugendlichen verboten ist. Im öffentlichen Raum ist der Konsum in der Nähe von Kitas, Schulen, Spiel- und Sportplätzen nicht gestattet (für 18- bis 21-Jährige gelten in Bezug auf die Abgabemenge und den THC-Gehalt noch einmal verschärfte Vorschriften).

Ein weiteres zentrales Element war die Schaffung von nicht-gewerblichen Clubs (sogenannten Cannabis Clubs oder Anbauvereinigungen), die den kontrollierten Anbau und die Weitergabe von Cannabis ermöglichen, wobei der Betrieb eine behördliche Erlaubnis erfordert und einer strikt organisierten Überwachung unterliegt. Nach Vorlage der Evaluation ist nun eine neue Diskussion um das Cannabis-Gesetz entfacht. Die Union hatte sich aus der Opposition heraus vehement gegen das Gesetz ausgesprochen und hält diese Position weiter aufrecht.

Mit einer **Änderung des Telekommunikationsgesetzes** wurde der Ausbau von Mobilfunk- und Glasfasernetzen als im überragenden öffentlichen Interesse festgeschrieben.

AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Die letzten Jahre waren stark vom russischen **Angriffskrieg auf die Ukraine** und den daraus resultierenden außenpolitischen Herausforderungen geprägt. Angesichts dieser Lage sehe ich zur Vermeidung von Eskalationsspiralen eine gewachsene Verantwortung, die militärische Unterstützung sorgfältig abwägt und gleichzeitig diplomatische Wege zur Friedensfindung priorisiert:

Im Rahmen einer Persönliche Erklärung nach § 31 GO BT erläuterte ich die Gründe für meine Ablehnung einer Lieferung von Taurus Marschflugkörpern an die Ukraine. Es bedarf nach meiner Einschätzung mehr diplomatischer Anstrengungen – gerade, wenn die Bereitschaft für Diplomatie in Frage steht. Dies muss erst recht gelten, wenn ein Ende des Krieges auf militärischen Weg kaum ohne weitere Eskalationen vorstellbar erscheint. Ich begrüßte aus diesen Gründen ausdrücklich, dass Bundeskanzler Olaf Scholz damals entsprechenden Forderungen für Lieferungen von Langstreckenwaffen nicht nachgab.

Es gilt die Ukraine als völkerrechtswidrig angegriffenen Staat zu schützen, zugleich aber die Linien einer eigenen Kriegsbeteiligung gegenüber Russland nicht zu überschreiten sowie Eskalationen zu vermeiden. Ich betonte an verschiedenen Stellen, dass wir verstärkt nach diplomatischen Wegen suchen müssen, damit der Krieg schnellstmöglich beendet werden kann.

Zu meiner persönlichen Erklärung:

<https://www.nina-scheer.de/2024/02/22/persoenliche-erklaerung-zehn-jahre-russischer-krieg/>

Ich schloss mich in diesem Sinne auch dem zivilgesellschaftlich formulierten **Manifest "Friedenssicherung in Europa durch Verteidigungsfähigkeit, Rüstungskontrolle und Verständigung"** an, um mich gegen eine Aufrüstungs- und Eskalationsspirale auszusprechen.

Zum Manifest des Erhard-Eppler-Kreises „Friedenssicherung in Europa durch Verteidigungsfähigkeit, Rüstungskontrolle und Verständigung“: <https://www.erhard-eppler-kreis.de/manifest/>

Im gleichen Kontext diskutierte ich etwa auf Einladung von Phoenix u.a. mit Prof. Sönke Neitzel über dies betreffende Fragen zur Finanzierung und Unterstützung der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg. Zur Phoenix Sendung vom April 2024:

<https://www.phoenix.de/sendungen/gespraechsabende/phoenix-runde/phoenix-runde-vom-2304-a-4384982.html>

Gemeinsam mit dem SPD-Kreisverband lud ich Anfang Februar 2025 Jean Asselborn nach Geesthacht ein, um über „Wege zum Frieden“ zu diskutieren. Der Abend mit Jean Asselborn, ehemaliger Außenminister von Luxemburg, war von ca. 180 Gästen besucht. Wir wiesen mit dem Gesprächsabend auf die humanitäre Menschheitsaufgabe hin, Menschenleben zu schützen und Völkerrechtsbrüchen zu begegnen. In diesem Sinne forderten die akuten Konflikte und Kriege auf, mögliche Wege zum Frieden zu suchen.

Zur Veranstaltung mit Jean Asselborn, Foto siehe Folgeseite:

<https://www.spd-herzogtum-lauenburg.de/2025/01/27/gespraechsabend-mit-jean-asselborn-und-nina-scheer-ueber-wege-zum-frieden/>

Der **Nahost-Konflikt** und die damit verbundenen Debatten über Antisemitismus, Völkerrecht und die deutsche Verantwortung prägten die politische Agenda in den Jahren 2024 und 2025 maßgeblich: Im November 2024 verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP einen interfraktionellen Antrag mit dem Titel „Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“.

Zum Antrag von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/136/2013627.pdf>



Die Abstimmung führte in der SPD-Fraktion zu einer kontroversen Diskussion, da die zuvor verständigte Aussprache über den Umgang mit der sogenannten IHRA-Definition (vgl. die noch folgenden Ausführungen) ausgeblieben waren. Als Fraktion standen wir vor der Entscheidung, einen verhandelten Text nur zustimmen oder ablehnen zu können, wobei die Abstimmung mit Blick auf den bevorstehenden 9. November als nicht verschiebbar galt. Die Aussagen zur IHRA-Definition wurden für sich genommen von einigen Mitgliedern der Fraktion als mit unserer Verfassung unvereinbar gewertet. So auch von mir. Aus diesen Gründen enthielt ich mich bei der Verabschiedung der Resolution, begründete mein Abstimmungsverhalten aber mit einer Persönlichen Erklärung laut § 31 GOBT.

Meine Persönliche Erklärung im Wortlaut:

Persönliche Erklärung nach § 31 GO BT der Abgeordneten Dr. Nina Scheer zum TOP 6 am 7. November 2024 über den Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“, (Drucksache 20/13627)

Jede und jeder einzelne von uns Deutschen trägt die Verantwortung – damals wie heute – streng darüber zu wachen, dass sich keine gesellschaftliche Konsensbildung Bahn bricht, die geeignet ist, Menschenrechte zu beeinträchtigen und Entrechtung entstehen zu lassen. Wir brauchen Selbstkritik und Achtsamkeit, um zu erkennen, ob und an welcher Stelle entsprechende Entwicklungen entstehen können. Wenn etwa von Mitgliedern der AfD Deportationspläne verfolgt werden, wenn der Alterspräsident (AfD) im Thüringischen Landtag bei der konstituierenden Sitzung durch selbstermächtigendes Verhalten das Einschreiten des Landesverfassungsgerichts erforderlich macht, der thüringische Spitzenkandidat aufgrund von verwendeter Nazi-Sprache verurteilt und seine Partei im Land dennoch mit den meisten Stimmen gewählt wurde oder etwa jüngst AfD-Kommunalpolitiker vor bevorstehenden Umsturz-Angriffen festgenommen wurden, sind das ernst zu nehmende Entwicklungen.

Den menschenverachtenden Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 verurteile ich aufs Schärfste; mein Mitgefühl gilt allen betroffenen Familien und der israelischen Bevölkerung sowie den nach wie vor in der Gewalt der Hamas befindlichen Geiseln und ihren Familien. Die fortwährenden Angriffe auf Israel müssen aufhören. Das Existenzrecht Israels muss unmissverständlich verteidigt werden. Zugleich muss es für die palästinensische Bevölkerung eine Perspektive geben, die mit der Zwei-

Staaten-Lösung geschaffen werden kann und muss. Auf diese Perspektive geht der Entschließungsantrag richtigerweise ein. Die Zerstörungen in Gaza und im Libanon durch das israelische Militär und hiermit verbundene Menschenrechtsverletzungen, bei denen inzwischen zehntausende Menschen getötet wurden, müssen aufhören. Völkerrecht darf nicht länger gebrochen werden.

„Nie wieder ist jetzt“ heißt auch, dass wir den Verlust von Werten verhindern – mit jedem Baustein.

Ich kann mir keinen anderen Rechtszustand vorstellen, als Menschen aufgrund ihres Menschseins zu schützen und ihre Gleichheit vor dem Recht zu verteidigen. Das ist für mich nicht zuletzt die zentrale Lehre wie humanitäre Verpflichtung aus unserer Schuld. Nur durch die Wahrung der Gleichheit aller Menschen vor dem Recht, wird ein Schutz durch die Gemeinschaft in Solidarität und Mitmenschlichkeit funktionieren.

Seit Monaten demonstrieren vor Ort tausende – insgesamt hunderttausende Menschen unter dem Motto „Nie wieder ist jetzt“ gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Gewalt, aber auch Bedrohung von Frieden sowie Völkerrechtsbrüche und für ein friedliches Miteinander. Ein friedliches Miteinander setzt Meinungskundgabe voraus und auch, mögliche Völkerrechtsverstöße offen benennen zu können. Es wirkt geradezu zynisch, wenn nun die Worte „Nie wieder ist jetzt“ in die Überschrift eines Antrages aufgenommen werden, der geeignet ist, Antisemitismus tief in eine verfassungskonform agierende Friedensbewegung hinein zu unterstellen, wenn diese sich mit den militärischen Maßnahmen Israels im Nahost auseinandersetzt.

Zivilgesellschaftliche Organisationen schlagen Alarm. Bereits der Beschluss des Bundestages aus 2019 führte zu Verwaltungshandeln, das zwischenzeitlich von Gerichten als rechtswidrig einkassiert wurde. Kritik an der israelischen Regierung kann nach Maßgaben der IHRA-Arbeitsdefinition und ihren Anwendungsfällen als Antisemitismus gewertet werden. Der Entschließungsantrag fordert Länder und Kommunen auf, diese „als maßgeblich heranzuziehen“.

Ich bedaure, dass eine breite transparente parlamentarische Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Entschließungsantrag sowie den aus der Zivilgesellschaft unterbreiteten alternativen Vorschlägen zur Definition von Antisemitismus nicht stattgefunden hat.

Die Wissenschaftsfreiheit wird darin vom erklärten Schutz nicht erfasst, wenn ein gegenüber der israelischen Regierung „nichtsolidarisches“ Verhalten geübt wird. Dies halte ich für nicht vereinbar mit den Maßgaben der Meinungsäußerungsfreiheit, wie ja bereits vom BVerwG in 2022 geurteilt wurde. Die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus als maßgeblich heranzuziehen, halte ich ebenfalls für nicht geeignet, angesichts der Erfahrungen, die im Rahmen der Rechtsanwendung dieser Definition entstanden.

Der Entschließungsantrag ordnet eingewanderten Menschen aus den Ländern Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens ein „erschreckendes Ausmaß eines Antisemitismus“ zu. Entschärfung findet diese Aussage – anders als teilweise intendiert – nach meinem Verständnis nicht in der sich im Resolutionstext dann anschließenden Aussage, wonach sich Antisemitismus „seit langem in allen gesellschaftlichen Bereichen“ findet „und verschiedene Nährböden“ hat.

„Nie wieder ist jetzt“ muss heißen, dass wir bei jedem Unrecht – ob staatlich veranlasst oder durch Personen, nicht wegsehen und uns aktiv zur Vermeidung von Unrecht einmischen. „Nie wieder ist jetzt“ heißt Wehrhaftigkeit.

Der Entschließungsantrag birgt nach meinem Verständnis die Gefahr, Entwicklungen auszulösen, die dem Kampf gegen Antisemitismus sowie der Völkerverständigung zuwiderlaufen.

Aus diesem Grund kann ich dem vorliegenden Entschließungsantrag keine Zustimmung erteilen und enthalte mich.

Ein verneinendes Abstimmungsverhalten widerspräche meiner uneingeschränkten Zustimmung zum Anliegen des Entschließungsantrages von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU/CSU: Dem Schutz von Jüdinnen und Juden in Deutschland und weltweit sowie der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und friedlichen wie respektvollen Zusammenlebens.

Dr. Nina Scheer, MdB

Berlin, 7. November 2024

Zu meiner persönlichen Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. Abrufbar unter:

<https://www.nina-scheer.de/2024/11/07/persoenliche-erklaerung-nie-wieder-ist-jetzt-juedisches-leben-in-deutschland-schuetzen-bewahren-und-staerken/>

Zu den betreffenden Fragen führte DIE ZEIT mit Konstantin Kuhle (FDP), der die Resolution zum Schutz jüdischen Lebens mitverfasst hatte und mir im November 2024 ein Streitgespräch.

Zum Beitrag der Zeit: <https://www.zeit.de/2024/48/antisemitismus-resolution-konstantin-kuhle-nina-scheer-fdp-spd>

Angesichts der **Zustände in Gaza** im Juli 2025 empfand ich eine klare Positionierung auf Basis des Völkerrechts zunehmend unerlässlich. Ich verurteilte das militärische Vorgehen der israelischen Regierung im Umgang mit der palästinensischen Zivilbevölkerung als Völkerrechtsbruch. In diesem Kontext forderte ich den sofortigen Stopp möglicher weiterer Waffenlieferungen an die israelische Regierung, da Waffenlieferungen an Staaten, deren militärische Maßnahmen nicht im Einklang mit dem Völkerrecht stehen, nicht rechtens sind.

Die Außen- und Sicherheitspolitik in den letzten zwei Jahren war nicht nur von den furchtbaren Kriegen in der Ukraine und in Gaza bestimmt, sondern auch von massiven Herausforderungen im **internationalen Handel**, die unsere energiepolitische Souveränität bedrohten: Ein besonders alarmierendes Geschehen war der Zoll-Deal zwischen den USA unter Präsident Trump und der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Juli 2025. Ich habe diesen Deal als erpresserisch und als eine Form der energiepolitischen Unterwerfung bzw. Schutzgelderpressung scharf verurteilt. Der Deal verpflichtet Europa über einen Zeitraum von drei Jahren fossile und nukleare Technologien bzw. Ressourcen im Wert von 750 Milliarden US-Dollar (also 250 Milliarden jährlich) bei den Vereinigten Staaten einzukaufen.

Ein entsprechend forciertener Mehrverbrauch fossiler Ressourcen richtet sich gegen unserer deutsche wie auch europäische Klima- und Energiepolitik. Dies hätte nicht nur zur Folge, die Abhängigkeiten von endlichen, fossilen Ressourcen zu verlängern, sondern würde auch Investitionsrückgänge bei den Technologien für Erneuerbare Energien sowie hiermit zusammenhängende negative Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt verursachen.

Zudem stellte der Deal einen Eingriff in die Souveränität der Mitgliedstaaten dar, denn der Energiemix ist EU-rechtlich alleinige Angelegenheit der Mitgliedstaaten.

Um den Schaden, der durch diesen erpresserischen Deal angerichtet wurde, zu minimieren, schlug ich vor, im Ernstfall eher Vertragsstrafen zu zahlen als die betreffenden fossilen Überbedarfsmengen zu verbrauchen. Nur so kann Schaden von den dringend benötigten Zukunftsmärkten abgewendet und können weitere Klimafolgelasten sowie Ressourcenabhängigkeit vermieden werden.

Zur Pressemitteilung auf meiner Homepage:

<https://www.nina-scheer.de/2025/07/29/nina-scheer-handelsdeal-von-erpressung-und-energiepolitischer-unterwerfung-gekennzeichnet/>

Zur Zoll-Deal-Übersicht der europäischen Kommission:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/zoll-und-handelseinigung-von-eu-und-usa-ubersicht-daten-und-fakten-2025-07-29_de

WAHLKREIS UND REGIONALENTWICKLUNG

Intensiv habe ich mich für wichtige Infrastruktur- und Förderprojekte eingesetzt, die die Lebensqualität vor Ort verbessern und regionale Wertschöpfung stärken. Ein besonderes Anliegen ist mir dabei die Reaktivierung der Bahnstrecke bzw. eine **Bahnverbindung zwischen Geesthacht und Hamburg**. Ich sehe dieses Vorhaben als unverzichtbaren Baustein für die Mobilitätswende in unserer Region. Dass Geesthacht – die bevölkerungsreichste Stadt des Kreises – im Jahr 2025 keinen dauerhaft nutzbaren Bahnanschluss hat, ist ein unhaltbarer Zustand, der sowohl Pendlerinnen und Pendler als auch die gesamte Verkehrsinfrastruktur der Metropolregion belastet. Örtliche Institutionen, Unternehmen sowie Kliniken und Arztpraxen mahnen diesen Anschluss seit Jahren an, nicht zuletzt wegen der Gewinnung von Fachkräften. Ein wesentliches politisches Geschehen war die Freigabe der Mittel für die Vorplanungen zur Reaktivierung der Bahnstrecke durch den Finanz- und Wirtschaftsausschuss des schleswig-holsteinischen Landtages. Hamburg und Schleswig-Holstein hatten hierfür insgesamt 1,5 Millionen Euro vorgesehen. Ich begrüßte diese nun auch finanziell hinterlegten Vorplanungen als einen weiteren wichtigen Schritt und habe mich in der Folgezeit weiterhin mit Nachdruck für diese Verbindung eingesetzt. Im Juni 2025 fand eine AKN-Sonderfahrt von Hamburg nach Geesthacht statt, die ich gemeinsam mit Bürgermeister Olaf Schulze und Matthias Meyer (Geschäftsführer der AKN) begleitete. An diesem Wochenende erhielt die Strecke symbolisch einen Fahrplan. Die Reaktivierung vielerorts stillgelegter Bahnstrecken ist dringend nötig, da es ein großer Fehler war, dass deutschlandweit Tausende von Bahnstrecken-Kilometern außer Betrieb genommen wurden. Mit der zügigen Umsetzung des Projekts, auf die sich die Landesregierungen von Hamburg und Schleswig-Holstein verständigten, rückt das Ziel der Bahnverbindung näher. Dabei favorisiere ich den Umstieg auf alternative Antriebstechnologien wie den Akku-Zug, da der Klimawandel und die Endlichkeit fossiler Ressourcen verlangen, auch auf der Schiene vollständig Erneuerbare Energien einzusetzen.

Zum Beitrag des Norddeutschen Rundfunks über die Reaktivierung der Bahnstrecke zwischen Geesthacht und Hamburg:

<https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/AKN-plant-Comeback-der-Bahnstrecke-Geesthacht-Hamburg-,regionluebecknews2404.html>

Zur Pressemitteilung zur Freigabe der Mittel auf meiner Homepage: <https://www.nina-scheer.de/2025/02/20/nina-scheer-begruessst-freigabe-der-mittel-fuer-vorplanungen-der-schienenverbindung-geesthacht-hamburg/>

Zu meinem jubiläumsbedingten Statement zum Stadtfest Geesthacht: <https://www.nina-scheer.de/2024/06/16/nina-scheer-bahnverbindung-geesthacht-hamburg-unverzichtbar/>



Auch vor Ort unterstützte ich den Erhalt des **Krankenhauses am Standort Geesthacht**.

Dabei begrüßte ich ausdrücklich, dass sich ein neuer Investor gefunden hat, der die medizinische Versorgung langfristig sichern kann. Gleichzeitig übte ich Kritik an der Praxis, die Verantwortung im Falle einer Insolvenz zwischen Land und Bund hin- und herzuschieben, und forderte die Landesregierung eindringlich auf, zeitnah eine umfassende Landeskrankenhausplanung vorzulegen, um künftige Unsicherheiten auszuschließen.

Die Sicherung von Mitteln für die Kommunen, regionale Infrastruktur und Bildung war angesichts der angespannten Haushaltsslage und der Diskussionen um die Schuldenbremse von besonderer Bedeutung. **Erhalt von Kulturgütern:** Ein persönlicher Erfolg war die Bewilligung der Bundesförderung in Höhe von 412.498,63 Euro für das Gutshaus Kulpin. Das Gutshaus Kulpin ist eines der wenigen erhalten gebliebenen Herrenhäuser in Fachwerkbauweise aus der Barockzeit im norddeutschen Raum. Obwohl der

Denkmalschutz im Grundsatz eine Landesaufgabe ist, habe ich mich im Rahmen des Denkmalschutz-Sonderprogrammes für die Berücksichtigung dieses historischen Bauwerks im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages eingesetzt. Die Förderung ermöglicht den Erhalt des Gebäudes, das der Öffentlichkeit im Rahmen von Musik- und Kunstveranstaltungen zugänglich gemacht werden soll. Ich freue mich, dass bedeutsame Bauwerke im Wahlkreis, wie beispielsweise bereits zuvor der Domturm Ratzeburg und das Ahrensburger Schloss, von diesem Programm profitieren konnten.

Zur Pressemitteilung auf meiner Homepage:

<https://www.nina-scheer.de/2024/07/03/nina-scheer-bundesfoerderung-fuer-gutshaus-kulpin/>

Infrastruktur und Wirtschaftsförderung: Auch bei der Stärkung der wirtschaftsnahen und privaten Infrastruktur konnte ich mich engagieren:

KfW-Förderungen: Ich begrüßte die umfangreichen KfW-Förderungen von **insgesamt** 93 Millionen Euro für die Region Herzogtum Lauenburg und Stormarn, die im ersten Halbjahr 2024 bereitgestellt wurden. Diese Mittel, die über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) fließen, unterstützen die regionale Wirtschaft, indem sie mittelständischen Unternehmen im Kreis Herzogtum Lauenburg 5,2 Millionen Euro und in Stormarn 12,1 Millionen Euro zur Verfügung stellten. Darunter fallen Investitionen in Form von Schnellkrediten, Unterstützung bei Gründungen sowie Förderungen im Bereich der Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien. Gerade der Bereich der privaten klimaschützenden Wohnraumförderung und die Zuschüsse für Heizungen sind darüber hinaus von großer Bedeutung. Es ist gut zu sehen, dass die aufgelegten Förderprogramme abgerufen werden.

Zur Pressemitteilung auf meiner Homepage:

<https://www.nina-scheer.de/2024/08/09/nina-scheer-region-profitiert-erneut-von-kfw-foerderungen-fuer-mehr-energieeffizienz-und-erneuerbare-energien-2/>

Glasfaserausbau: Von großer Bedeutung für die digitale Infrastruktur war die im November 2024 gewährte Bundesförderung von 11,8 Millionen Euro für den Ausbau des Glasfasernetzes im Kreis Herzogtum Lauenburg. Diese Förderung aus der Gigabitförderung 2.0 des Bundes trägt zur Zielsetzung bei, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands zu erreichen, insbesondere in Gebieten, in denen ein Ausbau ökonomisch schwer zu leisten ist.

Zur Pressemitteilung auf meiner Homepage:

<https://www.nina-scheer.de/2024/11/26/nina-scheer-region-erhaelt-bundesfoerderung-fuer-glasfaserausbau/>

Bildungsförderung und Chancengleichheit: Auch Schulen in meinem Wahlkreis erhielten Förderungen. Das bundesweite Startchancen-Programm, das 20 Milliarden Euro über zehn Jahre investieren lässt, zielt darauf ab, die Bildungsfinanzierung zielgerichteter zu gestalten und die Chancengleichheit zu erhöhen. Die Mittel fließen erstmals nach sozialen Parametern an Schulen in sozial herausfordernden Lagen. In der ersten Förderrunde erhielten folgende Schulen Unterstützung für Investitionen in moderne Ausstattung und Gebäude, zusätzliches Personal und eigene Schwerpunktsetzungen:

- Die Bertha-von-Suttner-Schule und die Grundschule Silberberg in Geesthacht.
- Die Gemeinschaftsschule am Heimgarten in Ahrensburg.
- Die Grund- und Gemeinschaftsschule der Stadt Schwarzenbek.

Im direkten Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern bot ich regelmäßig **Bürgersprechstunden** in Ahrensburg und Geesthacht an, um Anliegen vor Ort aufzunehmen und Unterstützung zu leisten.



Darüber hinaus nahm ich an zahlreichen lokalen Veranstaltungen der SPD teil, darunter Neujahrsempfänge, Grünkohlessen, Grillfeste sowie verschiedene regionale Jubiläen. Diese Aktivitäten sind mir eine persönliche Herzensangelegenheit, da sie den engen Kontakt zu den Menschen und die Verbindung zum Wahlkreis stärken.

PARLAMENTARISCHE ORGANISATION UND PARTEIARBEIT

Die Parteiarbeit war angesichts der politischen Turbulenzen und der drohenden Neuwahlen besonders intensiv. Im November 2024 wurde ich von der Wahlkreiskonferenz für den Bundestagswahlkreis 010 Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd erneut als SPD-Direktkandidatin nominiert. Die Nominierung als Bundestagsdirektkandidatin sehe ich als erneuten Vertrauensbeweis.

Es folgte im Dezember 2024 meine Wahl durch die Landeswahlkonferenz in das „Spitzenduo“ (Platz 2) der SPD-Landesliste Schleswig-Holstein.

Zur Pressemitteilung der SPD Schleswig-Holstein: <https://www.spd-schleswig-holstein.de/2024/12/07/landeswahlkonferenz-in-neumuenster-spd-schleswig-holstein-startet-entschlossen-in-den-bundestagswahlkampf-tim-kluessendorf-und-nina-scheer-spitzen-duo-der-nord-spd/>

Die politische Gestaltung setzte sich auch nach der Wahl des 21. Deutschen Bundestages im März 2025 fort. Ich wurde erneut zur **Energiepolitischen Sprecherin** sowie zur Obfrau für Energie im Ausschuss für Wirtschaft und Energie gewählt. Ich bedauerte in diesem Kontext, dass es mit der schwarz-roten Koalition nicht gelungen ist, erneut einen eigenen Ausschuss für Klimaschutz und Energie einzurichten, was angesichts der Fülle klimarelevanter Energiegesetze geboten gewesen wäre.

Eine besonders einflussreiche Aufgabe fiel mir bei den Koalitionsverhandlungen 2025 zu, wo ich als **stellvertretende Leiterin der Verhandlungs-Arbeitsgruppe Klima und Energie** aktiv war. In dieser Funktion konnte ich gestaltenden Einfluss auf die Rahmenbedingungen für eine weiterhin zu beschleunigende Energiewende nehmen. In den Verhandlungen mussten wir innerkoalitionäre Klärungsprozesse führen, um ein gemeinsames Verständnis im Umgang mit auch solchen Positionen zu finden, in denen sich die Parteien widersprechen, beispielsweise in Bezug auf die Zulassung von konventionellen Gasförderungen oder CCS auch an Gaskraftwerken, was wir als SPD in der Sache ablehnen.

Es ist nun entscheidend, die verständigten Aussagen, etwa mehr Anreize für Speicher und Flexibilitäten, konsequent umzusetzen. Nur so gelingt der systemische Umstieg auf Erneuerbare Energien.

Zudem nehme ich gerne die Aufgabe als **Sprecherin der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein** im Bundestag wahr.

Ein wichtiger und kontinuierlicher Teil meiner parlamentarischen Arbeit ist der interfraktionelle Austausch mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, aber auch mit Fachverbänden. In diesem Zusammenhang nehme ich an einer Vielzahl von Austauschen, aber auch Podiumsdiskussionen oder Vortragsveranstaltungen teil.

Über die nationalen Fachebenen hinaus ist mein Einsatz für eine verstärkte europäische Zusammenarbeit elementar, insbesondere mit Blick auf die Energiesouveränität. Ich wirkte maßgeblich bei der Abschlusserklärung der Arbeitsgruppe „Energiesouveränität“ der **Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung** mit. Diese Mitwirkung unterstreicht unseren gemeinsamen Willen, die europäische Resilienz zu stärken und die Abhängigkeiten von endlichen, fossilen Ressourcen zu überwinden, was angesichts der geopolitischen Konflikte in der Ukraine und den Haushaltsfragen dringlicher ist denn je, denn diese institutionelle und interfraktionelle Arbeit dient der Sicherung unserer Energieversorgung und der Entwicklung nachhaltiger und finanziertbarer Lösungen für die Transformation.

Zu meinen regelmäßigen parlamentarischen Aktivitäten zählen die Teilnahme an **Fraktionssitzungen, Landesgruppensitzungen und Obleutegesprächen, die der politischen Abstimmung und Strategieentwicklung** dienen. Auch die Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft und Energie besuche ich kontinuierlich, um meine energiepolitischen Themen voranzutreiben und mit nationalen sowie internationalen Entwicklungen abzugleichen. Zudem nehmen die konkreten **Gesetzesverhandlungen** viel Raum ein, zumal wir meistens sehr viele Energiegesetze in der Beratung haben. Innerhalb der SPD organisiere ich spezifische Fachformate, die dem internen Wissenstransfer und der politischen Meinungsbildung dienen. Beispielsweise leitete ich das **Fachgespräch „Energiewende durch Erneuerbare Energien sichern“**.

Zum Beitrag der SPD-Bundestagsfraktion: <https://www.spdfraktion.de/energiewendesichern>

IM WAHLKREIS – EIGENE VERANSTALTUNGEN



Am Donnerstag, 2. November 2023, begrüßte ich **Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach** in Reinbek und Geesthacht zum Thema Krankenhausreform. Gemeinsam besuchten wir das Reinbeker Krankenhaus St. Adolf-Stift, um uns dort mit der Klinikleitung über die Auswirkungen der geplanten Krankenhausreform auszutauschen. In Form eines kurzen Rundgangs informierten wir uns unter anderem über aktuelle Vorhaben des Krankenhauses, wie den geplanten Neubau des Integrierten Notfallzentrums.



Die Krankenhausreform sowie die aktuelle Situation an den Kliniken war auch Thema des sich anschließenden Besuchs des Johanniter Krankenhaus in Geesthacht. An dem Gespräch mit der Klinikdirektion nahmen zudem die SPD-Landtagsabgeordnete und gesundheits- und pflegepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Birte Pauls, Geesthachts Bürgermeister Olaf Schulze und die SPD-Fraktionsvorsitzende der Ratsversammlung Geesthacht, Petra Burmeister, teil.



Unter dem Titel „Krankenhaus-Reform: Qualität und Erreichbarkeit sichern“ war zu 18 Uhr in die Sporthalle der Geesthachter Buntenskampschule zu einer öffentlichen Veranstaltung eingeladen worden. Vor ca. 200 Anwesenden in der Halle selbst und etwa 80 über einen Livestream Zugeschalteten begrüßte ich die Gäste. Aufgrund der begrenzten Platzzahl konnte aus brandschutzrechtlichen Gründen leider weiteren ca. 70 Interessierten kein Einlass mehr gewährt werden.



Gesundheitsminister Lauterbach gab einen Überblick über die Kernpunkte der geplanten Reform sowie weitere aktuelle gesundheitspolitische Projekte. Birte Pauls ergänzte dies aus landespolitischer Perspektive.

Karl Lauterbach beantwortete in der über zwei Stunden anhaltenden Veranstaltung eine Vielzahl unterschiedlicher Fragen – von der Sicherung von Hebammen, Ernährung, Künstlicher Intelligenz, Bürokratieabbau, den geplanten Mechanismen zur Sicherung der Krankenhausversorgung auch in ländlichen Räumen,

bis aber etwa auch zur Frage des Fachkräftemangels und der Digitalisierung. Dank erfuhr der Minister aus dem Publikum auch für sein Orientierung gebendes Wirken in der Corona-Politik. Die Teilnehmenden brachten ein hohes Maß an Fachwissen mit in die Veranstaltung, womit der Abend sehr dankbar aufgenommen wurde.

Aus den Gesprächen mit den Krankenhausleitungen ging hervor, dass beide Kliniken von der damals noch geplanten Reform deutlich profitieren. Reinbek durch vertiefte Spezialisierung und Geesthacht durch die bessere Abdeckung von Vorhaltekosten für die Sicherstellung medizinischer Versorgung. Beide Kliniken betonten, dass sie schnell die Reform brauchen. Mit der Krankenhausreform wird beispielsweise die Qualität der stationären Versorgung verbessert und dafür gesorgt, dass auch die kleinen, bedarfsnotwendigen Krankenhäuser erhalten bleiben. Sie besiegt den bestehenden Ökonomisierungsdruck, wie er über das ehemalige System der Fallpauschalen zu einem offenkundigen ernsthaften Problem insbesondere für die Kliniken in ländlichen Regionen wurde. Gleichzeitig forderte ich die Landesregierung auf zu handeln und noch 2023 Grundzüge einer neuen Krankenhausplanung vorzulegen.



Wie geht es nun weiter mit der Beihilfe zum Suizid in Deutschland, nachdem der Bundestag im Sommer 2023 sich für keinen der zur Abstimmung gestanden Gesetzentwürfe entschieden hat? Über diese und weitere Fragen hatten die **AG60plus Herzogtum Lauenburg** und ich am Montagabend, 20. November 2023, zu einem Gesprächsabend nach Mölln eingeladen. Im voll besetzten Wintergarten des Quellenhofes diskutierten Dr. Karina Zühlsdorf (Vorsitzende des Möllner Hospizvereins), Angela Hoff (Vorsitzende AG60plus) und ich unter Moderation von Immo Braune (Vorsitzender des Ortsvereins der SPD Lauenburg).

Dabei betonte ich, dass der aktuelle Status quo nicht beibehalten werden darf. Gemeinsam mit weiteren Bundestagsabgeordneten arbeiten wir weiter an einer Lösung, um Betroffenen zu helfen. So haben weitere Abgeordnete und ich – wir hatten im Sommer den Gesetzentwurf mit einer Regelung außerhalb des Strafrechts eingebbracht – kürzlich zu einem Austausch mit weiteren interessierten Abgeordneten eingeladen, um über mögliche Vorgehensweisen zu diskutieren. Die aktuelle Rechtslage führt auch zu Entscheidungen, wie die gerade ergangene des Bundesverwaltungsgerichts, welche den Klägern die Erlaubnis auf Herausgabe eines Mittels zur Selbsttötung versagte.



Infoveranstaltung „Wärmewende sozial und gerecht gestalten“: Gemeinsam mit dem SPD-Ortsverein Ratzeburg hatte ich am 21. November 2023 zu einer Informationsveranstaltung mit dem Titel „Wärmewende sozial und gerecht gestalten“ geladen. Im Austausch mit den zahlreichen interessierten Bürger*innen betonte ich die Rolle der SPD in den parlamentarischen Beratungen, zu denen ein umfangreicher Mieter*innen-Schutz und

eine erweiterte Förderkulisse gehören: Für uns Sozialdemokrat*innen kommt es darauf an, dass mit der Wärmewende niemand allein gelassen wird.



Zu einer **offenen Bürgersprechstunde** hatte ich am 6. Dezember 2023 nach Ratzeburg eingeladen. Hier tauschte ich mich bei Kaffee und Kuchen mit interessierten Bürger*innen zu Sportförderung, Fragen des Familiennachzugs und tagesaktuell bewegenden Themen aus. Mein Dank für die Gastfreundschaft gilt auch dem Restaurant „Der Lavastein“.



Zu offenen Bürgersprechstunden lud ich am Donnerstag, den 25. Januar und am Mittwoch, den 7. Februar 2024 in meine Wahlkreisbüros nach Ahrensburg und Geesthacht ein. Über den Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern habe ich mich wie immer sehr gefreut, hier im Bild mit Werner Blohm in Ahrensburg.



Im **Krügerschen Haus in Geesthacht** fand am Montag, 25. März 2024 auf Einladung des SPD-Ortsvereins Geesthacht gemeinsam mit mir ein Gesprächsabend zu „**Frieden und Europa**“ statt. Für die SPD eröffnete Petra Burmeister mit einem Blick auf die Entwicklung der Europäischen Union den Abend. Gastreferentin Prof. Ninon Colneric gab im Gespräch mit mir den Teilnehmenden einen umfassenden Überblick zu den rechtlichen Grundlagen der Friedenssicherung in Europa und auch auf Basis internationalen Rechts.

Prof. Dr. Ninon Colneric war als erste deutsche Frau in der Zeit von 2000 bis 2006 als Richterin am Europäischen Gerichtshof tätig. Zuvor war sie Präsidentin des Landesarbeitsgerichts Schleswig-Holstein. Seit 2006 ist sie freiberuflich tätig und engagiert sich in zahlreichen Gremien. Die Stärke des Völkerrechts wurde auch in Bezug auf sowohl den Ukraine-Krieg als auch Gaza und die terroristischen Angriffe der Hamas auf Israel diskutiert. Erörtert wurden dabei auch Klagemöglichkeiten, wie sie vor dem Internationalen Gerichtshof gegenüber Staaten verfolgt werden können und gegen Personen vor dem Internationalen Strafgerichtshof. Auch die institutionelle Rolle der Vereinten Nationen wurde bedeutet.

Wichtig sei, so Prof. Colneric, dass Rechtsprechung auch befolgt würde, um das hohe Gut dieser Institutionen als rechtsstaatliche Errungenschaften nicht zu verlieren. Die Missachtung von Rechtsprechung sei leider wiederholt geschehen.

Meine einleitenden Worte zum Gesprächsabend waren auch dem Wunsch gewidmet, Gedanken und Fragen offen auszusprechen. Denn auch die offene, respektvolle Kommunikation sei Grundlage für politische Wege und mögliche Lösungsansätze.



Am 18. April 2024 hatte ich gemeinsam mit dem SPD-Ortsverein Ahrensburg zu einem Gesprächsabend zum Thema „**Wärmewende ermöglichen**“ geladen. Themen waren hier unter anderem die kommunale Wärmeplanung in Schleswig-Holstein und die Bundesförderung effiziente Gebäude (BEG). Diskutiert wurden hier Mechanismen, Förderungen zur Wärmewende sowie konkrete rechtlichen Regelungen sowohl zur kommunalen Wärmeplanung als auch in Bezug auf individuelle Heizsysteme. Das sogenannte



Heizungsgesetz, das Gebäude-Energie-Gesetz, aber auch das Gesetz zur Kommunalen Wärmeplanung sowie landesseitige Regelungen standen hierbei im Fokus. Dabei nahm ich auch auf die am Vortag der Veranstaltung seitens des schleswig-holsteinischen Energieministers angekündigten Änderungen Bezug: Eine Anpassung von Landesrecht an Bundesrecht hätte auch Auswirkungen auf die Verpflichtungen in Ahrensburg zur Vorlage einer kommunalen Wärmeplanung. Und je nachdem, wie umfangreich jene vor Ort ausfällt, hat dies künftig auch Bedeutung

für die individuell geltenden Vorgaben zu neuen Heizungen, wenn die alte Heizung kaputt geht.

Auf zahlreiche Fragen ging ich gemeinsam mit Ursula Ebert, Co-Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Ahrensburg, die gemeinsam mit Felix Gläveke, ebenfalls Co-Vorsitzender, den Abend moderierte, in den zweieinhalb abendfüllenden Stunden und einem mit 50 interessierten Personen gut gefüllten Saal ein. Dabei erläuterte ich auch die Veränderungen zum Gebäude-Energie-Gesetz, wie sie im Parlamentarischen Verfahren erreicht wurden und erhebliche Änderungen im Vergleich zur Vorversion des Gesetzes aufwiesen. Letztere war im Frühjahr 2023 von erheblicher öffentlicher Kritik begleitet worden und hatte teilweise panikartige Käufe von Ölheizungen ausgelöst.

Von Seiten der SPD hatten wir durchgesetzt, dass die Fördermittel zum Heizungsaustausch erhöht wurden, dass mehr Mieterschutz verankert wurde, dass eine Verzahnung mit der Kommunalen Wärmeplanung vorgenommen wurde und dass auch Bioenergie eine von vielen Optionen für 65 % Erneuerbare Energien sein kann. Damit haben wir die Ermöglichung der Wärmewende in den Mittelpunkt gerückt, auch wenn wir uns gegenüber den Koalitionspartnern nicht mit allen Forderungen durchsetzen konnten. Gern hätten wir SPD-seitig eine noch umfangreichere Förderung sowohl für die kommunale Seite zur Entwicklung Erneuerbarer Wärmeversorgungsstrukturen gesehen als auch für die privaten Haushalte.

Nachfragen und Anmerkungen der Teilnehmenden gingen schließlich weit über das Thema „Wärmewende ermöglichen“ hinaus. So erläuterte ich sowohl vielfältige Änderungen zur Strom-Netzinfrastruktur, etwa damit diese auf die Eigenschaften Erneuerbarer Energien umgestellt werde. So hat die Ampel-Koalition etwa eine lange geforderte Regelung geschaffen, damit Wind- und Solarstrom, der heute aus Netzzengpassgründen abgeschaltet wird, künftig zur Wasserstoffgewinnung oder für Wärmegewinnung nutzbar gemacht wird.

Auf Nachfrage begründete ich zudem den Atomausstieg: Atomenergie ist die teuerste Form der Stromgewinnung. Ein Festhalten an den verbliebenen drei Atomkraftwerken hätte weder mehr Sicherheit noch ökonomische Entlastung gebracht. Längere Laufzeiten als über die beschlossenen dreieinhalb Monate hinaus wären mit der Beschaffung neuer Brennelemente verbunden gewesen, was entweder massive weitere Subventionen erfordert hätte oder aber eine mehrjährige Laufzeitverlängerung. Neben Fragen der Sicherheit stünden mehrjährige Laufzeitverlängerungen aber in Konflikt mit der Umstellung des Energiesystems auf Erneuerbare Energien.

Zu einer offenen **Bürgersprechstunde** hatte ich am 30. April 2024 in mein Wahlkreisbüro in Geesthacht geladen.



Zu **Poetry & Politik** hatte ich gemeinsam mit dem **SPD-Ortsverein Ahrensburg** am 28. Mai 2024 geladen. Den Part Poetry bestritten zu den Themen Europa, Klimaschutz und Hass der bekannte Slam-Poet Björn Högsdal und mein Fraktionskollege und ehemaliger Poetry-Slammer Robin Mesarosch. In meinem Beitrag betonte ich die Wichtigkeit des Kampfs gegen Desinformation und Gewalt gegen politisch Engagierte. Für die Demokratie ist es wichtig, sich nicht wegzuducken, ins

Gespräch zu kommen, auch wenn es anstrengend oder gar erschreckend ist. Der Diskurs und auch der Streit darf in einer Demokratie sowie in der Regierungskoalition nicht als Nestbeschmutzung gesehen werden und zugunsten des Konsenses unter die Räder kommen.



Am 29. Mai veranstaltete ich gemeinsam mit dem **SPD-Ortsverein Reinbek** eine weitere Ausgabe der Reihe **Pizza & Politik**. Mit den Teilnehmer*innen tauschte ich mich über den Ukrainekrieg, den Umgang mit Geflüchteten und die Zukunftsaussichten in Bezug auf Klima und Krieg in Europa aus.



Im Rahmen meiner **Bürgersprechstunde** in Ahrensburg am 18. Juni übergaben mir Schülerinnen des Emil-von-Behring-Gymnasiums in Großhansdorf gesammelte rote Handabdrücke, welche sie anlässlich des Red Hand Days gemeinsam mit ihrer Lehrkraft in ihrer Schule gesammelt haben. Der **Red Hand Day** ist der internationale Tag gegen Kindersoldaten. Trotz eines internationalen Verbots ist die Versklavung von Kindern zu militärischen Zwecken nach wie vor tausendfach verbreitet. Dies muss enden! Danke an die Schüler*innen für ihr Engagement und das Überreichen. Ebenso bedanken möchte ich mich für all die weiteren Gespräche im Rahmen der Bürgersprechstunde. Thematisch ging es um mögliche Förderprogramme für ein Bauprojekt, Sorgen über den Zuwachs rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien, die Situation von Rentnerinnen und Rentnern und Wege für mehr gesellschaftliches Hinwenden zu Menschen mit Autismus.

In meiner **Bürgersprechstunde** am 30. September 2024 in Geesthacht ging es unter anderem um aktuelle energiepolitische Fragen, die Mobilitätswende und wie Bürgerinnen und Bürger sich kommunikativ von der Politik besser angesprochen fühlen können.



Den Aufenthalt des **Dialogtourbusses** der SPD-Bundestagsfraktion in Ratzeburg und Ahrensburg am 19. Juli 2024 nutzten zahlreiche Bürger*innen, um über die verschiedensten Themen ins Gespräch zu kommen. Bei Kaffee, Kuchen und Musik von Esther Jung (in



Ratzeburg) sowie Lukas Kowalski (in Ahrensburg) tauschten wir uns intensiv über Wege zur Erlangung von Frieden, Renten, Integrationsaufgaben, die Energiewende und viele weitere Themen aus. Es reihte sich Gespräch an Gespräch. Über das große

Interesse der Bürgerinnen und Bürger habe ich mich sehr gefreut. Auch Cira Ahmad, SPD-Co-Vorsitzende im Kreis Herzogtum Lauenburg sowie die örtlichen Bürgermeister Eckhardt Graf und Eckardt Boege und sozialdemokratische Vertreter aus Ortsvereinen und Fraktionen Uschi Ebert, Erika Maeder und Uwe Martens waren vor Ort. Meinen herzlichen Dank an alle Beteiligten!



Mit Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie für Antirassismus **Reem Alabali-Radovan** hatte ich am Freitag, 18. Oktober 2024, zu einer Fraktion vor Ort-Veranstaltung nach Mölln eingeladen. Unter dem Titel „Demokratie stärken und schützen: Wege gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ sprachen wir über aktuelle Gefahren für unsere freiheitlich, demokratische Grundordnung und Möglichkeiten, wie wir ihnen begegnen können. Thematisiert wurden auch Überlegungen eines AfD-Verbots. Die Moderation übernahm Cira Ahmad. Foto: Jan-Christoph Schultchen



In Ahrensburg besuchte mich am 19. Oktober 2024 die **SPD Barmbek-Mitte** aus Hamburg. Der SPD-Distrikt (so nennen sich die Ortsvereine in Hamburg) besucht regelmäßig umliegende Orte Hamburgs. Es freute mich, die Genossinnen und Genossen in meinem Wahlkreis begrüßen zu dürfen und ins Gespräch zu kommen.

Gemeinsam mit der SPD Geesthacht lud ich am 19. November 2024 unter dem Titel „**Mit Energiewende Wertschöpfung sichern**“ ins Krügersche Haus nach Geesthacht ein. Mit den Interessierten diskutierte ich über aktuelle energiepolitische Herausforderungen. Dabei ging es auch darum, welche Vorhaben nach dem Ende der Ampel-Koalition nun noch umgesetzt werden können.



Zu einer **Bürgersprechstunde** hatte ich am 18. November 2024 nach Ratzeburg eingeladen. Im Gespräch mit Heinz Wedemann vom Werkstattrat der LAG Werkstatträte Schleswig-Holstein e.V. sprach ich über die Arbeitsbedingungen von Menschen mit Behinderung in Werkstätten. Hier betonte ich, dass die SPD und ich die Vergütung und Rahmenbedingungen verbessern möchten.



Im Anschluss hatte ich zu einem Austausch anlässlich der Frage „Wie sichern wir Frieden?“ geladen. Mit den Interessierten sprach ich intensiv über den Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine, aber auch die Situation im Nahen Osten.

Gemeinsam mit den schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten und dem **Vorstand der Jusos Schleswig-Holstein** tauschten wir uns in einem digitalen Jour Fixe am 21. November 2024 aus. Dabei ging es neben dem zuvor verabschiedeten Sicherheitspaket insbesondere um die vorgezogene Bundestagswahl am 23. Februar 2025.



Zu einer weiteren **Bürgersprechstunde** hatte ich am 9. Dezember 2024 in mein Ahrensburger Wahlkreisbüro eingeladen. Unter anderem besuchte mich Helge Barthel. Seit langem setzt er sich für die Teilhabe und Rechte von Menschen mit Behinderung ein. Wir sprachen über verschiedene Barrieren, die häufig von Menschen ohne Behinderungen nicht wahrgenommen werden. Etwa bei Wahlbenachrichtigungen an Menschen ohne Augenlicht oder auch in Wahllokalen. Vielen Dank für das Gespräch und die vielen Anregungen!



Zu einer **Bürgersprechstunde** hatte ich am 17. Januar 2025 in mein Ahrensburger Wahlkreisbüro eingeladen. In den Gesprächen ging es unter anderem über die derzeitige Situation im Konflikt zwischen der Hamas und Israel.



Zu zwei Gesprächsabenden unter dem Motto **“Von Frau zu Frau”** lud ich am 20. Februar in das Reinbeker Schloss und am 21. Februar 2025 in das Ahrensburger Peter-Rantzau-Haus ein. Die Besucherinnen diskutierten mit mir Erfahrungen, Eindrücke und Erwartungen, die sie aus der Perspektive von Frauen oder auch in Betrachtung der Rolle von Frauen einbringen mochten.

Zu einer **Wahlnachlese** zusammen mit dem Wahlkampf-Team lud ich am 28. März 2025 in Schwarzenbek ein.

Für den 16. April 2025 hatte ich gemeinsam mit den SPD-Kreisverbänden Herzogtum-Lauenburg und Stormarn nach Ahrensburg für einen ersten Mitglieder-Austausch von insgesamt drei **Diskussionsabenden zum Koalitionsvertrag** eingeladen. Weitere Abende fanden in Schwarzenbek und Geesthacht statt, wie bereits oben erwähnt.

IM WAHLKREIS – WEITERE AKTIVITÄTEN



Am 21. November 2023 nahm ich gerne am **Spatenstich für die Erneuerung der Domhalbinsel** in Ratzeburg teil und richtete ein Grußwort an die Teilnehmenden. Im Zuge der aus Bundesmitteln geförderten Maßnahme wird die Domhalbinsel erneuert und in Stand gesetzt und somit für kommende Generationen bewahrt.

... am Sonntag, den 14. Januar 2024 auf dem traditionellen Neujahrsempfang der **STADT GEESTHACHT**. Olaf Schulze, der Bürgermeister von Geesthacht, gab zu Beginn einen kurzen Rück- und Ausblick auf viele Leistungen der wachsenden Stadt. Ilse Timm wurde mit dem Ehrenzeichen der Stadt für ihr Lebenswerk geehrt. Sie ist Gründerin des Vereins „Hilfe für das schwerkranke Kind“, durch welchen bisher 2,5 Millionen

Euro Spenden gesammelt wurden. Ich gratulierte Ilse Timm und bedankte mich herzlich bei ihr für ihr unermüdliches Engagement.

... zum jährlichen **GRÜNKOHLESEN DER SPD BÖRNSEN** am 19. Januar 2024 führte ich vor Ort interessante Gespräche mit den Genoss*innen. Im Rahmen einer Tombola gewann ein Teilnehmer einen Gutschein für eine 3-tägige Berlinfahrt.



Zum Gedenken der Ermordeten Bahide Arslan, Yeliz Arslan und Ayşe Yilmaz nahm ich am 23. November 2023 an der **Gedenkveranstaltung zum 31. Jahrestag der rassistisch motivierten Brandanschläge in Mölln** teil. Es gilt mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entschieden Rechtsextremismus und Antisemitismus entgegenzutreten. Den Angehörigen der Opfer gilt mein Dank und Respekt für das gemeinsame Gedenken.



Anlässlich des alljährlichen **Grünkohlessens der SPD Lauenburg** wurden am 1. Dezember 2023 langjährige SPD-Mitglieder für ihr Engagement geehrt und hielt gerne ein Grußwort. Edmund Gollan (Foto) danke ich herzlich für 50 Jahre Mitgliedschaft, sowie auch allen weiteren Mitgliedern des Ortsvereins.



... am 9. Januar 2024 auf dem Neujahrsempfang des SPD-Ortsverein **SÜD-STORMARN UND WENTORF** im Bürgerhaus in Glinde hielt ich ein Grußwort und bedankte mich für das Engagement der Genossin*innen.



... auf dem Neujahrsempfang der **Gemeinde Trittau** in der Hahnheide Schule, am 12. Januar 2024.

... auf dem Neujahrsempfang der **STADT SCHWARZENBEK** am 20. Januar 2024.



... auf dem **Neujahrsempfang der SPD-Büchen** am 21. Januar 2024, freute ich mich über Gesprächsmöglichkeiten mit Genossinnen und Genossen vor Ort.



...auf Einladung des DHL-Politikbeauftragten Thorn Schütt besuchte ich am 23. Januar 2024 die **DHL-Zustellbasis** in Glinde. Zu Beginn gab mir Lena Huntscha, die Depotleiterin bei einem Rundgang einen Einblick in die Tätigkeiten des Betriebs. In einem anschließenden Gespräch mit Thorn Schütt, Lena Huntscha und weiteren Mitarbeiter*innen sprachen wir über die Reform des Postgesetzes, die Integration von Fachkräften mit Sprachhindernissen sowie weitere Angelegenheiten. Zum Abschluss des Besuches gratulierte ich noch Torsten Brunecke, ein Mitarbeiter der Anfang Februar sein 50-jähriges Jubiläum bei der Deutschen Post feierte. Als Anerkennung übergab ich ihm einen Gutschein für eine 3-tägige Berlinfahrt.



... am 24. Januar 2024 bei einem Diskussionsabend mit den Mitgliedern des **SPD-Ortsvereins Oststeinbek** und der Ortsfraktion zur künftigen politischen Ausrichtung für 2024 und die kommenden Jahre.



... am 26. Januar 2024 im Rahmen des **Neujahrsempfangs der Gemeinde Büchen** gratulierte ich der zur Ehrenbürgerin der Gemeinde erklärten Mitbürgerin Monika Grahlmann vom Heimat- und Geschichtsverein. Der Abend war mit Musik und weiteren Ehrungen für Engagement zur Förderung des Sports sowie von sportlichen Leistungen ein geselliger Neujahrsauftakt mit Ausblick auf 2024.

... am 28. Januar 2024 auf dem Neujahrsempfang der **Gemeinde Dassendorf** auf Einladung von Bürgermeisterin Martina Falkenberg, im Multifunktionssaal am Christa-Höppner-Platz

... am 11. Februar 2024 beim Grünkohlessen des **SPD-Ortsverein Ahrensburg**

... beim traditionellen Grünkohlessens des **SPD-Ortsvereins Geesthacht**, am 24. Februar 2024

... am 26. März 2024 bei der Mitgliederversammlung des **SPD-Ortsvereins Geesthacht**



... beim EU-Projekttag der **Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule**
Ahrensburg am 4. März 2024



... im Rahmen der Veranstaltung „**Markt der Möglichkeiten**“ am 8.
März 2024 in Geesthacht



Unter dem Motto: „Nie wieder ist JETZT!“ hatte das neu gegründete
„**Bürger Bündnis Büchen**“ für Sonntagvormittag, 18. Februar 2024
zur Demo nach Büchen aufgerufen. Fast 700 Menschen kamen
zusammen.



Ich nahm zudem an den
Aufrufen in **Schwarzenbek** und
Lütau teil.



... bei der **Lauenburg Messe** am 20. und 21. April 2024. Auf
Einladung der Wirtschaftlichen Vereinigung Lauenburg (WVL) sind
vor Ort Einblicke in die unterschiedlichsten gesellschaftlichen
Bereiche und politische Aufgabenstellungen ermöglicht worden. Ich
bedanke mich auch bei den Tierheimen und dem Tiernotruf der
Region für ihre wertvolle Arbeit, die weiter Unterstützung bedarf.
Die vielfältigen Anforderungen im Bereich der Pflege bis hin zur
Nachbarschaftshilfe war Gegenstand des Austauschs mit dem
Pflegestützpunkt. Örtliche Unternehmen zur Installation von
Wärmepumpen boten Einblick in die individuellen
Umsetzungsschritte der Wärmewende. Auch am Stand der SPD
Lauenburg konnten Zaungespräche geführt werden.





... beim **Fachtag Südstormarn gegen Rassismus und Rechtsextremismus** am 21. Mai 2024. Auf Einladung der AWO und der Stadt Reinbek hielt ich die Keynote. Rassismus und Rechtsextremismus sind eine elementare Gefahr für unsere freiheitlich, demokratische Grundordnung. Ihren Strukturen muss entschieden entgegengetreten werden. Da unsere Verfassung auch das den Verbotsweg von verfassungsfeindlichen Parteien durch das Bundesverfassungsgericht vorsieht, muss davon auch Gebrauch gemacht werden. Andernfalls werden verfassungsfeindliche Parteien legitimiert.



... bei den **Festakten zum 75. Jubiläum des Grundgesetzes** am 23. Mai 2024 in **Mölln** und in **Ratzeburg**. Das Grundgesetz sichert die Würde des Menschen und die Gleichheit vor dem Gesetz. Es garantiert Grundrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatlichkeit und eine stabile Verfassung. Auf die Frage in Mölln, welches mein „Lieblingsgrundrecht“ sei, nannte ich den Artikel 1, die Unantastbarkeit der Würde des Menschen. Die Aussage dieses Grundrechts spiegelt sich in allen Artikeln der Verfassung wider und garantiert, dass der Mensch nicht zum bloßen Objekt des Staates gemacht werden darf. Das 75-Jährige des Grundgesetzes erinnert auch daran, dass Demokratie gelebt werden muss. Dazu gehören der Diskurs und Umgang verschiedener Meinungen. Dies ist ihr Wesenskern.



... auf dem **Europafest Büchen**, auf dem ich einen Impuls hielt. Unter dem Titel „Nie wieder ist JETZT!“ kamen am 25. Mai 2024 Bürger*innen zusammen, um ein gemeinsames Statement gegen Rechtsextremismus zu setzen.

Zudem war ich vor Ort bei den **SPD-Ortsvereinen in Glinde und Geesthacht** bei ihren Infoständen zur Europawahl.





... beim Festumzug **100 Jahre Stadtrechte Geesthacht** am 2. Juni 2024. Unter reger Beteiligung von örtlichen Sport- und Kulturvereinen feierten zahlreiche Geesthachter*innen das runde Jubiläum der Verleihung der Stadtrechte.

... bei „**Europa für Dich**“ gemeinsam mit dem SPD-Kreisverband Lauenburg am 25. Mai 2024 in Schwarzenbek. Da Delara Burkhardt, MdEP, verhindert war, diskutierte ich mit Cira Ahmad, Co-SPD-Kreisvorsitzende Herzogtum Lauenburg, über europäische Themen sowie die Herausforderungen im Zusammenhang mit der anstehenden Europawahl.



... am 15. Juni 2024 auf der **AKN-Sonderfahrt** von Hamburg nach Geesthacht. An dem Wochenende bekam die Schienenanbindung von Geesthacht nach Hamburg Hbf – in beide Richtungen – einen Fahrplan. Gemeinsam mit Bürgermeister Olaf Schulze und Matthias Meyer, Geschäftsführer der AKN, sowie Landtagsabgeordneten und Mitgliedern der Ratsversammlung Geesthacht, begleitete ich die erste Zugfahrt ab Hamburg. Eine tolle Sache, wenn Geesthacht in Hamburg auf der großen Tafel und am Gleis steht und die Durchsage erklingt! So muss es schnellstmöglich Dauerzustand werden! Seit Jahren setze ich mich mit der SPD Geesthacht dafür ein. Es war ein großer Fehler, dass deutschlandweit über die letzten Jahrzehnte tausende von Bahnstrecken-Kilometern stillgelegt wurden. Die Reaktivierung der Strecke Hamburg-Geesthacht wie auch vieler weiterer deutschlandweit verloren gegangener Strecken ist dringend nötig. Die mit deutlichem Abstand größte Stadt im Kreis Herzogtum Lauenburg braucht eine Bahnverbindung! Inzwischen verständigten sich die Landesregierungen von Hamburg und Schleswig-Holstein auf die zügige Umsetzung des Projektes.



... bei der Eröffnung des **KulturSommers am Kanal in Siebeneichen** am 29. Juni betonte ich die Bedeutung dieser kulturellen Veranstaltung entlang des Elbe-Lübeck-Kanals. Vom 29. Juni bis 29. Juli 2024 finden zahlreiche Veranstaltungen zu Kunst, Kultur und Natur entlang des Kanals statt. Das gesamte Programm findet sich auf www.kultursommer-am-kanal.de



... in Hamwarde zur Einweihung zwei neuer Windräder. Die beiden inklusive Rotorblatt fast knapp 200 m hohen Mühlen können im Jahr etwa 8.000 Haushalte mit Strom versorgen. Insgesamt sieben Gemeinden profitieren finanziell von den Anlagen – auch dank der politischen Rahmenbedingungen, die eine Beteiligung der Kommunen im Umkreis von 2500 m zur Anlage (Mast) ermöglicht. Bei der Eröffnungsfeier am 21. Juni 2024, der Betrieb läuft bereits seit Dezember 2023, betonte ich in meinem Grußwort die Chancen, die mit der örtlichen Umsetzung der Energiewende verbunden sind. Nur durch den Ersatz der fossilen Ressourcen durch Erneuerbare Energien ist Energie für die Zukunft garantiert bezahlbar und verfügbar. Daran unmittelbar mitzuwirken, gelingt durch eben solche Projekte vor Ort.



... bei Staffellauf der Vielfalt in Ratzeburg am 30. Juni 2024 können alle, die Lust haben, gemeinsam ein Stück des Weges laufend, walkend, wandernd, schwimmend, paddelnd, rudern oder rollend mitmachen. Bei dem bunten Sommerevent wird der Staffelstab in den unterschiedlichsten Disziplinen und Geschwindigkeiten auf rund 27 km bewegt. Bei den Feierlichkeiten am Zieleinlauf dankte ich allen Mitmachenden für ihren sportlichen Einsatz! Eine Veranstaltung wie der Lauf der Vielfalt ist ein Musterbeispiel für die gemeinsame sportliche Aktivität, bei dem alle mitmachen können.



... beim Jubiläumsempfang zum 150-jährigen Bestehen der Bergedorfer Zeitung am 6. Juli 2024 im Körber Haus in Hamburg - wobei angemerkt sei, dass die Zeitung auch aus Schleswig-Holstein berichtet.



... am 27. April 2024 zum außerordentlichen Kreisparteitag der SPD Stormarn. In meinem Impuls sprach ich neben den am Vortag verabschiedeten Gesetzespaketen (Solarpaket I, Klimaschutzgesetzreform) auch haushalterische Positionierungen und Diskussionen innerhalb der Koalition an, den Bedarf an mehr Transformationsmitteln, sowie auch die Frage nach Bemühungen um Friedensverhandlungen zur Beendigung des Angriffskrieges auf die Ukraine. Letzteres eröffnete eine intensive politische Diskussion und zeigte dabei die Bedeutung der parteiseitigen Auseinandersetzung mit den betreffenden Fragen.

... beim alljährlichen **Anfährfest des Fördervereins e.V.** für die Fähre Siebeneichen, am 7. April 2024.



... beim Bordabend der DLRG Ratzeburg am 28. April 2024. In meinem Grußwort dankte ich allen Helferinnen und Helfern für ihre ehrenamtliche Arbeit. Im Jahr des 75. Jubiläums der DLRG Ratzeburg hielt ich ein Grußwort zu diesem feierlichen Anlass und dankte allen Helferinnen und Helfern.



Am Nachmittag des 1. Mai 2024 veranstaltete der **SPD-Ortsverein Geesthacht** sein traditionelles Grillen. Es ist immer wieder eine gute Gelegenheit auch für den Austausch über die unterschiedlichsten Themen.



... beim Fachtag **Wohnen mit Pflege- und Assistenzbedarf des PflegeStützpunkts** Herzogtum Lauenburg in Mölln am 10. Juli 2024. Hierbei ging es um die Erörterung von Möglichkeiten gemeinsamer Wohnprojekte, beispielsweise in Quartieren oder Wohngemeinschaften.



... auf dem Podium anlässlich des **15-jährigen Firmenjubiläums des Energieversorgers GP Joule**.



Mit Co-Firmengründer Heinrich Gärtner und Mai-Inken Knackfuß diskutierte ich über die Energiewende und die klimafreundliche Transformation am 11. Juli 2024 im nordfriesischen Reußenköge.



... mit einem Grußwort bei dem **125-jährigen Jubiläum des Sportvereins TSV Schwarzenbek** am 14. Juli 2024.

In meinem Grußwort gratulierte ich dem 3100 Mitglieder starken Verein. Damit ist er eine tragende Säule des lokalen Sports und schafft Verbindungen sowie Gemeinsamkeit über Nationalitäten hinweg. Diesen Mehrwert gilt es zu fördern und wertzuschätzen.

... in der **Seniorenresidenz Augustinum in Aumühle** zur **Diskussionsrunde „Politik im Gespräch“** am 15. Juli 2024. Bei dem regelmäßigen Format der Residenz kommen rund 20 bis 30 politikinteressierte Bewohnerinnen und Bewohner mit den Gästen zusammen. Hierbei gab ich einen kurzen Überblick über die aktuelle politische Lage und kam anschließend mit den Interessierten ins Gespräch.



... anlässlich des **100-jährigen Stadtjubiläums Geesthachts** auf einer Veranstaltung der SPD Geesthacht zur Historie der Stadt am 18. Juli 2024.

Dabei beleuchteten wir die politischen Themen der letzten 100 Jahre, mit denen sich die Sozialdemokratie beschäftigt hat.

... bei den **6. Ludwigsluster Gesprächen** am 17. Juli 2024. Unter dem Titel „Land + Stadt = Zukunft“ tauschte ich mich mit den Anwesenden aus, darunter auch Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) und Manuela Schwesig (SPD), Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern. Im Rahmen des Podiums thematisierte ich die bessere Nutzung von heute oft abgeregelter Windstrom.



... auf der Ausfahrt zum Schiffshebewerk der **AG 60plus Herzogtum Lauenburg** am 24. Juli 2024.



Die Fahrt bot die Möglichkeit für einen guten Austausch. Mit dabei war unter anderem auch mein Lübecker Bundestagskollege Tim Klüssendorf und unser Landtagsabgeordnete Martin Habersaat.



... bei der inzwischen schon traditionellen **Abschlussveranstaltung der „Panther Challenge“** auf dem Gelände der Bundespolizei Ratzeburg. In meinem Grußwort am 25. Juli 2024 dankte ich der Polizei für ihre Arbeit und wünschte den Bewerbenden viel Erfolg. Auch Cira Ahmad, Co-Kreisvorsitzende der SPD, war mit dabei.

Ich warb für Wertschätzung und Anerkennung der Arbeit an Stabilität für unsere Demokratie, zu der unverzichtbar auch die polizeilich geschaffene Sicherheit zählt. Im Rahmen der Panther Challenge werden 99 junge Menschen in ihrem Berufsfindungsprozess unterstützt und Einblicke in die Arbeit der Bundespolizei gewährt.

... beim **Sommerfest bei Kaffee und Kuchen der SPD Börnsen** am 27. Juli 2024 wurde auf das traditionelle Boßeln eingestimmt. Auch außerhalb von Veranstaltungsräumen kommt man ins Gespräch ...

... am 29. Juli 2024 beim **Kinderstadtspiel Tillhausen in Mölln**. Für zehn Tage übernehmen 300 Kinder und Jugendliche im Alter von 8 bis 14 Jahren die Verantwortung für eine selbstverwaltete Gemeinschaft. Dabei unterstützen zahlreiche Ehrenamtliche, das DRK mit einer Feldküche und die DLRG die Veranstaltung. In meinem Grußwort dankte ich allen Beteiligten. Es ist großartig, wie aktiv auch „in Tillhausen“ die demokratischen Prozesse angegangen werden – bei der Wahl des Bürgermeisters mit sechs Kandidierenden und 98 Prozent Wahlbeteiligung.



... in Glinde bei der **AG 60plus Glinde** am 8. August 2024. Hier gab ich einen Überblick über die aktuelle politische Lage und die Erfolge der Ampel-Koalition sowie anstehenden Vorhaben. In der anschließenden Diskussion mit den Interessierten über Infrastruktur in der Fläche hin zu Fragen rund um die Digitalisierung und der Suche nach einem Endlager für Atommüll.



... zum **Frauenfrühstück** der SPD Mölln am 27. August 2024. Weitere Gäste waren Serpil Midyatli, SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende sowie stellvertretende Bundesvorsitzende und die SPD-Landtagsabgeordneten Sophia Schiebe und Sandra Redmann. Gemeinsam tauschten wir uns mit den anwesenden Frauen über die Herausforderungen und Erfolge ihrer ehrenamtlichen Arbeit aus und schlossen einen Rundgang durch den Kurgarten und hier im Rahmen des Stadtfestes aufgestellte Stände an.



... in Geesthacht beim **Grillen der SPD Geesthacht**. Mit Bratwurst und Co. gab es Gelegenheit für viele gute Gespräche.



... am 31. August 2024 beim **Netzwerktreffen mit Partnerschaft für Demokratie**. Hier tauschten sich die Mitglieder des Netzwerkes mit Konstantin von Notz und über die Werthaltigkeit der Aktivitäten der Netzwerk-Teilnehmer und mit ihnen verbundene Projekte aus. Das Netzwerk gilt es zu erhalten, da es in der Fläche eine unverzichtbare Mittlerfunktion im Verständnis für Demokratie einnimmt.

Der ländliche Raum profitiert von eben diesem Netzwerk, das „Ideen von unten“ Raum gibt und wachsen lässt. Etwa die Hälfte der Bevölkerung konnte mit den Projekten, die auf ein Miteinander der Menschen über Nationalitäten hinweg ausgerichtet ist, erreicht werden. Mit „Demokratie leben“ konnten schon viele Entwicklungen angestoßen werden, die auch nachhaltige Wirkung und Stärkung demokratischer Strukturen entfalten. Wie etwa letztlich kommunal beschlossene Aktionspläne oder die Einrichtung eines Inklusionsbeirates.

... beim **Sommerfest der SPD Büchen** am 31. August 2024. Hier wurde den Kindern auch in diesem Jahr wieder ein großartiges Programm mit tollen Ideen geboten.



... beim **Kreissportverband Stormarn** besuchte ich auf Einladung die „theplace-sportsbar“ in Reinbek.



Der Anlass diente der Vorstellung eines Mitglied-Sportsvereins des KSV Stormarn, und zwar dem ältesten Billard-Vereins in Norddeutschland, dem Billard-Club-Bergedorf.

... digital mit einer Videobotschaft zu den Festlichkeiten anlässlich des **75. Jahrestages des Grundgesetzes** in Schwarzenbek am 7. September 2024.



... bei der **Kreisvollversammlung der JUSOS Stormarn** am 31. August 2024 fanden wir Gelegenheit für Austausch über aktuelle Themen.
Dem neu gewählten Vorstand gratuliere ich und freue mich auf und über die Zusammenarbeit.



... beim Sommerfest des **Tierheimes Geesthacht** übernahm ich am 31. August 2024 eine Patenschaft für den Kater Muggel.

Eine Möglichkeit, die wertvolle Arbeit des Tierheimes zu unterstützen. Mit Livemusik, vielen Besucherinnen und Besuchern, Kuchen und vielen weiteren Ständen, war das Sommerfest ein schöner Ort der Begegnung.



... in **Trittau** am 7. September 2024. Das **Kinderfest** veranstaltete die SPD Trittau gemeinsam mit dem Ziegelbergweg e.V. und der AWO Trittau.



... beim **Tag des offenen Denkmals** in Ahrensburg am 8. September 2024, den Bürgermeister Eckart Boege im Ahrensburger Rathaus in einem erst jüngst gelungenen Sanierungen Denkmal eröffnete.

Den rund 60 Teilnehmenden brachte er nahe, dass Denkmäler nicht nur Gebäude aus früheren Jahrhunderten sind. Auch der Bund hatte sich an der Förderung zur Sanierung des Rathauses beteiligt.



... bei der **Einweihung der Ruderakademie in Ratzeburg** am 20. September 2024. Der Bund hatte sich mit einem Förderanteil von 40 % an diesem für den Rudersport so bedeutsamen Projekt beteiligt.

In meinem Grußwort dankte ich allen Beteiligten für ihr erfolgreiches Wirken und zu dem gelungenen Ergebnis. Die neue Ruderakademie bietet ideale Trainingsbedingungen.



... anlässlich des **Tags des Handwerks** auf dem Ratzeburger Marktplatz am 21. September 2024.
Mein Grußwort schloss ich mit den Worten „Unsere heimische Wertschöpfung ist auf das Handwerk angewiesen – hier gilt: Handwerk ist nicht alles, aber ohne Handwerk ist alles nichts.“ Nach der Eröffnung gab es Gelegenheit, mit den verschiedenen ausstellenden Gewerken ins Gespräch zu kommen.



... auf der **Vollversammlung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) Schleswig-Holstein** in Bad Schwartau am 21. September 2024. Juliane Marauska und Bianca Woller bilden die neue Doppelspitze des AsF-Landesverbands.

Dem neuen Vorstand gratuliere ich zur Wahl. Mein herzlicher Dank gilt Cornelia Östreich für ihre langjährige und hervorragende Arbeit als AsF-Landesvorsitzende.



... in Ratzeburg beim **Turmfest** des Ratzeburger Doms am 29. September 2024 anlässlich des Abschlusses der Sanierungsarbeiten am Domturm.

2022 erhielt der Dom 600.000 Euro aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm des Bundes zur Sanierung.

... in Escheburg beim Ortsverein. Anlässlich des 120-jährigen Bestehens der SPD Escheburg hatten die Genossinnen und Genossen zu einem leckeren **sozialdemokratischen Sonntagsfrühstück** am 29. September 2024 eingeladen.

... im Rahmen eines energiepolitischen Fachgesprächs mit dem **Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.** in Schwerin am 1. Oktober 2024.

... auf der Veranstaltung „**Brauchen wir Tierversuche für neue Medikamente?**“ der SPD Lauenburg und Ärzte gegen Tierversuche e.V. am 4. Oktober 2024 in Lauenburg.



... in Lauenburg zum „**Klönschnack**“ auf Einladung der SPD Lauenburg am 23. Oktober 2024. Im Rahmen dieser Veranstaltung konnte ich mit interessierten Bürgerinnen und Bürger über ihre politischen Anliegen sprechen.



... bei meiner SPD-Bundestagsfraktionskollegin **Anja Troff-Schaffarzyk** im ostfriesischen Leer am 22. Oktober 2024. Bei einem Infoabend zur Wärmewende diskutierten wir mit den Anwesenden über die aktuelle Gesetzgebung



... auf Einladung der **SPD-Kreistagsfraktion Stormarn** auf ihrem Neujahrsempfang am 2. Januar 2025. Mit Impulsvorträgen vom THW und der Sparkassenstiftung wurden Sicherheitsfragen und Investitionen in Daseinsvorsorge thematisiert.

Mit unseren Grußworten gingen Bengt Bergt und ich auf die dringend benötigte Reform der Schuldenbremse ein. Es kann nicht sein, dass unter der verfälschenden Maßgabe des Sparens unser Land keine ausreichenden Investitionen in Bildungseinrichtungen, Schienen und Brücken leisten kann. Wir brauchen hier ein anderes Verständnis von „Schulden“. Zudem müssen Vermögende steuerlich stärker einbezogen werden. Der Staat darf steuerlich nicht länger „belohnen“, wenn Geld zu immer mehr Bündelung von Vermögen führt und die Hauptlast auf der hart arbeitenden Bevölkerung liegt. Das muss sich ändern und wird sich nur unter Führung der SPD ändern können. Auch auf die Notwendigkeit der staatlichen Finanzierung des Energienetze-Ausbaus ging ich ein, für die die SPD nun in einem ersten Schritt bereits eine Deckelung der Netzentgelte auf 3 Cent fordert. Zum 1. Januar 2025 wurde allerdings bereits eine gerechtere Umlage der Netzausbaukosten erreicht, was die Kundinnen und Kunden in Schleswig-Holstein spürbar entlasten wird.

... am 3. Januar 2025 beim digitalen Töpfer-Dialog von der **KlimaUnion e.V.** mit Prof. Dr. Matthias Kalkuh zum Thema der Klimafolgekosten.



... auch auf dem **Neujahrsempfang in Brunsbek** am 5. Januar 2025.

Mit Bürgermeister Olaf Beber und den weiteren Gästen gab es die Gelegenheit, auf 2024 zurückzublicken und zu schauen, was 2025 bevorsteht. Ganz besonderer Dank galt der Blaskapelle, die zum letzten Mal in dieser Formation den Neujahrsempfang begleitet.



... auf dem **Neujahrsempfang der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung** am 9. Januar 2025 im Schloss Reinbek.

Im Bild mit Andreas Breitner (mittig) und Bürgermeister Björn Warmer im. In seiner Rede sprach sich Ministerpräsident Daniel Günther mit versteckten „Antworten“ auf die Angriffe seines bayrischen Amtskollegen für mehr Wertschätzung aus. Es braucht auch in der Politik mehr Aufmerksamkeit für die Dinge, die gut liefen, statt immer nur auf das Nichtfunktionierende hin zu weisen. Mein Gedanke dabei: dieser unterstützenswerten Lösung sollte auch Friedrich Merz Gehör schenken.



... auf dem **Neujahrsempfang der Stadt Ratzeburg** am 10. Januar 2025, hier zusammen mit der stellvertretenden Kreispräsidentin Gitta Neemann-Güntner.

Das Grußwort hielt Bürgermeister Eckard Graf. Auch Möllns Bürgermeister Ingo Schäper war zu Gast. Als Sportler des Jahres wurde die U13-Jugend-Mannschaft des To-Judo-Kan Ratzeburg ausgezeichnet. Herzlichen Glückwunsch!



... bei dem **Neujahrsempfang der SPD Oststeinbek und der SPD Südstormarn** am 15. Januar 2025. Zu Gast waren auch Landtagsabgeordneter Martin Habersaat und Marion Meyer, Co-Vorsitzende der SPD Stormarn und Kreistagsabgeordnete.

... auf dem **Neujahrsempfang Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.** und des BDI Schleswig-Holstein im Hamburger Hotel Atlantic am 16. Januar 2025.



... in **Ahrensburg** auf dem städtischen **Neujahrsempfang** am 17. Januar 2025 im gut gefüllten Marstall.

Bürgermeister Eckart Boege berichtete über die vielen Ereignisse in der Stadt während des vergangenen Jahres, mit vielen kulturellen Anlässen, aber etwa auch Entwicklungen im Grundschulbau.



... in **Büchen** bei der örtlichen **SPD** anlässlich ihres **Neujahrsempfangs** am 19. Januar 2025.

Lars Schwieger, Ortsvereinsvorsitzender erläuterte die erreichten Entwicklungen im letzten Jahr, etwa auch für ein Jugendtreff. Dabei verdeutlichte er, wie wichtig es ist, die Werthaltigkeit kommunalen Handelns zu erkennen. Außerdem übergaben wir die eingesammelten Spenden für den Tierschutz.



... in Ahrensburg beim **Grünkohlessen der SPD Ahrensburg** am 19. Januar 2025.

In meinem Impuls ging ich auf die aktuellen politischen Anforderungen, auch im internationalen Kontext ein und die Notwendigkeit, entschieden gegen die Verhetzungen auf den Social Media Plattform vorzugehen. Wie auch schon an anderer Stelle formuliert, erläuterte ich, dass es darum gehen müsse, eine staatlich verantwortete Plattform zu schaffen, auf der die Kommunikation nach transparenten und werteorientierten Regeln

verläuft. In Bezug auf die wirtschaftspolitische Lage ging ich auf die Entwicklung der Energiewende ein. Sie steht für dauerhaft bezahlbare, sichere und verfügbare Energie und zukunftsweise Arbeit.

#Klimaschutzpolitik muss sich mehr auf eben diese Umsetzungsschritte konzentrieren.



... beim **3. Dargower Gespräch** am 19. Januar 2025. Mit der Journalistin Katja Gloger und Konstantin von Notz, Mitglied des Bundestages von Bündnis 90 / Die Grünen, ebenfalls aus meinem Wahlkreis, diskutierte ich über Wege zum Frieden für die Ukraine.



... beim **DGB Stormarn und Herzogtum Lauenburg**. Der Gewerkschaftsbund hatte die Direktkandidierenden im Bundestagswahlkreis 10 Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd von SPD, CDU, Grünen und LINKE nach Glinde zur Podiumsdiskussion am 21. Januar 2025 eingeladen.

In der Diskussion warb ich für eine Reform der Schuldenbremse, die stärkerer Beteiligung großer Vermögen an der Solidargemeinschaft durch die Einführung einer Vermögenssteuer sowie das Fortsetzen der beschleunigten Energiewende.



... bei der **SPD Geesthacht** am 23. Januar 2025 auf einer Informationsveranstaltung zum **Gesundheitsstandort** Geesthacht.

Gemeinsam mit Jens Glasow, Vorsitzender der Mitarbeitervertretung im Geesthachter Krankenhaus, und Petra Burmeister, Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Geesthacht, konnte im Austausch mit dem Publikum herausgearbeitet werden, wo es noch hakt. Zuletzt konnte eine Schließung des Geesthachter Krankenhauses abgewendet werden. Des Weiteren gab ich einen

Überblick, dass von der kürzlich verabschiedeten Krankenhaus-Reform auch kleinere Kliniken profitieren können.

... in Börnsen beim **Grünkohlessen** der örtlichen SPD am 24. Januar 2025.



... bei der **SPD Schenefeld** am Abend des 25. Januar 2025. Gemeinsam schauten wir den Dokumentarfilm „Atomkraft forever“.

Im Anschluss diskutierte ich mit den Anwesenden über die Gefahren der Atomkraft. Unter anderem ging ich auf die Unwirtschaftlichkeit von Atomenergie ein. Viele Befürworter rechnen nämlich nicht die horrenden Kosten der Lagerung des hochradioaktiven Abfalls mit ein.



... beim **Wirtschaftsverbund Herzogtum Lauenburg** am 4. Februar 2025 gemeinsam mit Henri Schmidt (CDU), Johannes Basler (FDP) und Konstantin von Notz (Grüne) zu einem „Speed-Dating“ mit Fragen und Antworten aus den Reihen der sieben Wirtschaftsverbände zur anstehenden Bundestagswahl.

... auf einer **Podiumsdiskussion der Friedegart-Belusa-Gemeinschaftsschule** in Büchen diskutierte ich am 5. Februar 2025 gemeinsam mit Konstantin von Notz (Bündnis 90 / Die Grünen), Henri Schmidt (CDU), Marc-Andre Thore Bornkessel (Die Linke), Johannes Basler (FDP) und Jasper Griebel (AfD).



... mit Gitta Neemann-Güntner bei der feierlichen Eröffnung des zweiten Projektabschnitts der **Umgehungsstraße Schwarzenbek B209** am 6. Februar 2025. Der Bund beteiligte sich mit 17,4 Millionen Euro in Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans.

... beim **10. Meldorf Klimaschutzforum** in der Gemeinschaftsschule Meldorf am 6. Februar 2025 moderierte ich eine Gesprächsrunde mit Matthias Reimers (Geschäftsführer Deich- und Hauptsielverband), Doris Ipsen (Geschäftsführerin des Unternehmensverbandes Westküste, Unterelbe) und Rainer Hamann (Klimaschutzbeauftragter des Kirchenkreises Dithmarschen).



... am 7. Februar 2025 in Flensburg auf einem **Politik-Talk der Erneuerbaren-Unternehmensgruppe ARGE NETZ** unter anderem mit dem damaligen Wirtschafts- und Energieminister Robert Habeck.



... am 12. Februar 2025 bei der Veranstaltung **„Ein nachhaltiges Vorhaben für Mensch & Natur“** von 50Hertz in Kuddewörde. Auf dem Podium diskutierte ich mit Konstantin von Notz (GRÜNE), Rasmus Vöge (CDU), Projektleiterin Brigita Jeroncic (50Hertz), Hans-Heinrich Stamer (Gemeindevertreter Kuddewörde) unter der Moderation von Lutz Fähser (Forstdirektor a.D. im Sachsenwald)

über die dort vorgestellten Pläne von 50Hertz zur 380 kV Höchstspannungsfreileitung und den Alternativ-Vorschlag der Gemeinden einer Südtrasse in Form einer Bohrtunnel-Erdleitung entlang der Autobahn A 24 von Witzhave bis Möhnsen.



... am 18. Februar 2025 Austausch mit **Bund der Wasserstoffregionen und Geesthachts Bürgermeister Olaf Schulze**, welcher zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Geesthachter Stadtwerke ist. Die Stadt bietet über die Stadtwerke, - aber auch der Lage nach - gute Rahmenbedingungen für die Gewinnung von Wasserstoff.



... zum Dämmerschoppen der **SPD Ratzeburg** am 19. Februar 2025 in Barnes Pub.



... beim **Anfährfest** der Fähre Siebeneichen e.V. am 06. April 2025.



... am 08. April 2025 beim „**See-Schnack**“ des SPD Ortsverein Lütjensee-Großensee.



... am 23. April 2025 zum **Austausch mit der IG Metall Region Hamburg** und Betriebsräten aus der Region Herzogtum Lauenburg.

... am 10. und 11. Mai 2025 als Delegierte beim **Landesparteitag der SPD-Schleswig-Holstein**.



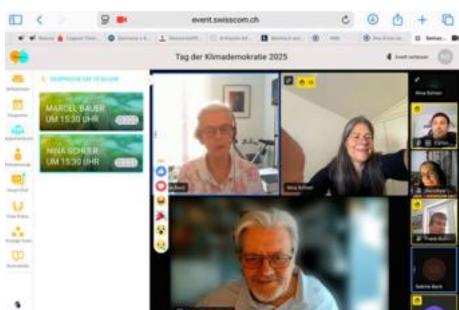
... bei einem **Austausch mit der Bundespolizeiabteilung Ratzeburg** am 26. Mai 2025 sprach ich mit dem Abteilungsführer der Bundespolizeiabteilung Ratzeburg, Polizeidirektor Sven Jahn über aktuelle Themen und Herausforderungen.



... bei einer **Niederlassung des Logistikunternehmens NOX** in Glinde gemeinsam mit Henri Schmidt, MdB am 10. Juni 2025.



... am 14. Juni 2025 beim **80. Jubiläum der LADR Zentrallabors** in Geesthacht.



... ebenfalls am 14. Juni 2025 bei der Online-Veranstaltung **Tag der Klimademokratie**.

... am 11. Juni 2025 bei einem **Austausch mit dem Ausschuss für Industrie und Energie der IHK Lübeck** in Geesthacht zur zukünftigen Energiepolitik der Bundesregierung.

... am 18. Juni 2025 zu einem **Austausch mit dem Arbeitskreis Umwelt und Nachhaltigkeit** der IHK Lübeck.

... beim **Spargelessen des Ortsverbands Geesthacht** am 20. Juni 2025.

... bei einer **Tagung von ASKETA** in Geesthacht am 30. Juni 2025. Thema war der aktuelle Stand der Endlagersuche und zu bedenkende Herausforderungen.

... bei der **Arbeitsagentur Bad Oldesloe** zu einem **Kennenlerngespräch** mit der Vorsitzenden der Geschäftsführung Kathleen Wieczorek am 15. Juli 2025.



... zum **Austausch** mit der Einrichtungsleiterin des Integrationscenter Südstormarn Ilona Akopjan bei AWO Interkulturell mit **Besuch in des Integrationscenter** am 15. Juli 2025. Die AWO leistet wichtige Arbeit im Bereich Integration durch eine Vielzahl von Angeboten wie Sprachkursen und Migrationsberatungen, die von zahlreichen Teilnehmern genutzt werden. Dank der engagierten ehrenamtlichen Arbeit konnte das Team der AWO-Interkulturell bereits viele Erfolge verzeichnen. Dennoch gibt es auch einige Hürden, die zu überwinden sind. Das

Team der AWO-Interkulturell berichtete unter anderem, dass es Probleme bei der Anerkennung von Berufen im Pflegebereich oder von Ärzten gibt. Die vor Ort geleistete Integrationsarbeit ist von unschätzbarem Wert. Ich bedanke mich herzlich für die Einladung, den interessanten Austausch und die wertvolle ehrenamtliche Arbeit der AWO.

... bei einem **Austausch mit Partnerschaft für Demokratie** Stadt Ratzeburg am 16. Juli 2025.



... bei einer **Veranstaltung zur Fertigstellung des Neubaus der LungenClinic Großhansdorf** am 18. Juli 2025.

... am 23. Juli 2025 beim **EU-Projektag am Gymnasium Schwarzenbek**.



... am 14. August 2025 bei einer **Sitzung der AG 60plus** in Glinde.



... zu einem **Grußwort zum 150-jährigen Bestehen des Freiwilligen Feuerwehr Lauenburg/Elbe** am 18. Juli 2025.



... ebenfalls am 14. August 2025 beim **Klönschnack der SPD Lauenburg** zu den ersten 100 Tagen der neuen Schwarz-Roten Bunderegierung.



Demonstrationen gegen Rechtsextremismus: Im Januar 2024 nahm ich an der Demonstration in Mölln („Für Anstand, für Demokratie, gegen Rassismus!“) teil, die ich mit dem SPD-Kreisverband initiiert hatte und im Februar 2024 an der Demo in Büchen („Nie wieder ist JETZT!“). Im Oktober 2024 besuchte ich die Demonstration „Wir sind nicht still!“ in Geesthacht. Bei allen Demonstrationen war es mir wichtig ein klares Zeichen gegen den Rechtsextremismus zu setzen und deutlich zu machen, dass rechte Hetze und Intoleranz in unserem Wahlkreis und in unserer Region keinen Platz finden.

Parlamentarisches Planspiel: Ich rufe politikinteressierte Jugendliche regelmäßig zur Bewerbung für das Planspiel „Zukunftsdialog“ der SPD-Bundestagsfraktion und das Planspiel „Jugend und Parlament“ des Deutschen Bundestages auf. Diese Planspiele bieten jungen Menschen zwischen 16 und 20 Jahren die Möglichkeit, in den Gebäuden des Bundestages in die Rolle fiktiver Abgeordneter zu schlüpfen und so die Abläufe, Funktionen und die Unverzichtbarkeit der parlamentarischen Demokratie spielerisch zu erleben. Ich habe mich gefreut, nach dem Bewerbungsverfahren Sebastian Schmidt, Schüler der Stormarnschule Ahrensburg, bei mir im Bundestag begrüßen zu dürfen.

Zusätzlich durfte ich im Januar, März, Mai, und Oktober 2024 Schüler und Schülerinnen der Erich Kästner Gemeinschaftsschule Barsbüttel, der Friedegart-Belusa-Gemeinschaftsschule Büchen, der Woldenhornschule Ahrensburg, der Gemeinschaftsschule Lauenburgische Seen (Ratzeburg), der Erich-Kästner-Gemeinschaftsschule Barsbüttel und der Grund- und Gemeinschaftsschule Sandesneben empfangen; Es liegt mir am Herzen Politik, Politik für jüngere Generationen zugänglich und spannend zu machen.

Diakonisches Werk Herzogtum Lauenburg: Auf Einladung des Diakonischen Werks Herzogtum Lauenburg, der die Bundestags- und Landtagsabgeordneten der Region gefolgt waren, gewann ich in Mölln in einer Reihe von Austauschen mit den verschiedenen FachbereichsleiterInnen wertvolle Einblicke in die vor Ort geleistete Integrationsarbeit.

Mein Dank gilt allen Beteiligten. Sprache, Mitmenschlichkeit, Hilfe, wie geschützter Wohnraum sind essenziell für gesellschaftliches Zusammenleben, Zugang zu Bildung und auch zur Integration in den Arbeitsmarkt. Es ist auch in unserem humanen wie gesamtgesellschaftlichen Interesse, den zu uns Geflüchteten schnell und flächendeckend Teilhabe und Integration zu ermöglichen. Die von der Diakonie geleistete Begleitung der Bewohnerinnen und Bewohner ist eine unverzichtbare Integrationsarbeit, die unser aller Anerkennung verdient und weiter ermöglicht werden muss.

Europa-Projekttag: Im Rahmen des Europa-Projekttages fand ein Austausch zum Thema Europa mit den Schülerinnen und Schülern der Europaschule Schwarzenbek statt. Moderiert und vorbereitet wurde das Gespräch von zwei engagierten Schülern der Oberstufe. Etwa 70 Schülerinnen und Schüler nahmen an der Veranstaltung teil und stellten Fragen zu unterschiedlichsten Themen. Neben europäischen Themen wie erneuerbaren Energien, dem Umwelt- und Klimaschutz, ging es auch um die Wahlergebnisse der vergangenen Juniorwahl, die Verfassungsrichterwahl und soziale Gerechtigkeit.

Auch die Zukunft der Rente und die aktuelle Debatte zur Wehrpflicht bewegten die Schülerinnen und Schüler.

Team IG-Metall: Am Mittwoch, den 23. April 2025, fand auf dem Werksgelände der LMT-Group in Schwarzenbek ein Austausch mit Vertretern der IG-Metall (u.a. IG Metall Betriebsräten und Vertrauensleuten von Unternehmen im Kreis Herzogtum Lauenburg) statt.

Bei Kaffee und Kuchen ging es um eine Vielzahl von Themen unter anderem aus dem Koalitionsvertrag. Diskutiert wurden etwa Arbeitszeiten und die Stärkung des Unternehmensstandortes Deutschlands. Weitere Themen waren auch das Sondervermögen und wie Bundestagsabgeordnete Einfluss auf die Verteilung der Mittel haben. Es wurden auch Aussagen aus dem Koalitionsvertrag kritisch gesehen, u.a. von einer täglichen zu einer wöchentlichen Arbeitshöchstzeit überzugehen. Aber auch lokale Themen wie die benötigte Bahnbindung von Geesthacht nach Hamburg waren Gesprächsthema.

Geesthachter Pfotenfreunde: Gemeinsam mit unserer Landesvorsitzenden, Fraktionsvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion und stellv. Bundesvorsitzenden besuchte ich im Februar 2025 das Tierheim Geesthacht. Unsere große Wertschätzung gilt den Ehrenamtlichen, die sich liebevoll und verantwortungsvoll um die Tierbewohnerinnen kümmern. Bis auf den letzten Quadratmeter wird Platz für Tiere geschaffen. Klar wird dabei auch: die Tierheime kommen an ihre Kapazitätsgrenzen. Wir alle sind aufgerufen, dem entgegenzuwirken und zugleich für gute Versorgung in den Tierheimen einzutreten. Auch durch Spenden.

Von Haus zu Haus: Gemeinsam in Ahrensburg von Haus zu Haus! Auch wenn nicht alle Türen aufgehen - es ist schön auf Dankbarkeit für politische Botschaften zu stoßen und unser Programm für mehr Gerechtigkeit mit Flyern zur Bundestagswahl zu verteilen. Danke an die SPD Ahrensburg!

Pizza und Politik: In alter Frische lud ich gemeinsam mit meinem Kollegen und Landtagsabgeordneten Martin Habersaat am 20. Dezember 2024 zu „Pizza und Politik“ in Wentorf ein. Ich bedanke mich für die angenehmen Gespräche und euer zahlreiches Erscheinen.

Technisches Hilfswerk Ratzeburg: Bei der Jahresabschlussfeier des Technischen Hilfswerks Ratzeburg gab es Gelegenheit, mit den Einsatzkräften ins Gespräch zu kommen. Bei Glühwein und Grünkohl wurde über die Einsätze berichtet. In einem kurzen Grußwort dankte ich für den unschätzbarsten Einsatz des THW Ratzeburg und auch der ebenfalls anwesenden Freiwilligen Feuerwehr Ratzeburg. Das THW ist weltweit im Einsatz in der Katastrophenhilfe. Deshalb bedarf es, auch für die Versorgung im Krisenfall vor Ort, die bestmögliche Ausstattung.



Alle zwei Jahre veranstaltet die Büchener Wirtschaftsvereinigung e.V. die Gewerbeschau Büchen, dieses Jahr schon zum 12. Mal. Vergangenes Wochenende am 25. und 26. Oktober 2025 war es wieder so weit.

Neben dem gegenseitigen Austausch bietet die Gewerbeschau Unternehmen aus der Region die Möglichkeit, Besucherinnen und Besuchern ihre Produkte und Dienstleistungen zu präsentieren.

Bei meinem Besuch auf der Gewerbeschau am vergangenen Sonntag kamen viele interessante Gespräche zustande, unter andrem auch mit dem DRK Büchen e.V., bei dem ich nun auch Mitglied bin.

ZU GAST AUSSERHALB DES WAHLKREISES IN DEUTSCHLAND UND IM AUSLAND



... beim xChange-Frühstück auf Einladung der Hill+Knowlton Strategies GmbH am 8. September 2023. In meinem Impuls erläuterte ich die energie- und klimapolitischen Weichenstellungen der Ampel-Regierung.

... beim 12. Gartenfest des Seeheimer Kreises im Garten der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft am 5. September 2023.



... am 20. September 2023 beim vgbe Kongress: Energy Transition – Mission Impossible? Auf dem Panel diskutierte ich unter anderem mit Professor Mojib Latif und weiteren Vertretern aus Wissenschaft und Industrie über die Notwendigkeit, den Umstieg auf Erneuerbare Energien attraktiv und anreizorientiert zu gestalten und eine Vorbildrolle für andere Länder einzunehmen.

... beim Energiepolitischen Abend der energiepolitischen Lenkungsausschüsse der Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg, auf Einladung des BDEW Norddeutschland am 26. September 2023 in der Vertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Gemeinsam mit Vertretern aus Politik, Verbänden und den regionalen Versorgungsunternehmen tauschen wir uns über die aktuellen Herausforderungen in der Energiewirtschaft, insbesondere für die regionalen Versorger aus.



... beim Parlamentarischen Abend Nationale Biomassestrategie des Bundesverband Bioenergie e.V. in der österreichischen Botschaft am 18. Oktober 2023. Gemeinsam mit den energiepolitischen Experten der anderen Fraktionen diskutierte ich auf dem Podium über die Pläne der Bundesregierung zu einer Biomassestrategie.

... auf der 3. Jahreskonferenz der DIHK und dena zur Marktoffensive Erneuerbare Energien am 19. Oktober 2023. Auf dem Panel zu Green Power Purchase Agreements debattierte ich mit meinen Fraktionskollegen der Linken, der CDU, der FDP und den Grünen über Energiesicherheit und den zukünftigen Hochlauf der Erneuerbaren Energien.

... bei einer Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Reihe „Fraktion vor Ort“ am 12. September 2023 in der Preesterkoppel in Ratekau. Auf Einladung meiner Fraktionskollegin Bettina Hagedorn diskutierten wir zum Thema Wärmewende sozial gestalten, insbesondere über das kurz zuvor verabschiedete Gebäudeenergiegesetz (siehe auch unter Themen).



... auf der Windenergiemesse **HUSUM Wind** am 13. September 2023. Als Panelistin diskutierte ich gemeinsam mit Vertretern aus der Landespolitik, Verbänden und Unternehmen die Frage, wie Bürgerbeteiligung und eine Beschleunigung der Energiewende umgesetzt werden können.

... beim Jugend- und Familienbildungswerk Klingberg zur **Seminarreihe Klimaschutz und Nachhaltigkeit** am 7. Oktober 2023 in Scharbeutz. In meinem Vortrag legte ich dar, welche Beschleunigungsschritte für eine vollständige Versorgung mit Erneuerbaren Energien notwendig sind.



... beim **ERR** (Eesti Rahvusringhääling, estnischer öffentlicher Rundfunk) am 22. September 2023 zum Thema Deutsche Energiepolitik, Video auf Estnisch/Englisch
<https://www.err.ee/1609104152/saksa-analutik-err-ile-toostuse-energiantoetus-poleks-teiste-suhtes-oiglane>



Zur Halbzeit der Legislaturperiode hat die SPD-Bundestagsfraktion den **Fraktionsvorstand, sowie die Sprecher*innen der Arbeitsgruppen** erneut gewählt. Für die Wiederwahl in beide Funktionen und das entgegengebrachte Vertrauen bedanke ich mich und freue mich auf die fortgesetzte Zusammenarbeit! Von der **SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein** wurden Sönke Rix und ich einstimmig als Sprecher und stellvertretende Sprecherin gewählt.



Am 6. September 2023 traf ich mich mit Vertretern des **Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbands**. Gegenstand des Austausches waren insbesondere die Themen Energiegenossenschaften und Bürgerbeteiligung durch Energy Sh



Am 7. September 2023 hatte ich in meiner Funktion als Klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin zum **Austausch mit Gewerkschaftsvertreter*innen** mit der AG Klimaschutz und Energie der SPD-Bundestagsfraktion eingeladen, in dessen Fokus die Beratungen zum Industriestrompreis, das Klimaschutzgesetz und die Plattform Klimaneutrales Stromsystem (PKNS) standen.

Im Rahmen der **Begleitgruppe Klimaschutz und Transformation** diskutierte ich in diesen Wochen gemeinsam mit Experten und Fraktionskollegen. Am 20. September 2023 stand die Novelle des Klimaschutzgesetzes auf der Tagesordnung. Am 27. September 2023 tauschten wir uns über die EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) aus. In einer weiteren Sitzung war schließlich das Thema Stromspeicher in der Energiewende am 18. Oktober Thema.



Am 25. September 2023 tagte der **Beirat der Bundesnetzagentur**, dem ich angehöre, zum 152. Mal. Auf der Agenda standen unter anderem die Gasversorgung in Deutschland und welche Speicherfüllstandszenarien und Einsparpotentiale in den kommenden Wintern berücksichtigt werden müssen. Mit dem **wirtschafts- und energiepolitischen Sprecher der SPD-Fraktion in NRW, André Stinka**, traf ich mich am 25. September zu einem anregenden Fachaustausch.



Am 26. September 2023 nahm ich am **Nachhaltigkeitsabend der SPD-Bundestagsfraktion** im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus teil. In zahlreichen Gesprächen an Thementischen wurden hierbei gesonderte Herausforderungen des Transformationsprozesses sowohl von VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen als auch von Unternehmen an mich herangetragen und diskutiert.

Am 27. September 2023 hatte der Ausschuss für Klimaschutz und Energie die französischen Fachkollegen der **Commission des affaires économiques** zu einer gemeinsamen Sitzung geladen. Gemeinsam diskutierten wir über unsere gemeinsamen Bestrebungen zum Ausstieg aus fossilen Energien, die Minderung von CO2-Emissionen, den europäischen Elektrizitätsmarkt – aber auch über das Thema Atomenergie, das in unseren Ländern sehr unterschiedlich betrachtet wird, war Teil des Austausches.



Meiner Einladung zu einer **Bundespresseamtsfahrt** waren am 27. September 43 Besucher*innen gefolgt. Im gemeinsamen Austausch ging es überwiegend um Energiesicherheit und den Ausbau von Erneuerbaren Energien. Als dreitägige Informationsfahrten bietet die Bundespresseamtsfahrt ein interessantes und abwechslungsreiches politisch-kulturelles Rahmenprogramm und findet an jährlich drei Terminen statt. Hierbei werden sowohl aktuelle politische Fragen diskutiert als auch die Abläufe des Parlamentsbetriebs thematisiert. Über den Austausch mit den Teilnehmenden in den Räumlichkeiten des deutschen Bundestages freue ich mich immer wieder aufs Neue. Die Teilnehmenden erhalten durch ihren Besuch einen Einblick in die Arbeit von Regierung und Parlament. Die Teilnahme mit Transfer im Reisebus und zwei Übernachtungen inkl. Mahlzeiten ist gebührenfrei, mit Ausnahme einer Pauschale für Eintrittsgebühren in Höhe von 25 Euro pro Person. Durch das umfangreiche Rahmenprogramm ist die Fahrt immer ein Erlebnis.

Registrierungen für die Fahrten sind über meine Homepage www.nina-scheer.de oder per Mail an nina.scheer@bundestag.de möglich.



Am 9. Oktober 2023 kamen die Abgeordneten und Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Klimaschutz und Energie der SPD-Fraktion zu einer eintägigen **Klausur** zusammen. Bei dieser Gelegenheit tauschten wir uns über aktuelle Gesetzgebungsverfahren und unsere gemeinsame Zusammenarbeit aus und planten die Aktivitäten der Arbeitsgruppe für die kommenden Monate.

Am 9. Oktober 2023 traf ich mich zu einem Austausch mit Delegation der **Führungsakademie Baden-Württemberg** zum Thema Erneuerbare-Energien-Gesetz und den weiteren Ausbauvorhaben.

Am 10. Oktober nahm ich am **Mittagstisch der Parlamentarischen Linken** der SPD-Fraktion teil und nutze die Gelegenheit für ein Gespräch mit dem israelischen Botschafter Ron Prosor über die aktuelle Lage in Israel.



Am 12. Oktober 2023 empfing ich die Schüler*innen der 9. Klasse der **Erich-Kästner Gemeinschaftsschule Barsbüttel**. Wir sprachen über die Arbeitsabläufe im Bundestag, meine Aufgaben als Klimaschutz- und Energiepolitische Sprecherin, sowie aktuelle Themen, wie etwa über die Notwendigkeit des Umstiegs auf Erneuerbare Energien als eine Frage der Gerechtigkeit und Versorgungssicherheit mit Zukunft.



Im Rahmen der **Landesgruppensitzung Schleswig-Holstein** trafen wir uns am 16. Oktober 2023 zu einem Gespräch mit der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit für einen Austausch über aktuelle arbeitsmarktpolitische Themen.



Am 4. und 5. Oktober 2023 fand eine **Delegationsreise mit Mitgliedern der Arbeitsgruppe Klimaschutz und Energie der SPD-Bundestagsfraktion nach Brüssel** statt. Auf dem dicht getakteten Programm, das das Verbindungsbüro der SPD-Bundestagsfraktion vor Ort organisiert hatte, kamen wir sowohl mit Vertreterinnen der EU-Kommission zu Fragen der Energiepreiskrise und zu Rahmenbedingungen für den beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien zusammen als auch mit VertreterInnen von Thinktanks. Der Festakt zum Tag der deutschen Einheit wurde diesjährig in der Hamburger Elphilharmonie zelebriert. Ich habe mich sehr gefreut, an den Feierlichkeiten zu so einem wichtigen Tag teilzunehmen.



... auf der **Jahreskonferenz der Stiftung KlimaWirtschaft** am 8. November 2023. Auf Podium „Große Sprünge/Kleine Schritte – So gelingt der Weg in die KlimaWirtschaft“ betonte ich den Fokus der Ermöglichung, den insbesondere Unternehmen für die Energiewende benötigen. Der Umstieg auf Erneuerbare Energien muss erleichtert und beschleunigt werden; darauf ist die Garantie für bezahlbare Energie angewiesen.

Um das Potential Deutschlands als Industrie- und Wirtschaftsstandort auszuschöpfen, kommt es auf eine Atmosphäre des Handels an. Als Beispiel für diese Devise erinnerte ich an die weltweite Ausstrahlungswirkung der unter rot-grünen Bundesregierung im Jahre 2000 eingeführten Erneuerbare-Energien-Gesetz, das einen gesellschaftlichen Aufbruch auslöste.



... beim **parlamentarischen Frühstück der ARGE Netz** am 14. November 2023.

Als Schirmherrin diskutierte ich mit gemeinsam mit meinen Sprecher-Kolleg*innen der Fraktionen und der SPD-Arbeitsgruppe Klimaschutz & Energie über die Gesetzesvorhaben zum Solarpaket und des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, sowie der zukünftigen Strategischen Ausrichtung der ARGE Netz Gruppe.



... bei der **EnergieSystemWende-Konferenz** der Reiner Lemoine Stiftung am 15. November 2023. Zum Auftakt der Konferenz hielt ich die Keynote-Rede und erläuterte die politischen Weichenstellungen der Energiewende. Neben den zentralen Projekten der Ampelregierung legte ich dar, wie weit wir in nur wenigen Jahren Transformation gekommen sind und welche Schritte für eine klimaneutrale Zukunft noch nötig sein werden. (Foto: Stefan Klenke)

Mit Blick auf die Transformation des Strommarktes berichtete ich über die Arbeit der Plattform Klimaneutrales Stromsystem (PKNS) und wie die Klimawende sektorübergreifend und sozial gerecht gelingen kann.



... auf der **Podiumsdiskussion anlässlich der COP 28**, auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen und der schwedischen Botschaft am 11. Dezember 2023. Gemeinsam mit Vertretern von Germanwatch, Fridays for Future, dem BDI und dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung diskutierte ich die Anforderungen an eine Einigung auf der Klimakonferenz der UN (vgl. auch die Erwähnung weiter oben)



... auf dem **Herbststempfang des Landesverband Erneuerbare Energien** Schleswig-Holstein e.V. am 23. November 2023 als Gastrednerin. (Foto: Tim Riediger / LEE SH)
Gegenstand der Diskussion war Gegenstand des Austauschs in Kiel waren Möglichkeiten zur Beschleunigung der Energiewende.



... bei der Veranstaltung „**Energiewende vor Ort**“ des SPD-Ortsvereins in Verden in Niedersachsen am 4. Dezember 2023. Mit Stakeholdern und Vertretern der Gemeinde tauschte ich mich über die konkreten Projekte in der Stadt Verden und die bundespolitische Perspektive auf die Wärmewende aus. In meinem Impulsvortrag betonte ich die klare Handschrift der SPD bei den Verhandlungen um die Wärmewende, zu der unter anderem die vereinbarten Mieterschutzregelungen und Förderungen gehören.



Im Ergebnis auf Platz 1 aller weiblichen Bundestagsabgeordneten (Platz vier insgesamt). Wer sind die einflussreichsten Bundestagsabgeordneten in Deutschland? Mit dieser Frage beschäftigte sich die Kommunikationsagentur BCW. Unter den Politiker*Innen mit dem größten parlamentarischen Einfluss wurde ich auf Platz 4 bewertet und damit zugleich auf Platz 1 aller weiblichen Bundestagsabgeordneten. Im sogenannten Öffentlichkeits-Score belege ich mit Platz 193 den führenden Platz aller Sozialdemokrat*innen bzw. siebten Platz aller SPD-Bundestagsabgeordneten. Ich freue mich über das „Feedback“, sehe aber zugleich, wie wichtig es bleibt, mehr KollegInnen in die Parlamente zu bekommen. Die Bewertung belegt somit auch die Notwendigkeit für mehr Chancengleichheit in politischen Ämtern.

Zu einem digitalen **Fachgespräch zum Thema Resilienz** hatten mein Fraktionskollege Timon Gremmels und ich am 31. Oktober 2023 geladen. Mit Vertretern von Verbänden und Unternehmen diskutierten wir, wie die heimische Wertschöpfung in der PV-Wirtschaft gesichert werden kann.



Im Rahmen der **Landesgruppensitzung Schleswig-Holstein** trafen wir uns am 6. November 2023 zu einem Gespräch mit dem Bauernverband Schleswig-Holstein.

Wir tauschten über aktuelle agrarpolitische Themen wie der Zukunftskommission Landwirtschaft und die Zukunft der Tierhaltung aus. Darunter auch Duldungspflichten und die wettbewerbliche Situation von Landwirten sowie bürokratische Anforderungen.

Am 9. November 2023 hatte ich in meiner Funktion als Klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin zum **Austausch mit Gewerkschaftsvertreter*innen** mit der AG Klimaschutz und Energie der SPD-Bundestagsfraktion eingeladen, in dessen Fokus die Beratungen zum Energiewirtschaftsgesetz, die Fachkräfteproblematik im Wärmebereich sowie aktuelle Entwicklungen in der Strompolitik standen. Bei einem weiteren Austausch am 14. Dezember standen die Beratungen zum Solarpaket, der Haushaltsslage im Zuge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, die Nachlese zur Klimakonferenz COP28 sowie der Ausblick auf das Jahr 2024 im Mittelpunkt.



Mit **Lydia Hemfort** tauschte ich mich am 13. November 2023 aus. Lydia absolviert aktuell ein Praktikum in der Bundestagsverwaltung und kommt ursprünglich aus Wohltorf in meinem Wahlkreis.

Am 14. November 2023 kamen die **Arbeitsgruppen für Klimaschutz und Energie sowie Wirtschaft** zu einer **gemeinsamen Sitzung** zusammen. In diesem Rahmen diskutierten wir die Themenbereiche, in denen eine



enge Zusammenarbeit beider Arbeitsgruppen in besonderem Maße relevant ist. Besondere Relevanz hatten hierbei die wirtschaftliche Situation von Windkraft- und PV-Herstellern in Deutschland, den durch die Fraktion vorgeschlagenen Transformationsstrompreis und die Umsetzbarkeit von Bundesmaßnahmen auch für kleine Gemeinden und Kommunen.

einer Welt im Umbruch statt“.

Die **Grundwertekommission der SPD** feierte am 22. November 2023 ihr 50-Jähriges Bestehen im Willy-Brandt-Haus. Die Jubiläumsveranstaltung fand unter dem Motto „Orientierung in



Am 28. November 2023 hatte die SPD-Fraktion auf Initiative der Arbeitsgruppe Klimaschutz & Energie eine Fachkonferenz unter dem Titel „**Energiewende durch Erneuerbare Energien sichern**“ geladen. Mit über 90 Gästen und Experten diskutierten wir im Fraktionssaal der SPD über die Möglichkeiten zur Stärkung unserer Erneuerbaren-Energien-Wirtschaft. (Foto: Andreas Amann)

Für die Resilienz unserer Transformationstechnologien ist es wichtig, auch die heimische und europäische Herstellung von Solar- und Windenergie zu stärken. Dies dient auch der Vermeidung von Importabhängigkeiten, der Sicherung von Know-How und Innovationskraft. Maßgaben zur CO2-Neutralität dürfen zudem nicht zum Trittbrett für Atomenergie oder den verstärkten Einsatz von Abscheidungs-technologien werden, sondern müssen dem Umstieg auf Erneuerbare Energien dienen.



Am 30. November 2023 richteten die Arbeitsgruppen der SPD-Fraktion für Außenpolitik, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie Klimaschutz und Energie gemeinsam ein **Fachgespräch zur sozialdemokratische internationale Klimapolitik** aus.

Als Podiumsteilnehmerin betonte ich gemeinsam mit Bundesministerin Svenja Schulze die Bedeutung von internationalen Verständigungen für klimapolitischen Handlungsbedarf. Im Übrigen müsse dabei aber auch gelten: Global denken – lokal handeln. (Foto: Paul Alexander Probst)

... auf Einladung diskutierte ich am 19. Januar 2024 im Rahmen eines Seminars mit dem Thema „Sustainable Energies“ unter der Leitung von Prof. Dr. Kemfert und Prof. Dr. Schomerus, mit einer Gruppe von deutschen und internationalen Master-Studierenden der **Leuphana Universität in Lüneburg**. Wir sprachen über aktuelle Fragen der Energieversorgung und den Klimaschutz.



... am 11. März 2024 bei der Veranstaltungsreihe „Zeitenwende“ der **Berliner SPD**, zum Thema globale Klimakrise, im Büro von Linda Vierecke.



... am 12. März 2024 beim Austausch zwischen der **Landesgruppe SPD Landesgruppe Schleswig-Holstein** und dem Landeshandwerksrat Schleswig-Holstein



... mit Vertretern des Batteriezellenherstellers **Northvolt** im Gespräch mit der Landesgruppe Schleswig-Holstein am 18. März 2024



... auf dem Podium **Berlin Lectures on Energy**: „Die Reform der Anreizregulierungsverordnung (ARegV)“, welches im Rahmen einer Kooperation zwischen dem Center for Interdisciplinary Research on Energy, Climate and Sustainability (CECS) der Bucerius Law School und dem Forum für Zukunftsenergien e.V., am 18. März 2024 ausgerichtet wurde.



... auf dem Podium von **UNITI e. V.** zum aktuellen Stand der Energiewende in Deutschland am 20. März 2024



... bei einer Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Reihe „**Fraktion vor Ort**“ am 23. Januar 2024 im Carls in Eckernförde. Auf Einladung meines Fraktionskollegen Sönke Rix diskutierten wir zum Thema Fernwärme und Heizungsaustausch: Von der Gesetzgebung bis zur Umsetzung vor Ort. Ich plädierte dafür die Wärmewende auch als Chance zu sehen und für eine endgültige Verabschiedung von der „fossilen Welt“.

... beim Empfang zum Internationalen Frauentag der **SPD-Bundestagsfraktion** am 21. März 2024.



Wahl von Katrin Zschau zur Vorsitzenden des Ausschusses für Klimaschutz und Energie

Meine herzlichen Glückwünsche – auch im Namen der AmpelkollegInnen – übermittelte ich Katrin Zschau zu ihrer Wahl zur Vorsitzenden des Ausschusses für Klimaschutz und Energie am 13. März 2024. Das Vorschlagsrecht für den Vorsitz war nach der Auflösung der Fraktion die Linke an die SPD gegangen. Zuvor hatte Klaus Ernst den Ausschussvorsitz inne.



Am 19. Januar 2024 empfing ich eine Schüler*innengruppe der **Erich Kästner Gemeinschaftsschule Barsbüttel** aus meinem Wahlkreis. Neben einem Kuppelbesuch im Reichstagsgebäude war während der Sitzungswoche ein Besuch einer Plenarsitzung Bestandteil des Programms. Der persönliche Austausch ist mir immer ein besonderes Anliegen. Wir sprachen über aktuell bewegende Themen, wie das schockierende Geheimtreffen, bei dem sich AfD-Vertreter*innen mit Rechtsextremen und Identitären getroffen haben, um die Deportation von Millionen in Deutschland lebenden Menschen zu planen.

... beim **Parlamentarischen Abend des Bundesverbands Erneuerbare Energien** am 9. April 2024. Als Schirmherrin hielt ich eine kurze Einführung zu den aktuellen Herausforderungen auf dem Strommarkt und der bisherigen Arbeit der Ampel-Koalition. Unter anderem tauschten wir uns über die Zusammenarbeit im Rahmen der Plattform Klimaneutrales Stromsystem (PKNS) und die Kraftwerkstrategie der Bundesregierung aus.

... beim **Beirat des Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft**, an dem ich am 8. April 2024 erstmalig als Mitglied des Beirats teilnahm.



... beim **Hauptstadtkongress des Verbands Beratender Ingenieure** am 23. April 2024. Gemeinsam mit Andreas Jung von der CDU/CSU-Fraktion und Christian Barthélémy, vorsitzender Geschäftsführer, Vattenfall, tauschte ich mich auf der Podiumsdiskussion zum Thema „Energiewende und Energiesicherheit“ aus. (Foto: Torsten George)



... Energie- und Tarifpolitischer **Bundeskongress von Ver.di** am 29. April 2024.

Gemeinsam mit meinen energiepolitischen Sprecherkolleg*innen der anderen Fraktionen erörterte ich die energiepolitischen



Meilensteine des letzten Jahres und gab einen Ausblick auf die Preisgestaltung an den Energiemarkten und die Wachstumschancen der Transformation.
(Fotos: Gerhard Lehner, 30nullvier_photographie)

... am 15. April 2024 tauschte ich mich gemeinsam mit meinen Fraktionskolleg*innen Peggy Schierenbeck und Bernd Westphal mit Vertretern der **Avacon AG** zu den Themen Redispatch und Netzentgelte auf Einladung meiner Kollegin Peggy Schierenbeck aus.



... bei der **Ehrung von Klaus Riedel in Waiblingen** am 26. April 2024. Bei der Überreichung der höchsten Auszeichnung der SPD, der Willy-Brandt-Gedenkmedaille, an den langjährigen Gemeinde- und Kreisrat hielt ich die Laudatio, in der ich Klaus Riedel auch als beständigem Weggefährten und politischem Unterstützer meines Vaters Hermann Scheer, von Herzen für sein Engagement dankte.



Am 8. April 2024 kamen die Abgeordneten und Mitarbeiter der **Arbeitsgruppe Klimaschutz und Energie der SPD-Fraktion** zu einer eintägigen Klausur zusammen. Bei dieser Gelegenheit tauschten wir uns über aktuelle Gesetzgebungsverfahren, Positionspapiere und unsere Zusammenarbeit aus und planten die Aktivitäten der Arbeitsgruppe für die kommenden Monate.



Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie tauschte sich am 12. April 2024 mit **EU-Kommissar für Klimaschutz Wopke Hoekstra** aus. Thematisiert wurden unter anderem die im Februar vorgestellten Klimaziele für 2040 und wie ein Umstieg auf Erneuerbare Energien Hürden auf EU-Ebene umgehen kann.



Ebenfalls am 12. April 2024 tauschte ich mich mit hochrangigen Unternehmens- und Verbandsvertretern im **Gremium des BDI für Klimaschutz bei Gebäuden** aus.



... bei der Ausstellung „More than 40.000“ im Einkaufszentrum „ALEXA“ am 12. Juli 2024.



... auf dem **vorwärts-Sommerfest** der SPD-Zeitung im "von Greifswald" am 9. September 2024.



... am 3. September 2024 beim **SPD-Klimadialog** im Willy-Brandt-Haus. Eingeladen hatte die SPD, um einen Tag lang über Fragen zur Klimagerechtigkeit zu diskutieren



Als Panelteilnehmerin diskutierte ich gemeinsam mit Prof. Dr. Claudia Kemfert, Dr. Simone Peter und Klaus Mindrup zum Thema: „Energiewende für alle“. Außerdem gab es zahlreiche für Gespräche mit klimapolitischen Akteuren am Rande der Panels.



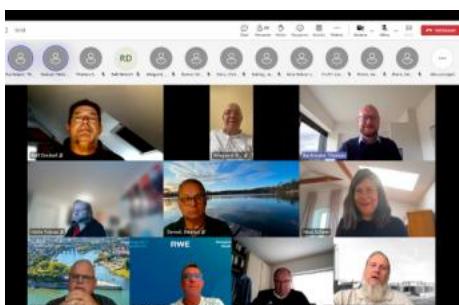
... als Schirmherrin und Impulsgeberin zu einem **parlamentarischen Frühstück des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS)** am 10. September 2024.

Thematisch ging es um Haushaltsumstellungen für Umwelt und Klimaschutz.

... auf dem energiepolitischen Abend der **Landesgruppe Norddeutschland des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW)** am 10. September 2024. Hier gab ich ein kurzes Statement zu aktuellen energiepolitischen Herausforderungen.

... beim **Empfang des Ausschusses für Klimaschutz und Energie** am 12. September 2024. Für Bundesminister Robert Habeck nahm PStS Stefan Wenzel teil.

... ebenfalls am Abend des 10. September 2024 beim **13. Seeheimer Gartenfest** in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft.



... in dem Online-Format „**TaPo To Go**“ der ver.di Bundesverwaltung gab ich am 16. September 2024 einen Impuls-Vortrag zur aktuellen politischen Lage. Dabei ging ich insbesondere auf die gerade stattfindenden Haushaltsumstellungen und die aktuellen energiepolitischen Themen ein.

... auf Einladung des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Alexander Schweitzer und der Bevollmächtigten des Landes, Staatssekretärin Heike Raab, auf dem **Rheinland-Pfalz-Fest** in Berlin am 12. September 2024.

... beim **fraktionoffenen Abend der SPD-Bundestagsfraktion** am 25. September 2024 zur möglichen weitreichenden Stationierung konventioneller Waffensysteme in Deutschland.

... auf der **Jubiläumsfeier des Umweltbundesamtes** zu seinem 50-jährigen Bestehen am 1. Oktober 2024.



Die SPD-Bundestagsfraktion lud am 11. September 2024 zu einer **Wohnungslosenkonferenz** ins Reichstagsgebäude ein. Aus meinem Wahlkreis nahmen Andreas Friedrich, Jana Krull und Christiane Buhk aus der Geesthachter Verwaltung teil.

Die Konferenz bot die Möglichkeit, dass sich Beteiligte vernetzen können. Daraüber, welche Schritte zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit einzuleiten sind, haben rund 220 Teilnehmende aus ganz Deutschland mit der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen Klara Geywitz sowie mit Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion diskutiert. Verstärkt wurden dabei die Gesundheitsversorgung von wohnungslosen Menschen und der Umgang mit betroffenen Menschen aus anderen EU-Staaten in den Blick genommen.

Am 12. September 2024 fand das regelmäßig von der AG Klimaschutz und Energie der SPD-Bundestagsfraktion veranstaltete **klimaschutz- und energiepolitische Fachgespräch mit**

Gewerkschaften statt. Dieses Mal standen unter anderem der Bundeshaushalt, Industrienetzentgelte und die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes auf der Tagesordnung.



... zur Verlegung eines Stolpersteins an der Ecke Schiffbauerdamm/Luisenstraße nahe dem Bundestag für **Dina Goslar**. Goslar wurde 1881 in Lübeck geboren und am 10. Februar 1944 in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Eingeladen hatte mich Corinna Wöhrl aus meinem Wahlkreis. Dina Goslar war die Schwester ihres Urgroßvaters. Für die Initiative und die Einladung bin ich sehr dankbar. Mit den Stolpersteinen wird an das Verbrechen des Nazi-Regimes erinnert.



... mit einem Grußwort bei der **5. Plenumssitzung der Plattform Klimaneutrales Stromsystem (PKNS)** am 26. September 2024, welches im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie angesiedelt ist.

Foto: BMWK / Andreas Mertens

... mit sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten bei der **IGBCE** am 15. Oktober 2024. Im Austausch mit der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie ging es um die aktuelle politische Lage.



... beim **Mittagstisch der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion** diskutierten wir am 8. Oktober 2024 mit Yasmin Fahimi, DGB Bundesvorsitzende die Anforderungen des Transformationsprozesses auf dem Arbeitsmarkt.



Fotos: Fionn Grosse



... auf der Podiumsdiskussion „Was verbindet die Parteien beim Klimaschutz?“ im Rahmen des **Deutschen Klimatags** am 15. Oktober 2024, veranstaltet von der Klima Allianz. Die Konferenz hatten ca. 200 Teilnehmende besucht. Es muss um die Gemeinsamkeit des forcierten Ausbaus Erneuerbarer Energien gehen und den auch systemischen Umstieg auf Erneuerbare Energien. Es darf nicht passieren, dass dies nur von vielen gefordert, dann aber in der Umsetzung zugleich ausgebremst wird. Wenn etwa die Rückkehr zur Atomenergie gefordert wird, oder die Abschaffung von Rahmenbedingungen zum Ausbau Erneuerbarer Energien, dann ist das das Gegenteil von Energiewende-Politik. Es sollte uns ein Warnsignal sein, dass aktuell wieder verstärkt davon gesprochen wird, die Erneuerbaren Energien bräuchten keinen Welpenschutz mehr. Zugleich ist ein regelrechter Hype um das Thema Carbon Capture and Storage (CCS) zu beobachten. Es ist offensichtlich, dass die Kräfte der Fossilen-Lobby diesen Diskurs befördern, um die Erneuerbaren Energien klein zu halten. Eben

diese fordern zugleich, dass keine Erneuerbaren Energien mehr ausgebaut werden sollen, wenn keine Netze in den Süden vorhanden sind. Dabei verschweigen sie, dass es um Speicher, Sektorkopplung und Wasserstoffgewinnung geht. Ein Ausbremsen der Energiewende muss verhindert werden. Dafür muss erkannt werden, mit welchen Hebeln an diesem Ausbremsen gearbeitet wird. Deswegen brauchen wir Flexibilitätsanreize und den Aufbau von massivem und schnellem Ausbau von Speicherkapazitäten.



Im Gespräch mit einer neunten Klasse der **Gemeinschaftsschule Lauenburgische Seen** in Ratzeburg, die den Deutschen Bundestag und mich am 2. Oktober 2024 in Berlin besuchte.

... bei **Phönix** am 22. Oktober 2024: TALK unter den Linden: “Kernschmelze – Riskiert Deutschland seine industrielle Basis?” Gäste: Nina Scheer (SPD), Energiepolitische Sprecherin Bundestagsfraktion, Stefan Wolf, Präsident Arbeitgeberverband Gesamtmetall, Moderation: Thomas G. Becker
Wir brauchen einen Ressourcenwechsel, auch schon aufgrund der Endlichkeit der fossilen Ressourcen. Man muss jetzt Weichen stellen, um eine Krise in eine Chance umzuwandeln. Dafür ist Politik da.

Regelmäßig lädt die AG Klimaschutz und Energie der SPD-Bundestagsfraktion zum **Klimaschutz- und Energiepolitischen Fachgespräch mit Gewerkschaften** ein – so zuletzt am 17. Oktober 2024 in digitaler Runde. Die Runde, die ich als Sprecherin leitete, tauschte sich vor allem über aktuelle Vorhaben aus.



In einem Austausch der **AG Klimaschutz und Energie mit Olaf Scholz** diskutierten wir am 10. Oktober 2024 aktuelle Herausforderungen und Schritte der Energiewende und eines nachhaltigen Industrie- und Wirtschaftsstandortes Deutschland. In einem Austausch der **AG Klimaschutz und Energie mit Olaf Scholz** diskutierten wir am 10. Oktober aktuelle Herausforderungen und

Schritte der Energiewende und eines nachhaltigen Industrie- und Wirtschaftsstandortes Deutschland.



Auch Lösungsansätze zur Reduktion von Netzentgelten zählen hierzu.



Von der **Erich-Kästner-Gemeinschaftsschule** in Barsbüttel besuchte mich am 14. Oktober 2024 eine neunte Klasse in Berlin.



Eine weitere neunte Klasse besuchte mich in Berlin am 17. Oktober 2024 von der **Grund- und Gemeinschaftsschule Sandesneben**.



... auf der Podiumsdiskussion „#connectingHEAT COMPACT „Energieeffizienz im Heizungskeller: Verschenkte Potenziale für die Wärmewende?!“ am 6. November 2024 beim Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie (BDH e.V.). Thematisch ging es um technologischen Lösungen, die für ein effizientes Heizsystem von großer Bedeutung sind und zugleich helfen den Energieverbrauch zu reduzieren.



... mit einem Grußwort bei der **Betriebsrätevollkonferenz Vattenfall** am 7. November 2024.

... bei RWE zum „High-Level-Gespräch“ am 12. November 2024. Thematisch standen aktuelle Energie-Themen im Fokus, insbesondere auch vor dem Hintergrund der vorgezogenen Neuwahlen.



... beim **Mittagstisch der Parlamentarischen Linken (PL)** am 12. November 2024. Zu Gast war der neue SPD-Generalsekretär Matthias Miersch.



... auf einem Panel der European Energy Exchange AG (EEX) zur Frage „**Finanzierung der Energiewende: Wege in eine nachhaltige und gesicherte Transformation**“ am 13. November 2024.

... beim **Mittagstisch der Parlamentarischen Linken (PL)** am 5. November 2024. Zu Gast war Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach. Im Austausch mit ihm stand vor allem die kürzlich beschlossene Krankenhaus-Reform im Mittelpunkt.



... am Abend des 13. November bei der **Tagung der schleswig-holsteinischen Landrätin und Landräte**, gemeinsam mit weiteren Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein.

... digital zugeschaltet bei der **Wirtschaftsvereinigung der Grünen** am 18. November 2024. Zu der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) gab ich den Teilnehmenden einen Überblick.

... mit einer Dinner-Speech beim **CEO-Dinner des Bundesverband Solarwirtschaft e.V.** am 25. November 2024, zu dem ich online zugeschaltet war. In meinem Input ging ich auf die unter der Ampel-Koalition erzielten Erfolge für Erneuerbare Energien und Photovoltaik-Anlagen ein. Skizzierte aber auch, welche gesetzlichen Handlungsbedarfe hier weiterhin bestehen.

... beim **Forum Solar Plus** auf dem Panel “Politik am Runden Tisch – gemeinsam Weichen stellen” am 27. November 2024 war ich leider krankheitsbedingt verhindert.

... auch beim **Praktikant*innenprogramm der SPD-Bundestagsfraktion** am 27. November 2024 war ich leider krankheitsbedingt verhindert.

... in Berlin am 2. Dezember 2024 auf dem Empfang anlässlich des 70. Geburtstages von **Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin**. Nida-Rümelin war Kulturstatsminister im ersten Kabinett Schröder und seit 2022 Gründungsrektor der Humanistischen Hochschule Berlin.



... im Willy-Brandt-Haus, der SPD-Parteizentrale, am 30. November 2024 zur **Vorbereitung der Bundestagswahl** am 23. Februar 2025. Eingeladen waren alle Kandidierende der SPD.



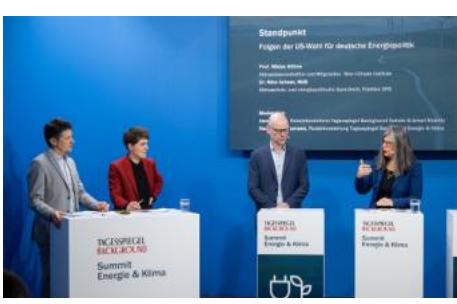
... am 4. Dezember 2024 auf der Kundgebung der Initiative „**Klimabetrug stoppen**“ vor Gebäuden des Deutschen Bundestages mit einem Wortbeitrag. Die unterstützende Initiative stellt sich gegen Betrugs-Zertifikate bei Biokraftstoffen.



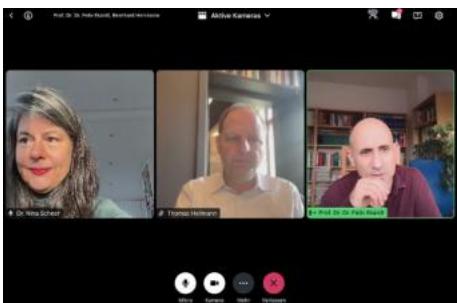
... im Austausch mit dem **BDI** am 5. Dezember 2024 zu aktuellen energiepolitischen Fragestellungen.



... auf dem Symposium „**Progressive Sicherheit und die Reform des Modells Deutschland**“ des Progressive Zentrums am 5. Dezember 2024. Am Podiumstisch, der von der Autorin Petra Pinzler moderiert wurde, diskutierte ich u.a. mit Prof. Maja Göpel und Prof. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft, darüber, welche Investitionen für Deutschland unerlässlich sind und welche Wege hierfür in Bezug auf die Schuldenbremse zu finden sind.



... beim **Tagesspiegel Background Summit Energie und Klima Summit** am 11. Dezember 2024. Mit Prof. Niklas Höhne, Klimawissenschaftler und Mitgründer, New Climate Institute, diskutierte ich über die Folgen der US-Wahl für die deutsche Energiepolitik.



... bei der digitalen Podiumsdiskussion zum Thema „**Energiewende im Wahljahr**“ auf den 15. Berliner Gesprächen zu Energierecht und Energiepolitik, ausgerichtet von der Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik, am 13. Dezember 2024.



... digital zugeschaltet bei der Sitzung des **Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsforums der SPD**, ebenso am 13. Dezember 2024.



Eine Seminargruppe der **Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)** besuchte mich am 30. Oktober 2024 im Bundestag. Die Gewerkschaftler*innen diskutierten mit mir ihm Rahmen ihrer Seminarwoche darüber, wie Klimaschutz gelingen kann. Herzlichen Dank für die Gelegenheit!



Mit einer Besuchergruppe im Bundestag der **Jugendfeuerwehr Düsseldorf** sprach ich am 31. Oktober 2024. Aufgrund einer unvermeidbaren Terminkollision schaltete ich mich der Berliner Besuchergruppe digital zu.



Im digitalen Austausch zu Sicherung und Abrüstung mit dem vom SPD-Politiker kurz vor seinem Tod ins Leben gerufenen und nach ihm benannten **Erhard-Eppler-Kreis** am 11. November 2024. Veranstaltet von der AG Klimaschutz und Energie der SPD-Bundestagsfraktion das regelmäßig ausgerichtete **Klimaschutz & Energiepolitisches Fachgespräch mit Gewerkschaften** am 5. Dezember 2024 per Videokonferenz.



Im Gespräch mit einer **Besuchergruppe** aus meinem Wahlkreis am 11. Dezember 2024, welche im Rahmen einer vom Bundespresseamt organisierten, dreitägigen Informationsfahrt das politische Berlin besuchte.



... auf der Energie- und tarifpolitischen Betriebsrätekonferenz von ver.di am 20. Januar 2025. Mit fachpolitischen Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen der demokratischen Fraktionen diskutierte ich auf dem Panel zum Thema „Energiewende in der Realität – Meilensteine auf dem Prüfstand“.



... am Abend des 20. Januar 2025 gaben Prof. Veronika Grimm und ich auf Einladung von PwC vor ca. 200 geladenen führenden Wirtschaftsvertretern jeweils eine Dinner Speech beim **Business Dinner** im Hotel Adlon Kempinski zu den Herausforderungen der systemischen Energiewende. Der Abend bildete den Auftakt zum Handelsblatt Energiegipfel.



... beim **Handelsblatt Energiegipfel** diskutierte ich mit meinen Sprecherkollegen von CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen am 22. Januar 2025 über die Aufgaben in der Energiepolitik. Niedrige Preise und saubere Energie erreichen wir nur durch einen schnellen Umstieg auf Erneuerbare Energien! Es ist von großer Bedeutung, den in der Ampel-Koalition angestoßenen Hochlauf Erneuerbarer Energien nun nicht zu bremsen.



... bei der **Klima-Allianz Deutschland** am 27. Januar 2025. Dort erläuterte ich in Anbetracht der bevorstehenden Bundestagswahl am 23. Februar die Schwerpunkte der SPD-Klimapolitik.

... am 28. Januar 2025 diskutierte ich mit **Thomas Heilmann (MdB, CDU)**, **Florian Munder (vzbv)** und **Dr. Brigitte Knopf (Zukunft KlimaSozial)** über die Vor- und Nachteile des Emissionshandels. Hierbei verdeutlichte ich, dass dies nur ein begleitendes Instrument zur Erreichung der Klimaschutzziele sein kann.

... am 29. Januar 2025 beim **Tag der Klimademokratie** im Rahmen eines digitalen Bürgergesprächs vor der Bundestagswahl.

... am 3. Februar 2025 online bei “**Kirche meets Politik: Wie steht's um Klimagerechtigkeit in der kommenden Wahlperiode?**”. Auf dem Podium diskutierte ich mit Lisa Badum (Bündnis 90/Die Grünen), Olaf in der Beek (FDP), Lorenz Gösta Beutin (Die Linke) und Berthold Schilling, Geschäftsführer der Klima-Union.

... am 3. Februar 2025 in Harburg auf dem Podium einer **Diskussion zur Energie- und Wärmewende** des SPD-Kandidaten für die Hamburger Bürgerschaft, Daniel Thewes.



... bei dem Online-Austausch des **Progressiven Zentrums** zur Nachlese der Bundestagswahl am 27. Februar.

... am 12. März 2025 auf dem **Panel der VKU-Verbandstagung**. Dort habe ich mit Andreas Jung, MdB (CDU) und Franziska Brantner, MdB (Bündnis 90/Die Grünen) über die aktuellen Herausforderungen der neuen Legislaturperiode und die Lösungen unserer jeweiligen Parteien diskutiert.

... am 25. März 2025 beim **Abendempfang zum Petersberger Klimadialog des Auswärtigen Amtes**. Dieser bietet ein Forum für hochrangige Diskussionen in Vorbereitung der nächsten COP.



... beim **BRM Energiewende Politforum** am 27. März 2025. Dort stellte ich die Positionen der SPD in einem 30-minütigen Vortrag vor.

... am 28. März 2025 bei der **digitalen Zusammenkunft der Initiative "KURS HALTEN für eine lebendige Demokratie und Erhalt der Lebensgrundlagen"**. Dort tauschte sich die Initiative mit mir und anderen Parlamentarier*innen, unter anderem Andreas Jung (CDU), Dr. Anja Weisgerber (CSU)



... am 1. April 2025 bei den **27. Würzburger Gesprächen der Stiftung Umweltenergierecht zum 25. Jubiläum des Erneuerbare-Energien- Gesetzes**. Dort durfte ich neben anderen "Wegbegleiter*innen" über die Entwicklung und den Erfolg des EEG sprechen.



... beim **WELT-Dinner Hydrogen ramp-up-Journalistenclub** am 7. April 2025.

... bei einer **Live-Diskussion des Forum New Economy zu ETS2** und Lehren aus dem IRA am 30. April 2025 mit Isabella Wedl und Thomas Fricke von Forum New Economy und Nils aus dem Moore von der Hertie School of Governance und Christ & Company.

... bei der **Unterzeichnung des Koalitionsvertrags** zwischen den Fraktionen von SPD und CDU/CSU am 5. Mai 2025.



... bei einer **Podiumsdiskussion** von BDEW und VDMA unter dem Titel „**„Resilienz und eine souveräne Technologieversorgung für die Energiewende in Deutschland und Europa“** am 13. Mai diskutierte ich mit Phillip Steinberg aus dem Bundesministerium für Klimaschutz und Energie, Pascal Daleiden von Hitachi Energy, Dr. Florian Dotzler von TenneT und Christine Hofer vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik unter der Moderation von Kerstin Andreea für BDEW.

... auf der **Gedenkveranstaltung** zum 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 2025.

... bei einem **Austausch** mit **ENERGY HUB Port of Wilhelmshafen** am 13. Mai 2025.

... beim **Frauenfrühstück** der SPD-Bundestagsfraktion am 15. Mai 2025.



... am 19. Mai 2025 auf dem **Podium einer Veranstaltung von GermanZero** zum Thema „Klimapolitik im Gegenwind: Hürden und Chancen der kommenden Legislatur für die Klimabewegung“ diskutierte ich mit Ricarda Lang von Bündnis 90/Die Grünen, der Journalistin Sara Schuhmann und Michael Schäfer, dem CEO von GermanZero.

... bei einer **Veranstaltung der Friedrich-Neumann-Stiftung** am 21. Mai 2025 zum Thema „Wie klimafit ist der Koalitionsvertrag?“

... im **Online-Dialog** mit den Mitgliedsunternehmen und -verbänden des SPD Wirtschaftsforums am 28. Mai 2025.



... auf dem **BDEW Kongress** unter dem Titel „Mehr als Energie“ am 4. Juni 2025, wo ich mit Dr. Kathrin Ballerstein, Director Energy System Planning bei TenneT TSO, Sven Becker, dem Sprecher der Geschäftsführung, Trianel, Lizzie Herzog, Leiterin Büro Berlin, Salzgitter und Matthias Taft, Vorstandsvorsitzendem der BayWa



... bei einem Austausch zwischen **SPD.Klima.Gerecht, GermanZero und Bundestagsabgeordneten** der SPD am 06. Juni 2025.



... am 26. Juni 2025 zum **Austausch mit Studierenden** des Master Studiengangs „Green Energy“ der Fachhochschule Westküste.

... bei einem **digitalen Podium** zusammen mit Joschka Knuth, Staatssekretär beim Schleswig-Holsteinischen Ministerium für Energiewende, Klimaschutz Umwelt und Natur, Martin Laß von der ASL Agrarservice Lass GmbH, Horst Seide, dem Präsident des Fachverband Biogas e.V. und Steffen Bandelow, dem Vorstand Netzwirtschaft Schleswig-Holstein beim Branchentag Biogas am 12. Juni 2025 zu den Fragen „**Was kommt nach dem Biomassepaket? Update Bioenergiepaket im 100 Tage Programm der neuen Bundesregierung? Was kommt im EEG 2027?**“

... beim **Bündnis der Klimademokratie** zu einer **digitalen Gesprächsrunde** im Rahmen des Tags der Klimademokratie am 14. Juni 2025.

... bei einem **Austausch mit der Friedrich-Ebert-Stiftung** zur Energiepolitik und der Arbeit der Stiftung am 25. Juni 2025.

... am 11. Juli 2025 auf dem **Plenum des H2-Wirtschaftsgespräch** unter dem Titel „**Den wirtschaftlichen Wasserstoffhochlauf bis 2030 gestalten**“

... beim **virtuellen Austausch mit SPD.Klima.Gerecht** am 14. Juli 2025.

... bei einem **Online-Austausch** mit den Bundessprecherinnen und -sprechern des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) am 16. Juli 2025.

... **Online-Austausch** mit dem Arbeitskreis Energiewende des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 18. Juli.

... am 21. Juli 2025 auf **Einladung des SPD-Kreisverbands Stuttgarts** hielt ich einen Input (Online) zur aktuellen energiepolitischen Lage. Dabei ging es unter anderem um die Wärmewende in der Region und Baden-Württemberg.



... auf Einladung meines Kollegen Martin Körber am 12. Februar 2025 in Magdeburg zu Besuch bei **ENERCON**, einem Pionier-Unternehmen der Windenergie. Nach einem kurzen Blick ins Innere einer Windkraftanlage auf dem Betriebsgelände schloss sich ein Austausch über die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Windenergie sowie mit dem Gesamtbetriebsrat an.



... auf einem Panel zu anstehenden Herausforderungen in der Klima- und Energiepolitik am 30. Mai 2025 im Rahmen des **Juso-Küstencamps auf Rügen** zusammen mit Luisa Neubauer

Am 25. April und 08. Juli 2025 empfing ich **Besuchergruppen im Bundestag**, die im Rahmen einer Fahrt des Bundespresseamts in Berlin waren. Dabei wurde sowohl über die parlamentarischen Abläufe, die Zusammenarbeit von Koalitionen diskutiert. Auch Fragen der Energiewende waren Thema.



Fotos: StadtLandMensch-Fotografie



Zur Erinnerung an den Besuch in Berlin

Am 7. August 2025 fand eine **digitale Sondersitzung der SPD-Bundestagsfraktion** zur Frage der Nominierung zum Richteramt am Bundesverfassungsgericht statt.



Unter dem Panel-Titel: „**Zwischen Versorgungssicherheit und Umweltschutz: Wie sollte die neue Bundesregierung mit dem Thema Gas umgehen?**“ diskutierte ich diese Woche auf Einladung des **Handelsblattes** mit den energiepolitischen Sprecherkollegen Dr. Andreas Lenz und Michael Kellner. Aus aktuellem Anlass war auch der Monitoring Bericht zur Energiewende Thema. Ich stellte ich klar: Wir können uns keine Diskussion um einen Rückgang im Ausbau Erneuerbarer Energien leisten und dies widerspräche auch den Zielen des Koalitionsvertrages. Der Zubau von neuen Gaskraftwerken darf den Wasserstoffhochlauf nicht hemmen. Jedes einzelne GW muss sich auch gegenüber dem Vorrang Erneuerbarer Energien sowie den anzureizenden Speichern und Flexibilitäten rechtfertigen lassen. Versorgungssicherheit gilt es zuvorderst mit Flexibilität, Speichern und steuerbaren Erneuerbaren inklusive des Instruments „Nutzen statt Abregeln“ zu gewährleisten - alles andere würde unsere Abhängigkeiten von Gas vertiefen. Erst nachdem alle anderen Maßnahmen in die Wege geleitet wurden, sollten Gaskraftwerke eine dann noch bestehende Lücke decken. Gas ist als fossiles Treibhausgas und als teurer Import mit vielfachen Risiken und Kosten verbunden. Bei allen Vorhaben muss das Risiko von Lock-in Effekten berücksichtigt werden.



„**MdB trifft THW**“, initiiert vom Technischen Hilfswerk, ermöglicht uns Bundestagsabgeordneten in Berlin einen kurzen Einblick in die Arbeit des THW. Zu diesem Anlass reisen THWler:innen aus dem ganzen Bundesgebiet nach Berlin. Im Rahmen der Veranstaltung am 7. Oktober 2025 waren unterschiedliche Zelte, wie ein Aktions- und Begegnungszelt, vor dem Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestags aufgebaut. Auch eine Fahrzeugschau zählte dazu. Das Thema Zivilschutz hat seit der weltweiten Bedrohungslage auch für das THW enorm an Bedeutung gewonnen. Bereits am späten Abend waren die Zelte durch die geübten wie exzellent zusammenwirkenden Katastrophen-Schutz-Händen im Nu wieder abgebaut. Aus dem Wahlkreis 10 war Herr Timmermann vor Ort; bei den verschiedensten Anlässen, ob in Schleswig-Holstein oder in Berlin, sind wir uns über die vergangenen Jahre immer wieder begegnet. Über den - im Kontext des vollen Sitzungstages leider nur kurzen - Austausch habe ich mich sehr gefreut.



Bei „**BDEW im Dialog**“ am 16. Oktober 2025 in Berlin diskutierte ich mit den energiepolitischen Sprecherkollegen Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU), Michael Kellner (Bündnis 90/Die Grünen) sowie mit Philipp Kienscherf (EWI Köln), der an der Erstellung des Energiewende-Monitorings mitgewirkt hatte, über dessen Ergebnisse. Ich betonte, dass der Monitoringbericht - anders, als teilweise unterstellt, kein nach unten zu korrigierenden Strombedarfsprognosen intendiere. Wenn wir keine

Deindustrialisierung wollen und zudem wachsenden Strombedarfe durch Rechenzentren, KI und Wasserstoff einrechnen sowie Technologiestandort bleiben wollen, müssen wir von weiterwachsenden Strombedarfen ausgehen. Die Prognosen-Diskussion darf sich zudem nicht als Hemmnis für den Ausbau von Erneuerbaren Energien und den Umstieg auf diese auswirken. Der Bericht zeigt: Die Energiewende ist auf gutem Weg, doch der Ausbau der Erneuerbaren, Speicher und Netze muss weiter beschleunigt werden. Wir

brauchen Anreize für Speicher, Flexibilitäten und eine effektivere Netzauslastung. Fossile Gaskraftwerke sind kein Selbstzweck. Es geht dabei auch darum, die alle Potenziale der Erneuerbaren zu nutzen - wie mit dem Koalitionsvertrag verständigt. Wer nun etwa bei PV-Dachanlagen unter Verweis auf kostengünstigere Freiflächenanlagen auf Förderkürzungen setzt, riskiert unterm Strich, dass der Ausbau, heimische Wertschöpfung und die schnelle wachsende Option auf saubere wie günstige Energie verloren gehen. Es wäre verkürzt, nur auf die Kosten der Technologie selbst zu schauen. Vielmehr gilt es auch die Flächen und die Akteure mit im Blick zu behalten. Klar ist: Investitionen in Netze, Speicher und Erneuerbare sind Investitionen in die Zukunft – für eine sichere, bezahlbare und sozial gerechte Energieversorgung.



Im Rahmen des Energiepolitischen Abends am 15. Oktober 2025 mit Vertreter:innen und **Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) Nord** diskutierte ich gemeinsam mit Bundestagskolleginnen und -kollegen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen aktuelle Fragen der Energiepolitik – von der Umsetzung der Wärmewende über die nachhaltige Finanzierung bis hin zur Synchronisierung von Netzausbau und Erneuerbaren Energien. Es ging etwa auch darum, wie der aktuelle „Stau“ bei Netzschlüssen, der auch eine große Zahl an Batteriespeichern betrifft, aufgelöst werden kann. Zudem diskutierten wir über Wege, wie heute abgeriegelte Strommengen besser genutzt werden können und eine andere Finanzierung der Energienetze aussehen könnte, um die Energiepreise dauerhaft zu entlasten. Hierbei erläuterte ich, dass mit einer Herausnahme der Finanzierung von Netzausbau und Transformation die Netzentgelte dauerhaft deutlich gesenkt werden könnten. Anders als Entgelte für

Netznutzung (hier gibt es eine europarechtliche Vorgabe, dass die Festlegung unabhängig erfolgen müsse, weswegen sie bei der Bundesnetzagentur liegt), sei die Finanzierung von Netzausbau und Netzumbau eine Aufgabe, für die der Staat gesetzlich andere Finanzierungswege finden könnte. Hierfür bedürfe es aber entsprechender Verständigungen.



Auf dem **Energy Transition Summit** am 09. Oktober 2025 des Bundesverbands der Unternehmensjuristinnen und Unternehmensjuristen e.V. war ich digital zur Podiumsdiskussion „Netzausbau und Energiewende in Deutschland – Welche rechtlichen Stellschrauben sind zur Beschleunigung und Effizienzsteigerung zu drehen?“ eingeladen. Mit auf dem Panel waren Klaus Müller (Präsident der Bundesnetzagentur) und Dr. Thomas König (COO Networks, E.ON). Für eine Energiewende orientierte Energienetze kommt es nun verstärkt auf eine effiziente

Netzauslastung an; dies haben wir auch im Koalitionsvertrag verständigt. Die Energiewende verlangt von uns den auch systemischen Umstieg auf Erneuerbare Energien. Für die Netze bedeutet dies, Speicher und Flexibilitäten verstärkt einzubinden.



In **Phoenix Format „Unter den Linden“** habe ich am 27. Oktober 2025 zum Thema: „Sozialstaat unter Druck – Was können wir uns in Zukunft leisten?“ mit Prof. Michael Hüther, Direktor Institut der deutschen Wirtschaft unter der Moderation von Thomas G. Becker diskutiert.

Der Sozialstaat ist verfassungsrechtlich verbrieft. Das ist also nichts Gönnerhaftes von Reichen gegenüber Armen, sondern unsere gemeinsame Verpflichtung als Gesellschaft. Gerade unter der Überschrift des Bundeshaushaltes, auf der Suche nach mehr

Geldmitteln, halte ich Vorschläge zu Einschnitten in unser Sozialsystem, bzw. zu schauen, was man bei denen holen kann, die beim Jobcenter einen Termin versäumt haben, für von Grund auf falsch, zumal auch umfangreiche Kürzungen bei den Einsparungen überschaubar blieben.

Somit ergibt sich das nächste Problem: Wenn in der Öffentlichkeit eine Problemlösung durch Einschnitte angekündigt wird, in der Sache aber nicht sachgerecht geliefert werden kann, erzeugt dies den Eindruck von Handlungsunfähigkeit.

Deswegen muss man bei weiteren Einnahmemöglichkeiten einsetzen. Die sehr Vermögenden können deutlich mehr beitragen, als sie es heute tun. Und da gibt es verschiedene Möglichkeiten, von Konzept einer einmaligen Vermögensabgabe, über eine Reaktivierung der Vermögenssteuer, die zu reformierende Erbschaftssteuer, bis hin zum Schließen von Steuerschlupflöchern sowie besserer Bekämpfung von Steuerflucht. Da können mehrere hundert Milliarden Euro zusammenkommen. Man müsste einfach die Lücken schließen, von denen vermutlich die meisten Menschen denken würden, dass diese sowieso mit dem heutigen Rechtsrahmen legitimerweise zu schließen seien.

Ganze Sendung: <https://www.youtube.com/live/EM-rYNi9HrA?si=SFHzjUd9pyTAeNeT>

SPD-BUNDESPARTEITAGE

Bundesparteitag 2023

Vom 8. bis 10. Dezember 2023 fand der Bundesparteitag der SPD in Berlin statt. In meiner Rede vor den Genoss*innen betonte ich die Linie der SPD in der Ampel-Koalition. Die Krisen der vergangenen Jahre konnten nur mit Investitionssicherheit, Stabilität und Verlässlichkeit wirksam angegangen werden. An dieser politischen Leitlinie ändert auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Nachtragshaushalt 2021 nichts.

Für diese sozialdemokratische Handschrift in der Krisenbewältigung sind wir als führende Fraktion gewählt worden und dürfen nun bei der Verfolgung dieses Kurses keine Kompromisse eingehen. Kürzungen von Leistungen können daher auch keine Antwort auf Krisen sein. Insbesondere die Solarindustrie benötigt nun ein Schutzschild, um die Importabhängigkeit und den Verlust von Know-How für diese elementare Säule der Energiewende nicht noch zu verschärfen.

In meiner Wortmeldung auf dem SPD-Bundesparteitag 2023 wies ich darauf hin, dass die bisher umgesetzte klare Leitlinie der Ampel-Koalition zur Bewältigung der Energiepreiskrise zugunsten von Stabilität, Preis- und Investitionssicherung nun nicht durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Frage stehen darf. Schließlich hat das Gericht nur über den Weg der Verfügbarmachung von Haushaltsmitteln geurteilt, indem es den Nachtragshaushalt 2021 für nichtig erklärt hat. Es vermag hingegen nicht politisch zu urteilen.



Mit dem Nachtragshaushalt 2021 hatte die Ampel in 2022 Mittel in Höhe von 60 Mrd. für den sog. Klima- und Transformationsfonds beschieden, die nun fehlen.

Am 15. November hatte das Bundesverfassungsgericht geurteilt, dass die ursprünglich für die Bewältigung der Corona-Pandemie vorgesehenen Krediterächtigungen grundsätzlich nicht umgewidmet werden dürfen. Die Koalitionspartner hatten vorgesehen, einen Teil dieser Mittel in den Klima- und Transformationsfonds (KTF) zu übertragen und damit für dringend benötigte Maßnahmen gegen die Klimakrise zu verwenden.

Mit den Urteilsgründen stehen zudem die Verfügbarkeit von Geldern aus dem Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds, WSF, in Frage, weshalb etwa auch ein Zuschuss von 5,5 Mrd. Euro an die Übertragungsnetzbetreiber, die von der Ampel-Koalition bereits im Rahmen einer Energiewirtschaftsgesetzesnovelle zur Entlastung bei Netzentgelten – finanziert aus dem WSF – beschlossen wurden, nun wieder rückgängig gemacht wurden. Auch eine zunächst von der Ampel-Koalition beschlossene Verlängerung der Energiepreisbremsen auf Strom und Gas bis Ende März 2024 wurde aus diesen Gründen rückgängig gemacht.

Zu meiner Rede: <https://www.youtube.com/live/2hTzj2HZGIO?feature=shared&t=10068>

Krisengründe bestehen nach Ansicht und Beschlusslage der SPD sowie SPD-Bundestagsfraktion weiter fort. Deswegen ist und bleibt es notwendig, auch für 2024 erneut die Schuldenbremse auszusetzen. Da dies von der verweigert wurde, konnte in der Ampel-Koalition allerdings nur für 2023 mit einem am 15.12.2023 beschlossenen Nachtragshaushalt erneut die Notlage und Aussetzung der Schuldenbremse für 2023 beschlossen werden. Dieser Feststellung bedurfte es in und für 2023 in Folge des Bundesverfassungsgerichtsurteils, das für das Aussetzen der Schuldenbremse die Kriterien der Jährigkeit sowie Jährlichkeit beschied.

Nach meiner Überzeugung überspannt die FDP mit ihrer Erklärung, das Bundesverfassungsgericht habe mit seiner Entscheidung über den Nachtragshaushalt die Schuldenbremse bestätigt, den politischen Bogen. Mit keiner Silbe des Urteils wird die Schuldenbremse bestätigt, schließlich wäre dies eine politische Aussage.

Die nun getroffene Einigung ist nach meiner Einschätzung von einer Haltung der FDP gekennzeichnet, die Koalitionspartner vor die Wahl zu stellen, entweder die von der FDP gewollten Wege einzuschlagen oder aber die Koalition verlassen zu müssen. Dies entspricht nicht den Grundsätzen von Koalitionen.

Zwar konnte die SPD den Abbau des Sozialstaates verhindern. Gemessen an den gegebenen Verhandlungsgrundlagen stand dies in den relevanten Entscheidungszeiträumen allerdings ohnehin nicht zur Disposition der Koalitionspartner. Die Weigerung der FDP, auch für 2024 erneut die krisenbedingte Notlage zu erklären – dies wäre allein mit Blick auf die Ukraine möglich, halte ich für unverantwortlich. Es werden dringend notwendige Maßnahmen unterlassen, die sich auch preislich auswirken und somit sehr wohl auch in sozialer Hinsicht Einschnitte bewirken werden. Dies ist etwa im Zusammenwirken von CO2-Preisseigerungen und einer Nicht-Verlängerung der Schuldenbremse sowie der Streichung von Zuschüssen an die Netzbetreiber zur Dämpfung der Netzentgelte zu erkennen.

Neben einer erneuten Aussetzung der Schuldenbremse auch für 2024 bleibt die Einrichtung eines Sondervermögens Klimaschutz- und Transformation nach dem Modell des Bundeswehr-Sondervermögens erforderlich, wie ich dies auch bereits öffentlich gemeinsam mit Matthias Miersch gefordert habe. Hierfür bedürfte es einer Grundgesetzänderung und damit auch der Stimmen von CDU/CSU. Letzteres darf aber kein Grund sein, von dieser Forderung aus heutiger Perspektive Abstand zu nehmen. Schließlich konnte auch zum Bundeswehr-Sondervermögen diese Mehrheit gefunden werden. Gemessen an der Tatsache, dass sich mehrere unionsgeführte Bundesländer ebenfalls für ein nochmaliges Aussetzen der Schuldenbremse auch für 2024 aussprachen bzw. dies beschlossen – darunter Schleswig-Holstein mit Unterstützung durch die SPD-Landtagsfraktion – und dabei auch Investitionen erforderlich werden, wie sie aus einem Klima- und Transformations-Sondervermögen zu leisten wären, müssen CDU/CSU auch auf Bundesebene für diese Aufgaben und Anforderungen politische Verantwortung übernehmen.

Wirtschaft und Gesellschaft werden nicht gestärkt, indem bei Investitionen gekürzt wird. Deutschland muss resilient aufgestellt und seine Zukunftsperspektive gestärkt werden.

Einsparungen an der wirtschaftlichen und infrastrukturellen Substanz schaden dem Wohlstand hierzulande nachhaltig. Zudem dürfen keine weiteren Importabhängigkeiten bei wichtigen Zukunftstechnologien riskiert werden. Auch die Schuldenbremse muss im Lichte dieser Entscheidung neu bewertet werden.

Der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wird nun in einem Nachtragshaushalt für 2023 Rechnung getragen, der nach intensiver parlamentarischer Beratung im Dezember verabschiedet wurde. Für das Jahr 2023 ist das erneute Aussetzen der Schuldenbremse beschlossen worden, wie es das Grundgesetz für den Fall einer außergewöhnlichen Notsituation vorsieht.

Mit der Einigung von Olaf Scholz, Christian Lindner und Robert Habeck auf die Nacht zum 13.12.2023 wurde zudem eine Einigung für den Haushalt 2024 getroffen, allerdings zunächst ohne eine erneute Aussetzung der Schuldenbremse 2024. Dieser Beschluss wurde nun auch bereits in Form eines Beschlusses des Haushaltfinanzierungsgesetzes 2024 durch den Haushaltsausschuss und die mitberatenden Ausschüsse vollzogen. Der Gesamthaushalt 2024 sowie eine Entscheidung zu den Einzelplänen erfolgt im neuen Jahr.

Zum Nachtragshaushaltsgesetz 2023 auf der Webseite des Deutschen Bundestages:
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/095/2009500.pdf>

Zur Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses:
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/097/2009792.pdf>

Bundesparteitag 2025



Eine Politik der reinen Abschreckung und Hochrüstung wird Europa nicht sicherer machen, zumal jedes Aufrüsten auch Nachzieheffekte auf anderen Seiten bewirkt. Dies betonte ich auch in einem meiner Wortbeiträge auf dem Bundesparteitag, auf dem ich mich gegen ein starres 5 %-NATO-Ausgabenziel aussprach

Zu meinem Wortbeitrag: <https://www.nina-scheer.de/2025/07/01/rede-spd-bundesparteitag-28-06-2025/>

Auch der Verweis auf die Ausgaben von 3,5 % des BIB zu Zeiten von Willy Brandt ist dabei nicht zielführend. Schließlich war das NATO-Gebiet damals deutlich kleiner und die Anzahl der Mitgliedstaaten deutlich geringer. Es muss mehr auf Diplomatie gesetzt werden; eine unterstellte mangelnde Bereitschaft auf russischer Seite ist dabei alles andere als nicht zielführend.

Der Umstand, dass man zurzeit noch keinen Erfolg in diplomatischen Bemühungen hat, sollte uns nicht davon abhalten, weiter diesen Weg auch als eine Verantwortung zu beschreiben, die man international zur Friedensfindung hat, betonte ich in der Sendung „Berlin direkt“ des ZDF vom 15. Juni 2025.



Der Umstand, dass man zurzeit noch keinen Erfolg in diplomatischen Bemühungen hat, sollte uns nicht davon abhalten, weiter diesen Weg auch als eine Verantwortung zu beschreiben, die man international zur Friedensfindung hat.

Dr. Nina Scheer
Energiepolitische Sprecherin
der SPD-Bundestagsfraktion

SPD Soziale Politik für Dich.



Das Primat der diplomatischen Bemühungen muss fortgelten und darf nicht unter die Räder geraten.

Dr. Nina Scheer
Energiepolitische Sprecherin
der SPD-Bundestagsfraktion

SPD Soziale Politik für Dich.

Zu Berlin direkt: <https://www.zdf.de/video/magazine/berlin-direkt-104/berlin-direkt-vom-15-juni-2025-100>

Vgl. auch folgenden Beitrag im ZDF Heute Journal, https://www.zdf.de/video/magazine/heute-journal-104/heute-journal-vom-11-juni-2025-100?fbclid=IwY2xjawMoAJ5leHRuA2FlbQIxMABicmlkETB3bDZISnY5VmJCdTg1ZVJhAR4FPvqex2LDZJrX6Fy_s184NM5s2Keldel5O6LxDhSpoxtpZzgX5KpcJ7BIOw_aem_Aae7gV-g3dExm9CsH8cuEg



Auch in meinem Wortbeitrag zum Leitantrag auf dem SPD-Bundesparteitag während der Aussprache zur Wahl der Parteivorsitzenden am 27. Juni 2025 betonte ich die Bedeutung der Diplomatie.

Zu meinem Wortbeitrag auf dem Bundesparteitag:
<https://www.nina-scheer.de/2025/06/30/rede-spd-bundesparteitag-26-06-2025/>

Wer Diplomatie ausschließt, dem bleibt nur der militärische Weg und der vermittelt auch unweigerlich das Signal, dass es nur die militärische Sprache gibt. Auch die NATO verpflichtet dazu, zunächst diplomatische Wege zu gehen. Wenn die werteorientierte, demokratische Seite Gespräche verweigert, wird sie selbst Teil des Problems.

Ich wies zudem darauf hin, dass eine massive Sicherheitsbedrohung in unserer fortwährenden Abhängigkeit von fossilen Ressourcen liegt. Entsprechende Sicherheitsbedrohungen sind heute deutlich näher als militärische Bedrohungslagen, die ausgabenseitig gleichwohl prioritär behandelt werden. Es werden zudem weitere Kriege darum geführt werden, wenn diese Abhängigkeit nicht endet und Verteilungskämpfe zunehmen.

In meiner Rede zum Leitantrag während der Aussprache zum Auftakt des SPD-Bundesparteitages am Freitag ging ich auf die Bedeutung von Diplomatie ein.

Ein unterstelltes Desinteresse einer Konfliktpartei darf nie dazu führen, Diplomatie auszuschließen. Wenn wir es ablehnen, mit einem autoritären Machthaber zu reden, besteht die Gefahr, dass bald auch andere – etwa im NATO-Bündnis – vom Gespräch ausgeschlossen werden. Was bleibt dann als Weg? Nur der militärische?

Es darf kein Gegensatz sein, sich einerseits vor Aggressionen zu schützen und dafür militärische Fähigkeiten aufzubauen, und andererseits unermüdlich dafür zu sorgen, dass Gesprächsfäden nicht abreißen. Man weiß



vorher nie, wann Diplomatie erfolgreich sein kann – aber sicher ist: Wer sie ausschließt, dem bleibt nur der militärische Weg. Auch die NATO verpflichtet dazu, zunächst diplomatische Wege zu gehen. Wenn die werteorientierte, demokratische Seite Gespräche verweigert, wird sie selbst Teil des Problems.

Ja, wir müssen in Verteidigungsfähigkeit investieren. Aber unsere Abhängigkeit von fossilen Ressourcen ist eine noch akutere Bedrohung. Es werden weitere Kriege darum geführt, wenn diese Abhängigkeit nicht endet und Verteilungskämpfe zunehmen. Donald Trump versucht, uns weiter in fossile Abhängigkeiten – etwa von Erdgas – zu bringen. Die Energiewende ist damit auch eine Frage der Sicherheit und Resilienz.

Wir müssen die akuten Bedrohungslagen besser priorisieren – und dabei die Energiewende und den Klimaschutz mit Nachdruck vorantreiben.

Das muss sich auch gesetzlich widerspiegeln: Wenn die Stromsteuer, entgegen dem Koalitionsvertrag, nicht für alle auf das europäische Mindestmaß gesenkt wird, die Verteidigungsausgaben

aber deutlich steigen, stimmt die Priorisierung nicht. Die Reduktion der Stromsteuer hilft beim Umstieg auf Wärmepumpen und senkt die Abhängigkeit vom Risiko Erdgas. Deshalb braucht es diese Absenkung – als Frage von Sicherheit und Resilienz, auch für Unternehmen.

Auf dem SPD-Bundesparteitag sprach ich am Samstag als Delegierte zu dem Initiativantrag 14: Keine starre Festlegung der Rüstungsausgaben auf fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Für Deutschland würde eine solche Vereinbarung schon heute Ausgaben in Höhe von 225 Milliarden Euro pro Jahr bedeuten. Zum Vergleich: Der gesamte Bundeshaushalt im Jahr 2024 betrug knapp 447 Milliarden Euro. In meiner Rede betonte ich, dass nun mancherorts eingeworfen werde, in Willy Brandts Zeiten wurden 3,5 Prozent des BIP für Verteidigung aufgewendet. Jedoch muss hierbei berücksichtigt werden, in welcher Relation das jeweilige Sicherheitssystem zum Bevölkerungsanteil steht: Seitdem hat eine Nato-Osterweiterung stattgefunden. Wenn man das miteinander verrechnet, dann machen die 3,5 Prozent von damals übertragen auf heute ein Prozent aus. Außerdem gilt es im Blick zu behalten, dass es nicht förderlich ist für unsere Sicherheit, wenn wir Dinge nicht erbringen können, die hierfür auch von Bedeutung sind. Ein Beispiel: Wenn wir es uns nicht mehr leisten können, im Hinblick auf die massiven Bedrohungslagen, die wir durch den Klimawandel und die Abhängigkeit von fossilen Ressourcen haben, zu investieren und darüber dann Kriege geführt werden, dann ist dies ein Bumerang auch für die sicherheitspolitische Lage. Daher muss erst erarbeitet werden, wofür wieviel Geld gebraucht wird und eine entsprechende Priorisierung mit auch anderen Bedrohungs- und Sicherheitsfragen vorgenommen werden. Zudem: Durch die Intervention von Präsident Trump wurde die Erarbeitung der Russland-Strategie gestoppt. Es kann nicht sein, dass das „Wofür“ noch nicht erarbeitet ist, aber die Höhe der Rüstungsausgaben dennoch beschlossen wird. In einer solchen autoritären Struktur sollen nun die fünf Prozent aufgewendet werden. Dem sollten wir uns nicht beugen.

REDEN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG:

Im Berichtszeitraum habe ich insgesamt 28-mal im Plenum des Bundestages bei Reden oder als Erwiderung auf Kurzinterventionen anderer Abgeordneter gesprochen. Hinzu kommen zu Protokoll gegebene Reden. Alle Reden und Wortmeldungen lassen sich auf meiner Homepage oder in der Mediathek des Deutschen Bundestags abrufen: <https://www.nina-scheer.de/category/zur-sache/reden-zur-sache/> <https://www.bundestag.de/>



Öffentliche Anhörungen:

Die Ausschüsse des Bundestages führen regelmäßig öffentliche Anhörungen zu Gesetzesvorhaben durch. Hier werden Sachverständige angehört, die sich zu dem Vorhaben äußern. Jede Fraktion darf entsprechend ihrer Stärke mehrere Expertinnen und Experten benennen. Die Abgeordneten können ebenso Fragen an die Sachverständigen stellen. Die Anhörungen sind meist öffentlich und werden aufgezeichnet. Die der Ausschüsse, in denen ich (stellvertretendes) Mitglied bin, sind hier abrufbar:

FUNKTIONEN

Funktionen im und für den Bundestag in der 20. Wahlperiode:

- Klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Stellvertretende Sprecherin der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein
- Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie
- Stellvertretendes Mitglied im Unterausschuss Internationale Klima- und Energiepolitik
- Stellvertretendes Mitglied im Rechtsausschuss
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Stellvertretendes Mitglied im Wahlausschuss
- Stellvertretendes Mitglied im 2. Untersuchungsausschuss (Atomausstieg)
- Mitglied des Beirates der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA)

Funktionen im und für den Bundestag in der 21. Wahlperiode:

- Energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion
- Sprecherin der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Stellvertretendes Mitglied in der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung (DFPV)
- Nachrückendes Mitglied im Wahlausschuss für die vom Bundestag zu berufende Richter des Bundesverfassungsgerichts
- Mitglied des Beirates der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA)

ERLÄUTERUNGEN ZUM KOALITIONSVERTRAG KLIMA UND ENERGIE

SPD

Stand: 21. April 2025

Dr. Nina Scheer, MdB

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Koalitionsvertrag enthält im Bereich Klimaschutz und Energie viele Aussagen, die uns in der Energiewende nach vorne bringen – in der Nutzung aller Potenziale Erneuerbarer Energien und durch den auch systemischen Umstieg auf die Erneuerbaren – mit Speichern, effektivem Netzaus- und -umbau. Es bleibt beim Atomausstieg. Zugleich sind auch kritische Aussagen enthalten, etwa die Ermöglichung von CCS an Gaskraftwerken oder die heimische Förderung von Erdgas.

In zielgerechter Umsetzung überwiegen nach meinem Verständnis die klaren Aussagen zugunsten der Energiewende und die Energiewende zum Erfolg machen zu wollen.

Im Einzelnen wie folgt eine persönliche Einordnung. Aussagen in Anführungszeichen zitieren den Koalitionsvertrag. Hervorhebungen kennzeichnen Schlüsselbegriffe/Schlüsselaussagen.

Solidarische Grüße

Eure

Nina

Aussagen, die Klimaschutz und Energiewende stärken:

- „Wir wollen alle Potenziale der Erneuerbaren Energien nutzen.“ „Wir wollen die Energiewende transparent, planbar und pragmatisch zum Erfolg machen.“ „Die Erneuerbaren Energien sollen sich perspektivisch vollständig am Markt refinanzieren können“ (*Hinweis: Hiermit werden die EE nicht schlicht dem Markt überlassen. Es geht vielmehr darum, einen Strommarkt-Rahmen zu schaffen, mit dem sich die EE selbst refinanzieren KÖNNEN. Das Wort „können“ ist in dem betreffenden Satz der Schlüssel.); Innovative Technologien stärken: Abwasserwärme, Wärmerückgewinnung, Flugwindkraft/Hohenwind und auch Geothermie werden extra angesprochen, sowie Aussagen zur Fernwärme inkl. Verbraucherschutz.*
- Bei der **systemdienlichen Ausgestaltung** der „Förderung der Solarenergie in Verbindung mit Speichern“ (Z 1023) wollen wir auch „einen gesicherten Investitionsrahmen für Erneuerbare bei zugleich verstärkter Einbindung marktwirtschaftlicher Instrumente“ und eine Optimierung der **Strommarktinintegration** der Erneuerbaren (Z 2019 ff.).
- **Nutzen statt Abschalten:** „Die regionale Nutzung ansonsten abgeregelten Stroms wollen ihr deutlich erleichtern.“ (*Hinweis: knüpft an § 13k EnWG an*).
- „**Digitalisierungsoffensive** bei Stromnetzbetreibern und mehr Transparenz über Netzanschlusskapazitäten“
- Mehr direkte Teilhabe, **Beteiligung** an der Energiewende: Entbürokratisierung, Mieterstrom, Bürgerenergie, Energy Sharing.
- Die **Klimaziele** (DE/EU) bleiben erhalten. Die **Klimaziele** bleiben von langfristigen Gaslieferverträgen „unberührt“.
- **Beschleunigung/Entbürokratisierung:** Schnellere, bessere Planungs- und Genehmigungsverfahren; Fortsetzung Bund-Länder-Prozess; zügige Umsetzung RED III (Erneuerbare-Energien-Richtlinie III), Expertenpool, Ausweitung der Zustimmungsfiktion; Prüfung von Vereinfachungen gemäß solcher aus den „Beschleunigungsgebieten“ für EE-Infrastrukturprojekte (z. B. Populationsansatz im Artenschutz, Präklusion, Beibringungsgrundsatz/Widerlegungspflicht), EE-Beschleunigung durch Planungserleichterung, beschleunigte Genehmigung auch für **Schwerlast- und Großraumtransporte** (Windkraftanlagen)

ERLÄUTERUNGEN ZUM KOALITIONSVERTRAG KLIMA UND ENERGIE

SPD

Stand: 21. April 2025

Dr. Nina Scheer, MdB

- **Es bleibt beim Atomausstieg** (*Hinweis: die Fusionsreaktor-Aussage ist im Forschungs-Kapitel; nicht bei Klima/Energie*)
- **Biogasanlagen** werden mehr auf Reststoffnutzung ausgerichtet, bekommen „Zukunft“, „wobei die Besonderheiten kleinerer und wärmegeführter Anlagen stärker zu berücksichtigen sind.“
- **CO2-Preis Entlastungen:** Einnahmen aus dem Emissionshandelssystem II (ETS II), das ab 2027 für Wärme und Verkehr wirkt, „geben wir an die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen zurück“. Hierbei gilt: „sozial gestaffelte Entlastung und Förderungen beim Wohnen und bei der Mobilität“. Weitere Aussage (Finanzkapitel): Rückgabe „durch eine spürbare Entlastung beim Strompreis und durch die Förderung von Investitionen in die Klimaneutralität.“ (*Hinweis: Dies ist kein explizites Klimageld, welches eher ein Kompensationsinstrument, denn ein Förderinstrument wäre. Die verständigten Rückzahlungen sind zielgerichtet angelegt.*)
- **Gezielter und systemdienlichen Netz- und Speicherausbau**, mehr Flexibilitäten und ein effizienter Netzbetrieb, bidirektionales Laden und Laden am Arbeitsplatz, Speicher werden als im überragenden öffentlichen Interesse anerkannt, privilegiert, Mehrfachbelastung abgeschafft. (*Hinweis: stärkt den systemischen Umstieg auf Erneuerbare Energien*).
- **Stärkung der Resilienz** heimischer Produktion, von fairen Wettbewerbsbedingungen zugunsten von „zentralen Schlüsseltechnologien, wie Erneuerbare Energien, (um) keine neuen Abhängigkeiten zu schaffen und bestehende abzubauen.“
- **Energiepreisentlastung** um mindestens 5 Cent je kWh, beginnend mit Stromsteuersenkung auf europäisches Mindestmaß und Reduktion von Umlagen, Netzentgelten; Gasspeicherumlage wird abgeschafft; für Unternehmen: Dauerhafte Verlängerung der Strompreiskompensation; ergänzend Industriestrompreis.
- „Der Ausbau und die Modernisierung der **Netze werden kosteneffizient** vorangebracht und **mit dem Erneuerbaren-Ausbau synchronisiert**.“ (*Hinweis: und nicht umgekehrt*). „**Wir stärken die Übertragungs- und Verteilnetze.**“ Gezielter und systemdienlichen Netz- und Speicherausbau, mehr Flexibilitäten und effizienter Netzbetrieb (Z 947 f). (*Hinweis: Die Stärkung umfasst auch eine bessere und transformatorische Nutzbarkeit der Netze.*)
- Der **Erdverkabelungsvorrang** bleibt für besonders belastete Regionen und wo **Freileitungen** nicht möglich, erhalten: „Die neu zu planenden Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsnetze (HGÜ) sollen, wo möglich, als Freileitungen umgesetzt werden. Dabei werden wir besonders belastete Regionen berücksichtigen.“
- „**Kritische Energieinfrastruktur**, insbesondere Netze und Erneuerbare-Energien-Anlagen, muss (...) bestmöglich geschützt werden.“ (*Hinweis: Verankerung von Energie in Sicherheitsarchitektur*)
- Bekenntnis zu auch heimischer Produktion: „**Wasserstofferzeugung** wollen wir sowohl über große systemdienliche Elektrolyseanlagen als auch verstärkt dezentral und flächendeckend ermöglichen.“; „**bedarfsgerechte**“ Ausgestaltung des **Wasserstoffkernnetzes**
- „**Wir prüfen strategische staatliche Beteiligungen** im Energiesektor, auch bei Netzbetreibern.“
- „**Wir stehen für eine konsequente Ausrichtung aller Bereiche auf Bezahlbarkeit, Kosteneffizienz und Versorgungssicherheit**. Unser Ziel sind dauerhaft niedrige und planbare, international wettbewerbsfähige Energiekosten.“ (*Hinweis: In konsequent nachhaltiger Auslegung bedeutet dies: Umstieg auf Erneuerbare Energien mit Speichern, Flexibilitäten und Netzintegration.*)
- „**Die zulässige Höhe der Flächenpachten** für im EEG geförderte Anlagen werden wir begrenzen.“ (*Hinweis: überhöhte Pachten für Windflächen werden zunehmend zum Hemmnis/Kostentreiber*).

ERLÄUTERUNGEN ZUM KOALITIONSVERTRAG KLIMA UND ENERGIE

SPD

Stand: 21. April 2025

Dr. Nina Scheer, MdB

- Bekenntnis/Unterstützung für 90 % CO2-Reduktion im Vergleich zu 1990 für ein **europäisches Zwischenziel 2040** (*Hinweis: vgl. ergänzend unten zu außereuropäischen Anrechnungen*)
- Es wird gegen den **Betrug bei Zertifikaten** von regenerativen Kraftstoffen und UER vorgegangen (Z 1199 ff.).
 - „Die Sanierungs- und Heizungsförderung werden wir fortsetzen. Die **Verzahnung von GEG und kommunaler Wärmeplanung vereinfachen wir**. (...) Den **Quartiersansatz** werden wir stärken. (...).“
 - Aussagen zur **Kraftwerksstrategie und Kapazitätssicherung** in Benennung von: „systemdienlicher Technologiemix aus Kraftwerken und Erzeugungsanlagen (zum Beispiel Bioenergie und Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)), Speichern und Flexibilitäten“ im Zusammenhang mit „bis zu 20 GW an **Gaskraftwerksleistung bis 2030**“. (*Hinweis: mit „bis zu“ und den genannten bedarfseitigen Maßgaben wurde kein fixer Umfang an Gaskraftwerken aufgenommen.*)
 - Modernisierung der **Schuldenbremse** bis 2025 zur „Stärkung unseres Landes“.

Aussagen, die Klimaschutz und Energiewende hemmen (können):

- „Wir werden das **Heizungsgesetz** abschaffen. Das neue GEG machen wir technologieoffener, flexibler und einfacher. Die erreichbare CO2-Vermeidung soll zur zentralen Steuerungsgröße werden.“ (*Hinweis: Verständigung kam aus AG Bau. Es wird mit „Heizungsgesetz“ auf die GEG-Novelle 2023 abgestellt; das GEG bestand auch schon davor und hatte auch damals etwa eine Austauschpflicht für alte Ölheizungen. Die geeinten Maßgaben beschreiben in der Sache eher eine Novelle des Gesetzes als eine „Abschaffung“.*)
- **Monitoring** bis Sommerpause 2025 zum Stand von Netzen, EE, Versorgungssicherheit etc.; „Sämtliche Maßnahmen müssen sich an den **realistischen Bedarfen** orientieren und aufeinander abgestimmt sein“ (*Hinweis: es gibt gerade eine Diskussion über künftige Strombedarfe, mit der teilweise zu senkende Bedarfe prognostiziert werden. Die hierbei angelegten Prämissen halte ich mit Blick auf künftig verstärkt sektorübergreifende Stromverwendungen für verkürzt und auch für gefährlich, da dies letztlich auch zu einer Verlangsamung des Ausbaus von Erneuerbaren und zu einer verlängerten Abhängigkeit von fossilen Ressourcen mit all den daran hängenden Preisrisiken und Folgeeffekten führen kann. Entsprechende Anforderungen werden im Monitoring-Prozess zu beachten sein.*)
- „Wir ermöglichen und flankieren langfristige, diversifizierte, günstige **Gaslieferverträge** mit internationalen Gasanbietern“; „**Reservekraftwerke** (sollen) (...) auch zur Stabilisierung des Strompreises zum Einsatz kommen.“; Der Bau von „bis zu 20 GW **Gaskraftwerksleistung**“; „Wir wollen **Poteniale konventioneller Gasförderung im Inland** nutzen“. (*Hinweis: auch wenn die Langfristigkeit von Gaslieferverträgen preissenkende Effekte ermöglicht, gilt es bei den genannten Maßgaben zugleich eine Verlängerung von Erdgasnutzung zu vermeiden. Dies gilt auch für den Umfang an zu bauenden Gaskraftwerksleistungen. Der preisstabilisierende Einsatz von Reservekraftwerken wird sich bei hilferechtlichen Hürden ausgesetzt sehen. Bzgl. inländischer Gasförderungen: Neue Investitionen/Erschließungen bergen Gefahr von Log-In- und Skaleneffekten und stehen – zumal in dicht besiedelten Regionen – in Flächenkonkurrenzen, auch mit solchen des Naturschutzes. Hierin liegen Wertungswidersprüche zu Aussagen zu Klimaschutz und die Energiewende zum Erfolg zu machen.*)
- Die **Flächenziele für Windenergie** (2 %-Ziel) für 2032 sollen evaluiert werden. Das Flächenziel für 2027 (1,4 %) wird nicht tangiert. (*Hinweis: Ein Investitionshemmnis im Windbereich muss vermieden werden, auch mit Blick auf dann entsprechend gehemmte Anreize für Flexibilitäten, Speicher und Elektrolyseure, die wir für den systemischen Umstieg dringend brauchen*).

ERLÄUTERUNGEN ZUM KOALITIONSVERTRAG KLIMA UND ENERGIE

SPD

Stand: 21. April 2025

Dr. Nina Scheer, MdB

- „Ausweisung (von) zeitlich befristeten Engpassgebieten“ für Windenergie. Als Prüfung und mit der Maßgabe versehen, dass die Ausbauziele der Windkraft nicht gefährdet werden. (*Hinweis: Einen vergleichbaren Ansatz gab es bereits einmal in Form von „Netzausbaugebieten“, vgl. § 36c EEG 2017, in denen jährlich nur eine gedeckelte Menge Windstrom ausgebaut werden durfte; auf Druck der SPD wurde dieses für die Energiewende fatale Hemmnis noch unter Schwarz-Rot wieder abgeschafft.*)
- Überprüfung des **Referenzvertragsmodells** (*Hinweis: das Referenzvertragsmodell kann verbessert werden, etwa um Abschattungen – wenngleich explizit nur bei Offshore erwähnt, also einen zu dichten Anlagen-Zubau, zu vermeiden. Letzterer birgt Ineffizienzen und lässt die Anlagen zudem schneller verschleißen. Die Prüfung der Ansätze für Schwachwind-Standorte, die heute im Interesse einer flächen-deckenden und systemisch ausgeglichenen erneuerbaren Stromgewinnung mit gefördert werden, sollte aus eben diesen Gründen nicht zu einem Verlust von Windenergieausbau im Süden führen.*)
- Jenseits der unbestrittenen Ermöglichung von **CCU** und **CCS** (die unterirdische Einlagerung von abgeschiedenem CO₂) bei schwervermeidbaren Emissionen (etwa Zementherstellung, Abfallverbrennung), soll CCS mit der Einigung „**auch bei Gaskraftwerken**“ ermöglicht werden. Die Feststellung des überragenden öffentlichen Interesses für den Bau von **CCS/CCU-Anlagen** und der Leitungen schließt Anwendungen bei Gaskraftwerken mit ein. (*Hinweis: Der Einsatz von CO₂-Abscheidung ist nach Positionierung der SPD-Bundestagsfraktion nur bei unvermeidbaren Restemissionen anzuwenden. Wir folgen dabei dem Grundsatz: „Vorrang der CO₂-Vermeidung.“ Bei der Energiegewinnung besteht diese Unvermeidbarkeit aufgrund vorhandener (Erneuerbarer) Alternativen nicht. Wenn man CCS gleichwohl bei Gaskraftwerken ermöglicht, wird hiermit eine Konkurrenz insbesondere zum Grünen Wasserstoff geschaffen. CCS ist energieaufwändig und es wird immer nur ein Teil der Emissionen abgeschieden. Es wird nicht unbegrenzt Speicherkapazitäten für CO₂ geben und auch der Transport von CO₂ (Gefahrenstoff) oder mit neu zu schaffenden Leitungen werden der Allgemeinheit Lasten auferlegt. Für die Umsetzung gilt es zu beachten: Die Aussagen zu CCS/CCU sind Aussagen zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen, mit denen wir die Anwendung von CCU und CCS - auch bei Gaskraftwerken, ermöglichen. Es wird nicht die Anwendung der Technologie entschieden.*)
- Die Anrechnung von **Emissionsreduktionen im Ausland** in Höhe von 3 %. (*Hinweis: Auch wenn wir SPD-seitig außereuropäische Anrechnungen kritisch sehen: Eine Aufweichung stellt die Verständigung insofern nicht dar, als eine entsprechende Anrechnung im europäischen Klimaschutzgesetz sowie im EU-Emissionshandel abzubilden ist, womit die nationalen Klimaschutzziele nicht tangiert werden.*)
- Rückführung des **Energieeffizienzgesetzes** auf EU-Recht.
- „Konzentrierung und Kürzung von **Förderprogrammen** im Klima- und Transformationsfonds“
- „Alle Maßnahmen (...) stehen unter **Finanzierungsvorbehalt**.“

Ergänzend:

- **Kohleausstieg bis spätestens 2038** (*Hinweis: Dies ist das Ergebnis der sog. Kohlekommission; unter der Ampel wurde bereits ein früherer gesetzlicher Ausstieg für das Rheinische Revier beschlossen, der hiermit nicht adressiert ist, da er ja bereits Gesetzeswirkung hat und somit nicht ein auf 2028 fokussierter „beschlossener Ausstiegspfad“ ist. Das „spätestens 2038“ bezieht sich somit auf die Lausitz. Es geht darum, durch Transformation/Strukturwandel den Ausstieg zu erreichen. Eine Verzögerung ist mit der Aussage nicht angelegt, da ein Ausstieg vor 2038 möglich bleibt.*)

**Dr. Nina Scheer**

Mitglied des Deutschen Bundestages
Energiepolitische Sprecherin
SPD-Bundestagsfraktion
Sprecherin der SPD-Landesgruppe
Schleswig-Holstein

Dr. Nina Scheer, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Bundesministerin für Wirtschaft und
Energie

Frau Katherina Reiche

per Email: [REDACTED]

nachrichtlich an:

Parlamentarischer Staatssekretär im
Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie, Herrn Stefan Rouenhoff

Staatssekretär im Bundesministerium für
Wirtschaft und Energie, Herrn Frank Wetzel

Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie, Leiter Abteilung III, Herrn
Christian Schmidt

Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 21.07.2025

Dr. Nina Scheer
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227-73537
Fax 030 227-76539
nina.scheer@bundestag.de

Wahlkreisbüro Geesthacht
Markt 17
21502 Geesthacht
Tel. 04152 8054740

Wahlkreisbüro Ahrensburg
Manhagener Allee 14
22926 Ahrensburg
Tel. 04102 6916011

**Monitoringprozess zur Energiewende - Mögliche
Unvereinbarkeiten mit dem Koalitionsvertrag**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

seit einigen Tagen ist das Dokument „Betr.: Bedarf für kurzfristige Leistungen aus dem Rahmenvertrag der Abteilung III - Leistungsbeschreibung“ (im Folgenden LB) online abrufbar, vgl.
https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Energiewende/250630_Energiewendemonitoring.pdf

Die LB adressiert das koalitionäre Vorhaben zur Erstellung eines Monitoringberichts zur Energiewende darin wie folgt:



1. Thema, Ausgangslage, Handlungsbedarf

Der Koalitionsvertrag sieht ein Monitoring zum Stand der Energiewende bis zum Sommer 2025 vor:

„Wir werden ein Monitoring in Auftrag geben, mit dem bis zur Sommerpause 2025 der zu erwartende Strombedarf sowie der Stand der Versorgungssicherheit, des Netzausbaus, des Ausbaus der erneuerbaren Energien, der Digitalisierung und des Wasserstoffhochlaufs als eine Grundlage der weiteren Arbeit überprüft werden. Wir stehen für eine konsequente Ausrichtung aller Bereiche auf Bezahlbarkeit, Kosteneffizienz und Versorgungssicherheit.“

Rückfragen in Ihrem Haus haben ergeben, dass geleakte Dokumente nicht kommentiert werden, was ich für sich genommen für nachvollziehbar halte. Es ist allerdings auch auf meine Bitte und Nachfrage bis heute nicht zu einer Übermittelung der LB auf offiziellem Weg gekommen.

Wenn das Ergebnis des Monitoring-Prozesse für die energiepolitische Koalitionsarbeit herangezogen werden soll, ist es unerlässlich, den Inhalt der LB koalitionär abzustimmen, jedenfalls dann, wenn die Beauftragung bzw. LB inhaltlich von den Aussagen des Koalitionsvertrages abweicht. Die LB weicht vom Koalitionsvertrag in wesentlichen Fragen ab, worauf ich mit meinen folgenden Anmerkungen eingehe. Hervorzuheben ist dabei insbesondere 2.), ohne hierbei die anderen Punkte zu relativieren.

Sollte es sich bei der benannten LB nicht um das finale Dokument handeln, betrachten Sie bitte meine Ausführungen insoweit als gegenstandslos, als sie mit der echten LB nicht übereinstimmen. Meine Erwartung nach einer Veröffentlichung bzw. Übermittlung der LB möchte ich an dieser Stelle gleichwohl erneut unterstreichen.

Unvereinbarkeiten mit dem Koalitionsvertrag:

Im Ergebnis sind die Unterschiede der LB zu Aussagen des Koalitionsvertrages gravierend, sodass für mich in Frage steht, ob und inwieweit mit entsprechenden Ergebnissen nach Maßgabe des Koalitionsvertrages umgegangen werden kann.

Hierzu zählen folgende beispielhaft zu nennenden Punkte:

1.) Indem die LB den folgenden Satz des Koalitionsvertrages mit umfasst: „*Wir stehen für eine konsequente Ausrichtung aller Bereiche auf Bezahlbarkeit, Kosteneffizienz und Versorgungssicherheit.*“, veranlassen Sie **weitergehende Erarbeitungen, als mit dem Koalitionsvertrag vorgesehen.** Der betreffende Satz benennt - anders als es ein Monitoring fordert, keine Bestandsanalyse, sondern verbrieft ein Verständnis zur energiepolitischen Gestaltung. Die Aufnahme dieses Satzes in die LB intendiert, dass der Auftragnehmer (im Folgenden AN) auch Handlungsempfehlungen zu erstellen hätten. Dies widerspricht aber dem



Selbstverständnis des vereinbarten Monitorings, das bereits dem Wort Sinn nach auf eine Beobachtung und Bestandsanalyse zu beschränken ist.

2.) Eine weitere gegenüber dem Koalitionsvertrag vorgenommene Erweiterung liegt in der unter 2.1. einbezogenen Fragestellung, „ob es einer Neuausrichtung der Energiepolitik bedarf, um bei der Umsetzung nationaler und europäischer Klimaziele Kosten zu minimieren und Versorgungssicherheit zu gewährleisten**“.**

Diese Ergänzung stellt alle geltenden energiepolitischen Regelungen pauschal in Frage und schafft damit Planungs- und Investitionsunsicherheit. Ein solcher Ansatz wurde zwar in den Koalitionsvertrag auf Drängen der Union mit der Aussage „Heizungsgesetz abschaffen“ aufgenommen, beschränkt sich energiepolitisch allerdings auf eben diesen einen Satz (im Kapitel Bauen). Der koalitionären Einigung ist darüber hinaus kein gemeinsames Ansinnen einer „Neuausrichtung der Energiepolitik“ zu entnehmen.

Die LB benennt folgenden Untersuchungsgegenstand:

„Ziel des Auftrags ist es, einen Bericht zu erstellen, welcher insbesondere folgende Themen abdeckt:

- *zu erwartender Strombedarf,*
- *Stand der Versorgungssicherheit,*
- *Stand des Netzausbau,*
- *Stand des Ausbaus der erneuerbaren Energien,*
- *Stand der Digitalisierung,*
- *Stand des Wasserstoffhochlaufs.“*

Korrechterweise müsste nach Maßgabe des Koalitionsvertrages nach dieser inhaltlichen Beschreibung ein abschließender Punkt gesetzt werden.

3.) Der verständigte Monitoring-Prozess ist mit Ablauf der letzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages verfristet. Bereits die Verständigung auf ein Monitoring hatte vorauszusehende und vorausgesehene negative Implikationen. So wurde mit Veröffentlichung des Koalitionsvertrages seitens der Wirtschaft befürchtet, dass das Monitoring Planungsunsicherheiten schüfe und Investoren abschrecken könnte. Dieses Risiko war zum Zeitpunkt der Koalitionsverhandlungen bereits bekannt, weshalb für den Abschluss des Monitoringprozesses gezielt ein frühestmögliches Datum gewählt wurde „**bis zur Sommerpause 2025**“, womit die letzte Sitzungswoche des Bundestages fokussiert wurde. Gerade weil sich an das Ergebnis eines Monitorings politische Umsetzungsschritte knüpfen und den Koalitionspartnern an der Vermeidung von Planungsunsicherheiten gelegen war, ist eine Verzögerung kritisch zu sehen.

Es kann nicht unterstellt werden, dass eine Einigung auf ein solches Monitoring auch dann erzielt worden wäre, wenn ein späterer, weiter in die Legislaturperiode hineinragender Abschluss, in Rede gestanden hätte. Der mit der LB benannte



Zeitrahmen ist zwar in relativer zeitlicher Nähe. Gleichwohl darf es im Ergebnis darüber zu keinen Verunsicherungen kommen.

4.) Mit der Verwendung des Wortes „Kostenminimierung“ (vgl. 2.1), während der Koalitionsvertrag von „Kosteneffizienz“ spricht, besteht die Gefahr einer Umdeutung der koalitionär getroffenen Intention: Es geht nicht darum, abstrakt und unbesehen möglicher Folgeeffekte etwaige Kosten zu reduzieren, sondern einen effizienten Kostenansatz nach Maßgabe der definierten Energie- und Klimaschutzziele zu verfolgen. Dies wird mit dem Wording einer abstrakten „Kostenminimierung“ in Frage gestellt.

5.) Die Ergebnisoffenheit des Monitorings nach Maßgabe des koalitionären Untersuchungsgegenstandes wird durch Aufzählung einzubeziehender Studienergebnisse gelenkt und damit in nicht verständiger Weise eingeschränkt. Unter 2.3 der LB erfolgt eine Aufzählung von „Studien“ bzw. Ausarbeitungen (der Studiencharakter wäre noch einem Check wissenschaftlicher Standards zu unterziehen), **ohne, dass die Koalition sich auf die Auswahl der betreffenden Studien verständigt hätte.** Es erschließt sich nicht, nach welcher Maßgabe die Auswahl erfolgte; augenfällig ist allerdings, dass jedenfalls solche Ausarbeitungen erwähnt werden, die sich - teilweise aufeinander Bezug nehmend, für eine Reduktion der Strombedarfsprognose aussprechen und damit die Ausbauziele für Erneuerbare Energien in Frage stellen. Zwar steht vor der Aufzählung der Ausarbeitungen ein „u.a.“, womit es dem AN freisteht, weitere Studien zu berücksichtigen.

Allein die umfangreiche Aufzählung der Ausarbeitungen veranlasst allerdings unweigerlich - zumal in der äußersten Kürze der Bearbeitungszeit, eine durch die Auftraggeberin vorgenommene Schwerpunktsetzung bzw. Vorbestimmung der Ergebnisse zu erkennen. Ähnlich wird auch mit der **Betrachtungsvorgabe zu den Übertragungsnetzen** verfahren.

Besondere Tragweite kommt dieser Frage auch insoweit zu, als dass einige der zu berücksichtigten Ausarbeitungen bereits angesichts unzureichender Betrachtungen von Verbräuchen kritisiert wurden, so etwa von Seiten der Stahlindustrie und von Rechenzentren.

6.) Die für ein Monitoring nach Maßgabe des Untersuchungsgegenstandes erforderliche Ergebnisoffenheit wird auch durch weitergehende Hervorhebungen bzw. Auslassungen erschwert, wie etwa unterstellte Unsicherheiten bezüglich des Netzausbau. So wird unter UAP 1.3, 3. formuliert: „*Die den Ausbaubedarf treibenden Unsicherheiten und ihre Auswirkungen auf den Ausbaubedarf sollen transparent und in verschiedenen Szenarien dargestellt werden.*“ Bei den zuvor genannten zu berücksichtigenden energiepolitischen Zielen: „(starker und wettbewerbsfähiger Industriestandort, Einhaltung der einheitlichen Gebotszote, Einhaltung der Klimaziele)“ fehlen etwa zentrale Aussagen zu „Nutzen statt



Abregeln“, das wir laut Koalitionsvertrag „deutlich ausweiten“ wollen, zu Flexibilitäten und Speichern, effizientem Netzbetrieb und auch hier die Aussage nur Nutzung aller „*Potenziale der Erneuerbaren Energien*“ - alles Maßgaben aus dem Koalitionsvertrag.

7.) Durch die Nennung Erneuerbaren Energien als „Unsicherheitsfaktor“, vgl. UAP 1.4: „Der Bericht soll (...) zentrale Unsicherheiten der Entwicklung von EE-Ausbau und Erzeugung aufzeigen.“ und das Fehlen äquivalenter Umschreibungen etwa für CCS, werden die Handlungsbedarfe durch fehlende Konkretisierung verzerrt abgebildet. Eine Konkretisierung könnte etwa in Bezugnahme auf die Systemintegration der Erneuerbaren lauten. Umschreibungen weiterer Unsicherheiten könnten etwa in zeitlicher und Volumenshinsicht in Bezug auf Gaskraftwerke formuliert werden und in Bezug auf CCS; letzteres auch in Verbindung mit CO2-Endlagerorten.

Die fehlende Konkretisierung bzw. benannte Auslassung könnte dahingehend missverstanden werden, als dass Erneuerbare Energien als der Garant für kostengünstige Energiegewinnung in Frage gestellt werden. Laut IEA gelang China in 2024 durch Erneuerbare Energien erstmals die Gleichzeitigkeit von industrieller Wachstumssteigerung und CO2-Minderung. Entsprechende Entwicklungen sollten in die Betrachtungen mit einbezogen werden.

8.) Die mit der LB an verschiedenen Stellen als Arbeitsauftrag mitaufgegriffene Kategorie der „Lösungsvorschläge“ (vgl. etwa 1.3 Nr. 2, Herausforderungen und Lösungsvorschläge) widersprechen dem Selbstverständnis eines Monitorings.

9.) Von der Aussage unter 2.1, wonach die Handlungsoptionen nicht an die bisherigen Zielszenarien der Bundesregierung gebunden seien, müssen explizit benannte koalitionäre Ziele ausgenommen werden. Denn schließlich wurden entsprechende konkretisierte Maßgaben neben dem Monitoring-Prozess geeint und damit nicht unter dessen Vorbehalt gestellt. Anderes gilt für Aussagen mit Prüfungsvorhaben.

Im Interesse an einer guten Zusammenarbeit und einem auch global betrachtet benötigten Aufschwung-Signal bitte ich um Berücksichtigung der genannten Punkte und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Ihre

Dr. Nina Scheer

Energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion
Sprecherin der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein

Nina Scheer: Monitoring bietet Grundlage für zu steigernden Ausbau Erneuerbarer Energien – Energiewende ist auf gutem Weg

am 15. September 2025



Zur aktuellen Vorstellung des Monitoring-Berichts zur Energiewende erklärt die SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Nina Scheer:

„Der Monitoring-Bericht liest sich als klare Aussage, die Ziele von mindestens 80 % Erneuerbare Energien bis 2030 nicht zu unterschreiten, auch mit Blick auf die Klimaschutzziele 2045. Zur Vermeidung von Deindustrialisierung müsste der Hochlauf angesichts steigender Bedarfe bei Rechenzentren und bei Wasserstoffgewinnung sogar noch gesteigert werden.“

Deutschland sollte sich dabei auch aus Gründen der geopolitischen Resilienz nicht auf einen Pfad der Deindustrialisierung einlassen.

Wie auch mit dem Koalitionsvertrag verständigt, brauchen wir Anreize für Speicher, Flexibilitäten und Maßnahmen zur effektiveren Netzauslastung.

Fossile Gaskraftwerke sind kein Selbstzweck, sondern müssen sich im Verhältnis zu anderen Optionen – Wasserstofffähigkeit, steuerbare Erneuerbare, Speicher und Flexibilitäten – rechtfertigen. Der Monitoring Prozess enthält dabei keine Empfehlung für den Einsatz von CCS im Strommarkt.

Dem vom Monitoring benannten Rückgang bei Dach-PV Anlagen gilt es nach Maßgabe unseres Ziels von mindestens 80 % Erneuerbaren Energien sowie für den Erhalt von Wertschöpfung entgegen zu wirken.

Der Monitoring-Bericht zeigt: Ein Plus an Kosteneffizienz ist nicht mit absoluter Kostenreduktion zu verwechseln. Wir werden die Mittel in die Hand nehmen müssen, die wir für die Energiewende und zur Erreichung der Klimaschutzziele brauchen; alles andere würde unterm Strich deutlich teurer und wäre weder mit unseren koalitionären Zielen noch unserem Grundgesetz sowie verfassungsgerichtlichen Vorgaben vereinbar.

Wegweisend sollte die Aussage des Monitorings zur staatlichen Beteiligung an den Netzen aufgegriffen werden. Wie schon seit langem gefordert, ist es nicht zielführend, wenn ein über die kommenden Jahre konzentrierter Netz-Infrastrukturausbau allein von den heutigen Verbrauchern über die Netzentgelte geleistet wird. Der Netzausbau sollte in Anlehnung an den Straßenbau stärker als staatliche Aufgabe wahrgenommen werden. So können auch die Strompreise effektiv wie dauerhaft gesenkt werden, was wiederum Speichern und Wärmepumpen zugutekommt.

Insgesamt zeichnet das Monitoring ein positives Bild von der Energiewende und gibt keinen Anlass für etwaige „Neuauflagen“. Das Monitoring bekräftigt den mit dem Koalitionsvertrag fokussierten Bedarf von mehr Flexibilisierung und Speichern, damit der systemische Umstieg auf die Erneuerbaren Energien gelingt. Dies gilt es nun forciert anzugehen.“

MEDIENSPOTS

Einen Überblick über Interviews in Print, Radio und Fernsehen, Statements in verschiedenen Medien sowie Gastartikel finden sich in den Medienspots auf meiner Homepage, <https://www.nina-scheer.de/medienspots/>.

[Unter den Linden: Sozialstaat unter Druck – Was können wir uns in Zukunft leisten?](#) ARD, 28.10.2025 | [Wann kommt das neue Heizungsgesetz und was ändert sich?](#) BR, 24.10.2025 | [CDU und SPD sehen viele Alternativen zur Gaskraft](#) MDR, 23.10.2025 | [Sinkt die Stromsteuer jetzt doch, wenn der CO₂-Preis steigt?](#) Süddeutsche, 17.10.2025 | „[Dann gibt es Krach](#)“ tagesspiegel, 16.10.2025 | [Nord Stream 2 hält sich bereit](#) tagesspiegel, 15.10.2025 | [Kein Ende für Erdgas in Sicht](#) Energie & Management, 07.10.2025 | [Bundesnetzagentur-Beirat vertagt Wahl des Vorsitzenden](#) energate messenger, 06.10.2025 | [Warum setzt Deutschland nicht auf AKW der 4. Generation?](#) mdr, 04.10.2025 | [Ostdeutsche Länder fordern flexiblere Windkraft-Ziele – und ernten Kritik](#) mdr, 02.10.2025 | [Schroff, abweisend, beratungsresistent](#) Spiegel, 01.10.2025 | [Stromnetzausbau in Norddeutschland: Bürger bleiben skeptisch](#) Lauenburgische Zeitung, 29.09.2025 | [THW erhält neue Dienstbekleidung vom Bund](#) Herzogtum direkt, 18.09.2025 | [Von Beiratsvorsitz bis Fußballtraining: Was Lauenburger Politiker nebenbei machen](#) LN, 18.09.2025 | [Neue Dienstbekleidung für das Technische Hilfswerk](#) LN, 18.09.2025 | [Drohendes Aus für A20 – FDP-Landeschef Christopher Vogt gibt Daniel Günther Mitschuld](#) SHZ, 18.09.2025 | [Monitoringbericht zur Energiewende: Reiche versus SPD](#) Solarserver, 18.09.2025 | [Wie Wirtschaftsministerin Reiche Milliarden sparen will – und für Debatten sorgt](#) Kölnische Rundschau, 18.09.2025 | [Mitglieder im Beirat der Bundesnetzagentur](#) Bundestag, 17.09.2025 | [Diskussion um geänderten Wasserstoffpfad](#) Tagesspiegel background, 17.09.2025 | [Schwarz-Rot ringt um den Kurs bei Energiewende und Klimazielen](#) MOZ, 17.09.2025 | [Nina Scheer: Monitoring bietet Grundlage für zu steigernden Ausbau Erneuerbarer Energien – Energiewende ist auf gutem Weg](#) pv-magazine, 16.09.2025 | [Dreht die Kraftwerksstrategie eine überflüssige Extrarunde?](#) energate messenger, 16.09.2025 | [Sparen am Klimaschutz](#) Correktiv, 16.09.2025 | [Schneider vs. Reiche: Streit um die Energiewende](#) The Pioneer, 16.09.2025 | [Wäre es vielleicht gut, den Ausbau von Stromnetzen, Wind- und Solarstrom zu bremsen?](#) NOZ, 16.09.2025 | [Die Energiewende wird auch unter Reiche teuer](#) NTV, 15.09.2025 | [Die Energiewende-Wende](#) Tagesschau, 15.09.2025 | [Klimaschutz wird durch diese Regierung abgewickelt](#) msn, 15.09.2025 | [Gesetz zu CCS-Technik im Bundestag](#) Klimagase sollen im Meeresboden verpresst werden taz, 11.09.2025 | [Deadline verpasst-Reiches Energiewende-Check verzögert sich](#) The Pioneer, 09.09.2025 | [Viel Zündstoff für die nächste BNetzA-Beiratssitzung](#) energatemessenger, 09.09.2025 | [Sollte Deutschland die Energiewende bremsen?](#) FAZ, 06.09.2025 | [ARD Mittagsmagazin – Interview Gaskratwerke](#) ARD, 05.09.2025 | [Experte zerlegt Reiches Strategie: „Es droht ein finanzielles Desaster“](#) ZfK, 29.08.2025 | „[Das bringt unsere Betriebe um](#)“ FAZ, 29.08.2025 | [Nationaler Sicherheitsrat zieht Kritik auf sich](#) energate messenger, 28.08.2025 | [Erdheizung? Egal!](#) TAZ, 28.08.2025 | [Kreditanstalt für Wiederaufbau: Förderungen bringen die Energiewende voran](#) LN, 28.08.2025 | [Emissionsberechtigungen: Warum die Verschiebung im Haushalt erst in vielen Jahren relevant wird](#) tablebriefings, 28.08.2025 | [Sicherheitsrat soll Deutschland resilenter machen](#) Tagesspiegel, 28.08.2025 | [Solarbranche im Aufruhr: Merz-Regierung plant radikalen Kahlschlag bei Förderungen](#) Kettner, 28.08.2025 | [Proteste gegen Merz-Regierung – Energiesektor-Aktion ruft Ministerium auf den Plan](#) merkur, 28.08.2025 | [BEG-Diskussion: Brücke im Wärmepumpen-Streit gefunden](#) ZfK, 27.08.2025 | [Diese Lösung zeichnet sich im Heizungsstreit ab](#) T-Online, 27.08.2025 | [Klimapolitiker von Union und SPD stellen sich gegen KTF-Plan](#) regionalheute, 27.08.2025 | [Wie Reiche die Energiewende gestalten will](#) Tagesschau, 27.08.2025 | [Stiftung Klimaneutralität denkt Strombedarf strategisch](#) energate messenger, 26.08.2025 | [SPD-Politikerin Scheer sieht Handlungsdruck bei Solarförderung](#) ARD Audiothek, 20.08.2025 | [Solarausbau in Gefahr: Zwischen Subvention und Stagnation](#) NDR, 20.08.2025 | [Datenbasis für Energiewendemonitoring fragwürdig](#) energate messenger, 20.08.2025 | [Ministerin Reiche will die feste Einspeisevergütung für private PV-Dachanlagen abschaffen](#) Sonnenseite, 20.08.2025 | [Nina Scheer: KfW-Förderungen bringen die Energiewende im Herzogtum Lauenburg und Stormarn 2025](#) | [weiter voran](#) LOZ, 19.08.2025 | [Kfw-Förderungen bringen die Energiewende im Herzogtum Lauenburg und Stormarn 2025](#) | [weiter voran](#) Herzogtum direkt, 19.08.2025 | [Netzanschlüsse werden zum Nadelöhr](#) The Pioneer, 17.08.2025 | [SPD stellt sich gegen Reiches Pläne eines Förderstopps für private PV-Anlagen](#) Photon, 15.08.2025 | [Solarförderung und Heizungswende: Rotes Unbehagen über Unions-Vorstoße](#) ZfK, 15.08.2025 | [Reiche erneut in der Kritik: Wirtschaftsministerin plant Ende von staatlicher Förderung](#) Merkur, 15.08.2025 | [Streit mit Reiche – SPD will Solaranlagen weiter fördern](#) WELT, 14.08.2025 | [SPD gegen Kürzungen bei Solarförderung](#) DLF, 14.08.2025 | [Scheer feuert gegen Reiches Solarsparpläne](#) energate messenger, 14.08.2025 | [Nina Scheer: Einschränkungen der Solarenergieförderung wären kontraproduktiv und widersprechen Koalitionseinigung](#) Herzogtum direkt, 14.08.2025 | [SPD gegen Kürzungen bei Solarförderung](#) marketscreener, 13.08.2025 | [Streit mit Reiche – SPD will Solaranlagen weiter fördern](#) WELT, 13.08.2025 | [Nina Scheer: Reiches Photovoltaik-Vorstoß widerspricht Koalitionsvertrag](#) pv magazine, 13.08.2025 | [Nina Scheer: Reiches Photovoltaik-Vorstoß widerspricht Koalitionsvertrag](#) Finanznachrichten, 13.08.2025 | [SPD stellt sich gegen Kürzungen bei der Solarförderung](#) Rheinische Post, 13.08.2025 | [Wirtschaftsministerin Reiche will Solarförderung kürzen](#) WDR, 13.08.2025 | [Aiwangers Rüffel für Reiche](#) tagesspiegel background, 13.08.2025 | [Muss Deutschland die Energiewende wirklich bremsen?](#) Handelsblatt, 12.08.2025 | [Solaranlagen: Zieht Reiche jetzt den Stecker?](#) Berliner Morgenpost, 12.08.2025 | [Wie die Bundesregierung Gaskunden entlasten will](#) Stern, 06.08.2025 | [Streit um Stromsteuer: Wird sie doch noch für alle gesenkt?](#) Berliner Morgenpost, 05.08.2025 | [Studien nach Wunsch](#) taz, 05.08.2025 | [Wer zieht hier wen über den Tisch?](#) taz, 01.08.2025 | [100 Tage Schwarz-Rot – Klönschnack mit der Bundestagabgeordneten Dr. Nina Scheer](#) LOZ-News, 01.08.2025 | [Energiewende-Monitoring mit Schlagseite](#) energiezukunft, 31.07.2025 | [SPD wirft Reiche Bruch des Koalitionsvertrags vor](#) FAZ, 30.07.2025 | [Nina Scheer: Pflicht zum Mehrverbrauch fossiler Ressourcen mit EU-Recht unvereinbar](#) Oekonews, 29.07.2025 | [Nina Scheer kritisiert EU Öl-Gas-Deal mit Trump](#) Solarserver, 28.07.2025 | [Nina Scheer und DUH kritisieren Trump-„Deal“](#) Sonnenseite, 28.07.2025 | [Nina Scheer bezweifelt Ergebnisoffenheit des „Monitoringberichts zur Energiewende“](#) pv magazine, 25.07.2025 | [Energiewende-Monitoring: Scheer kritisiert Reiches Vorgaben](#) Table Briefings, 24.07.2025 | [Ärger über Auftrag für Energie-Monitoring](#) Taz, 23.07.2025 | [Die Neuvermessung der Energiewende durch Schwarz-Rot](#) Börsen-Zeitung, 23.07.2025 | [Energiewende-Monitoring unter Beschuss](#) Energate, 22.07.2025 | [Norwegen pocht auf langfristige Gasverträge mit Deutschland](#) Handelsblatt, 18.07.2025 | [„Scharfes Schwert“: EU-Sanktionen gegen Schattenflotte und Nord-Stream-Pipelines](#) NDR, 18.07.2025 | [Nina Scheer ruft zur Bewerbung auf für Jugend und Parlament](#) LOZ-News, 17.07.2025 | [Nina Scheer lädt ein – zur Bürgersprechstunde](#) Ahrensburg-Portal, 15.07.2025 | [Bewerbung auf für Jugend und Parlament – Planspiel in Berlin](#) Herzogtum direkt, 15.07.2025 | [Gas made in Germany – Kommt die Renaissance für deutsches Erdgas?](#) Handelsblatt, 11.07.2025 | [Scheer \(SPD\): Alle Potentiale der Erneuerbaren nutzen](#) Inforadio rbb24, 11.07.2025 | [Mehr Tempo für die erneuerbaren Energien](#) SPD-Bundestagsfraktion, 10.07.2025 | [Beschleunigung des Wasserstoffhochlaufs](#) The Pioneer, 10.07.2025 | [Gundremmingen fordert zwei Millionen Euro im Jahr für Atommüll-Zwischenlager](#) Günzburger Zeitung, 07.07.2025 | [Stromsteuer-Senkung für alle MUSS kommen!](#) Bild, 02.07.2025 | [Nina Scheer gratuliert Schülern aus Sandesneben zu Auszeichnung bei Bundeswettbewerb](#) LOZ, 01.07.2025 | [Union und SPD prüfen Strompreis-Rabatt für alle Verbraucher](#) SZ, 01.07.2025 | [Stromsteuer: Entlastung ohne Streit, fordert SPD-Energieexpertin Scheer](#) SWR Aktuell, 01.07.2025 | [Nina Scheer gratuliert Kreisfeuerwehrverband Herzogtum Lauenburg zu neuem CBRN-Erkundungswagen vom Bund](#) LOZ, 30.06.2025 | [Ungerechte Klatsche für den Vorsitzenden Klingbeil: Verstimmte SPD](#) Frankfurter Rundschau, 29.06.2025 | [SPD-Parteitag: Nur wenige gegen Nato-Aufrüstungsziel](#) Neues Deutschland, 29.06.2025 | [Hitzige Debatte beim SPD-Parteitag über Fünf-Prozent-Ziel bei Verteidigung](#) Stern, 28.06.2025 | [AfD will zurück zur Atomkraft](#) Das Parlament, 27.06.2025 | [50 Jahre deutsch-brasilianisches Atomabkommen – ein Relikt?](#) Deutsche Welle, 27.06.2025 | [SPD kritisiert Reiches Atom treffen](#) Tagesschau, 17.06.2025 | [Reiche will Gaskraftwerke massiv ausbauen – Kritik reißt nicht ab](#) Rheinische Post, 17.06.2025 | [Energiestrompreis](#) Politico, 18.06.2025 | [Debatte über Bau neuer Gaskraftwerke](#) Regional Heute, 17.06.2025 | [SPD-Manifest: Aufstand gegen Klingbeil?](#) Berlin direkt (10:50), 15.06.2025 | [Bei so einem Manifest kann man nicht jedes Komma absegeln](#) Zeit Online, 14.06.2025 | „[Manifest“ aus der SPD – Friedensinitiative oder Wunschenken?](#) Deutschlandfunk, 12.06.2025 | [SPD-„Manifest“ für andere Russland-Politik ist ein vor dem Parteitag platziertes Sprengsatz](#) Frankfurter Rundschau, 12.06.2025 | [heute journal](#) ZDF (07:30), 11.06.2025 | [Eine Partei ringt mit dem Frieden](#) Zeit Online, 11.06.2025 | [Scheer schlägt Steuerfinanzierung von Energienetzen vor](#) Montel News,

10.06.2025 | [Jahreshauptversammlung 2025 | der SPD Geesthacht](#) Herzogtum direkt, 09.06.2025 | [Realitätscheck für Solar und Wind: Wirtschaftsministerin stellt Energiewende in Frage](#) Chip, 06.06.2025 | [Markt für Erneuerbare Energien: Wie können PPAs gestärkt und Stromkosten gesenkt werden?](#) dena, 06.06.2025 | [Reiche will Industriestrompreis genauer prüfen](#) Table.Briefings, 04.06.2025 | [Ministerin Reiche schwört Energiebranche auf Kurswechsel ein](#) Handelsblatt, 04.06.2025 | [Energiewende – Wo bleibt die Windkraft im Infrastrukturpaket?](#) DLF, 04.06.2025 | „[Wir werden die ein oder andere Korrektur vornehmen](#)“ pv-magazine, 04.06.2025 | [Kreiser ist stellvertretende wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion](#) Regionalheute, 03.06.2025 | [Geesthachter SPD auf „stabilem Kurs“](#) LOZ News, 02.06.2025 | [Koalition plant weiteres Steuergeschenk für Landwirte](#) Taz, 01.06.2025 | [Kein Rückenwind für CCS an Kohlekraftwerken](#) Tagesspiegel Background, 28.05.2025 | [SPD rückt sozialen Ausgleich ins Zentrum](#) Tagesspiegel Background, 26.05.2025 | [Nordstream 1 und 2 – Totgesagte leben länger](#) NDR, 25.05.2025 | [AfD-Antrag für Aufhebung des Heizungsgesetzes stößt auf Kritik](#) Das Parlament, 23.05.2025 | [Grüne fordern entgütiges Nord-Stream-Aus](#) energate, 22.05.2025 | [Was kommt, wenn das Heizungsgesetz wegkommt](#) Spiegel, 20.05.2025 | [Bürgersprechstunde mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Nina Scheer](#) LOZ News, 19.05.2025 | [Franktionen besetzen Energie- und Klima-Ausschüsse](#) tagesspiegel background, 19.05.2025 | [Neue Ministerin für alte Wirtschaft](#) TAZ, 18.05.2025 | [Scheer betont „bis zu“ 20 GW bei Gaskraftwerkszubau](#) montelnews, 16.05.2025 | [Reiche: Wieder Wachstum schaffen](#) pv-magazine, 16.05.2025 | [Klimaschutz? Bloß nicht nachlassen](#) Focus, 15.05.2025 | [SF Expertin Zorn in der SPD-Fraktionsführung](#) tagesspiegel background, 15.05.2025 | [Schwarz-Rot verspielt nicht nur beim Klima die Zukunft: Weiter so, Boomer!](#) der Freitag, 14.05.2025 | [Wald als Klimakiller](#) frontal – das Magazin (ZDF), 13.05.2025 | [Wie viele Gaskraftwerke bekommt Deutschland? Neue Ministerin sorgt für Verwirrung](#) Focus, 13.05.2025 | [Erste Ausschussmitglieder stehen fest](#) agrarzeitung, 13.05.2025 | [Neuer Personalausweis: So klappt's mit dem digitalen Passfoto](#) Abendblatt, 13.05.2025 | [SPD benennt Ausschussmitglieder](#) energate messenger, 13.05.2025 | [CO2-Speicher unter Hochdruck](#) Tagesspiegel, 08.05.2025 | [SPD: Werden Klima-Sozialfonds ab 2026 anzapfen](#) Tagesspiegel, 06.05.2025 | [Merz braucht zweiten Anlauf bei der Kanzlerwahl: Das sagen die Politiker aus Stormarn und dem Lauenburgischen](#) LN, 06.05.2025 | [Weltweit 600 Gigawatt Solarleistung neu installiert](#) Erneuerbare Energien, 06.05.2025 | [Nina Scheer lädt ein – zur Bürgersprechstunde am 30.04.2025](#), 13.30 Uhr Ahrensburg-Portal, 30.04.2025 | [SPD sagt Ja: Mitglieder im Herzogtum Lauenburg und in Stormarn sehen Koalition als Chance](#) LN, 30.04.2025 | [Short Cut ReLive: Klimapolitik via Preisschocks? – Aussichten und Alternativen sowie hier](#) Forum New Economy, 29.04.2025 | [Trumps Pipelines des Friedens? SPD-Politikerin plädiert für Lockerung der Nord-Stream-Sanktionen](#) Die Weltwoche, 26.04.2025 | „[Wir werden im systemischen Umstieg auf die Erneuerbaren vorankommen](#)“ erneuerbare Energien, 25.04.2025 | [SPD-Fraktion offen für Ende der US-Sanktionen gegen Nord Stream 2](#) msn, 25.04.2025 | [Scheer warnt vor Rückschritten beim Klimaschutz](#) tixio, 25.04.2025 | [Klimaschutz? Kann warten](#) Spiegel, 25.04.2025 | [Scheer warnt vor Rückschritten beim Klimaschutz](#) regional heute, 25.04.2025 | [Die Energiepolitikerin Nina Scheer \(SPD\) hat sich offen für ein mögliches Ende der US-Sanktionen gegen die Gaspipeline Nord Stream 2 gezeigt.](#) Adhoc News, 24.04.2025 | [Systemdienlich, direkt, viel erneuerbare energien](#), 23.04.2025 | [Nina Scheer im Interview: Die Koalition kann Gräben überwinden](#) Solarserver, 17.04.2025 | [SPD startet Abstimmung zum Koalitionsvertrag](#) energate-messenger, 16.04.2025 | [Künftige Klimapolitik: Interview mit Nina Scheer, MdB, SPD-Klimapolitikerin](#) DLF, 15.04.2025 | [Scheer: „Schwierige Passagen“ enthalten, insgesamt jedoch klares Statement für Klimaschutz](#) DLF, 15.04.2025 | [Koalitionsvertrag sorgt für gemischte Reaktionen im Herzogtum Lauenburg und Stormarn](#) LN, 15.04.2025 | [Koalitionsvertrag: Was Union und SPD bei Energie und Klimaschutz planen](#) vorwärts, 14.04.2025 | [Merz-Vorstoß: Erster Krach um Kraftwerkstrategie bahnt sich an](#) ZFK, 14.04.2025 | [Wo die schwarz-rote Koalition jetzt schon amptet](#) Berliner Morgenpost, 14.04.2025 | [Energiepolitische Schwerpunkte des schwarz-roten Koalitionsvertrags](#) Tagesspiegel Background, 14.04.2025 | [Nina Scheer: Koalitionsvertrag enthält klares Bekenntnis zur Energiewende](#) Photon, 11.04.2025 | „[Sie hat große Verdienste](#): SPD-Politikerinnen werben für Saskia Esken Tagesspiegel, 12.04.2025 | [Nina Scheer: Der Koalitionsvertrag enthält ein klares Bekenntnis zur Energiewende](#) pv-magazine, 10.04.2025 | [Energiewende im Koalitionsvertrag: Viel Kontinuität, wenig Strategie](#) Solarserver, 10.04.2025 | [An CCS-Plänen im Koalitionsvertrag erklingt Kritik](#) energate messenger, 10.04.2025 | [Nina Scheer: „Ich möchte den Einsatz für die Energiewende fortsetzen“](#) LN, 10.04.2025 | [Schwarz-rotes Personaltableau – Wer könnte was werden im Kabinett Merz?](#) Tagesspiegel, 09.04.2025 | [Nina Scheer: Der Koalitionsvertrag enthält ein klares Bekenntnis zur Energiewende](#) SPD SH, 09.04.2025 | [Energiepolitik: Mehr Gaskraftwerke, weniger Photovoltaik und Wind?](#) solarserver, 04.04.2025 | [Das Netanjahu-Dilemma](#) politico, 04.04.2025 | [Berlin seeks to detach from US as an energy supplier](#) Euractiv, 03.04.2025 | [Union erwägt Atomkraftwerk Brokdorf zu reaktivieren – aber geht das überhaupt?](#) SHZ, 02.04.2025 | [25 Jahre EEG: Vom Erfolgsmodell zur Reformdebatte](#) energate-messenger, 01.04.2025 | [25 Jahre EEG – eine sturmreiche Erfolgsgeschichte](#) energate-messenger, Gastkommentar, 01.04.2025 | [Was kommt nach der Abschaffung des „Heizungsgesetzes“?](#) Energieberater geb.info, 28.03.2025 | [SPD-Verhandler uneins über CCS an Kraftwerken](#) energate-messenger, 27.03.2025 | [Union zahlt Preis für abgeschafftes Heizgesetz, doch laut SPD ändert sich nichts](#) Focus, 27.03.2025 | [Hans-Werner Sinn zofft sich mit SPD-Abgeordneter](#) finanzmarktwelt, 26.03.2025 | [Das „Heizungsgesetz“ wird abgeschafft – Was kommt danach?](#) tga-fachplaner, 25.03.2025 | [Vier Streitpunkte auf dem Weg zur neuen Bundesregierung](#) Handelsblatt, 25.03.2025 | [Union zahlt Preis für abgeschafftes Heizgesetz, doch laut SPD ändert sich nichts](#) Focus, 25.03.2025 | [Ein Chef-Verhandler gab früh auf: Sobrisant sind die Koalitions-Gespräche](#) Focus, 24.03.2025 | [Merz setzt auf Kernfusion – Deutschland soll Vorreiter werden](#) blackout-news, 24.03.2025 | [Koalitionsverhandlungen erweisen sich als zäh](#) energate-messenger, 24.03.2025 | [Billionenspiel – Heiligt der Zweck die Schulden?](#) zfd, unter den linden, 24.03.2025 | [Bundestag beschließt Reform der Schuldenbremse](#) energate-messenger, 18.03.2025 | [Wer für die Schuldenpakete stimmte – und wer nicht](#) Zeit, 18.03.2025 | [Nur ein Drittel Frauen, kaum junge Menschen: Wer Deutschlands Zukunft verhandelt](#) RND, 18.03.2025 | [Energiearbeitsgruppe zum Koalitionsvertrag formiert](#) energie & management, 14.03.2025 | [Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD gestartet](#) NDR, 13.03.2025 | [Umweltschützer fordern mehr Klimaschutz](#) TAZ, 13.03.2025 | [Jetzt ist die Zeit der Unterhändler](#) FAZ, 13.03.2025 | [Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD gestartet](#) Tagesschau, 13.03.2025 | [Zehn BEE-Empfehlungen für die Koalitionsverhandlungen](#) pv-magazin, 13.03.2025 | [Machtpoker: Diese Schleswig-Holsteiner sind bei den Koalitionsverhandlungen im Bund dabei](#) Kieler Nachrichten, 12.03.2025 | [GASBOHRUNG VOR BORKUM VERHINDERN!](#) FFF, 12.03.2025 | [VKU-Präsident dabei: Wer jetzt die schwarz-rote Energiepolitik ausverhandelt](#) zfk, 12.03.2025 | [Dämpfer für Faeser, Kukies und Lauterbach: Das sind die SPD-Verhandler – und dafür stehen sie](#) Tagesspiegel, 12.03.2025 | [Das sind die Verhandler von Schwarz-Rot](#) Handelsblatt, 12.03.2025 | [Diskussion um neue Finanzierungskonzepte](#) energate-messenger, 12.03.2025 | [Plötzlich regt sich bei CDU und SPD was – pro Klima](#) Stern, 12.03.2025 | [CDU, CSU und SPD benennen Energie-Verhandlungsgruppen](#) energate-messenger, 12.03.2025 | [Koalitionsgespräche von Schwarz-Rot in Berlin – wer aus Schleswig-Holstein mitredet](#) SHZ, 12.03.2025 | [Klimaschutz, Verkehr, Sicherheit: Was das Sondervermögen fürs Herzogtum Lauenburg bedeutet](#) LN, 10.03.2025 | [Keine Zuschüsse mehr für Sonnenenergie?](#) TAZ, 10.03.2025 | [Strom-Highway: Verstoßen alle Planungen gegen Bestimmungen?](#) Abendblatt, 10.03.2025 | [Future German coalition’s climate pledge is firm but unspecific](#) EURACTIV, 10.03.2025 | [Gesetzliche Grundlage für das „Vorhaben 51“ unzureichend](#) Herzogtum direkt, 08.03.2025 | [Germany’s climate activists on edge as parties shape coalition agenda](#) Reuters, 07.03.2025 | [Woher den Strom für KI nehmen?](#) Süddeutsche Zeitung Dossier, 05.03.2025 | [Ein Sondervermögen allein wird nicht reichen](#) Tagesspiegel Background, 04.03.2025 | [Grüne von Infrastruktur-Sondervermögen „nicht überzeugt“](#) Tagesspiegel Background, 04.03.2025 | [Nach der Wahl: Wie es weiter geht und wer den Einzug ins Parlament schaffte](#) Tagesspiegel Background, 03.03.2025 | [Fünf Streitpunkte, an denen Schwarz-Rot noch scheitern könnte](#) Handelsblatt, 27.02.2025 | [CCS, Stromleitungen, Windkraft – was plant eine schwarz-rote Koalition in SH?](#) SHZ, 27.02.2025 | [Merz’ Pläne zu Atomkraft-Moratorium kassieren Abfuhr](#) Energiate Messinger, 26.02.2025 | [Keine Einigung auf ein zusätzliches Sondervermögen in Sicht](#) Börsen-Zeitung, 26.02.2025 | [Koalitionäre in spe könnten Hessen zum Vorbild nehmen](#) Tagesspiegel Background, 26.02.2025 | [Bosbach, Kohl, Bouffier: Die Sprösslinge ziehen ins Parlament](#) Sächsische Zeitung, 25.02.2025 | [Ein schwieriger Wahlabend für die SPD – Verantwortung übernehmen und Vertrauen zurückgewinnen](#) LOZ News, 25.02.2025 | [SPD in Geesthacht: „Wenigstens das ist uns gelungen“](#) Lauenburgische Landeszeitung, 25.02.2025 | [Nina Scheer: Merz muss auch in den Inhalten seine erklärte Distanz zur AfD einlösen](#) LOZ News, 25.02.2025 | [Ein schwieriger Wahlabend für die SPD – Verantwortung übernehmen und Vertrauen zurückgewinnen](#) Herzogtum-Direkt, 25.02.2025 | [SPD-Fraktion muss bei Energie-Kompetenz Federn lassen](#) Tagesspiegel Background Energie & Klima, 25.02.2025 | [Energiewirtschaft fordert Kompromisse statt Polarisation](#) Energiate Messenger, 24.02.2025 | [Klimaschützerinnen besorgt über Koalition aus CDU und SPD](#) taz, 24.02.2025 | [Sie sind im Bundestag: Diese drei Kandidaten erlebten einen Wahlkrimi](#) LN, 24.02.2025

| Geesthacht-Hamburg: Große Schritte zur Bahnansbindung – Mittel für Vorplanungen freigegeben SHZ, 22.02.2025 | Wirtschaft trifft Politik Herzogtum-Direkt, 22.02.2025 | Wahlprogramme fit für die Energiewende: SPD pv-magazin, 20.02.2025 | Schluss mit der ideologischen Energiewende: vier Vorschläge für einen klimapolitischen Neustart NZZ, 18.02.2025 | SPD-Energiesprecherin: „Bei Wärme-Preisindizes besteht Missbrauchspotenzial“ Zfk, 17.02.2025 | „Das Klimageld sollte schnellstmöglich ausgerollt werden, spätestens 2027“ klimateporter.de, 17.02.2025 | „Die Schuldenbremse muss reformiert werden“ FR, 17.02.2025 | Nina Scheer begrüßt das Voranbringen der Energiewende durch Förderungen der KfW LOZ, 14.02.2025 | Anwohner fordern Erdkabel: Darum ist die Alternative zur „Monstertrasse“ im Billetal schwer umsetzbar SHZ, 14.02.2025 | Bundestagswahl in Herzogtum Lauenburg: Das will SPD-Kandidatin Nina Scheer LN, 12.02.2025 | Bundestagswahl 2025 | Die Kandidaten aus dem Wahlkreis 10 im Herzogtum Lauenburg LN, 12.02.2025 | Stromautobahn bei Hamburg: Trassengegner geben nicht auf Abendblatt, 12.02.2025 | Übersicht der Landeslisten zur Bundestagswahl 2025 | In Schleswig-Holstein KN, 12.02.2025 | Pegasus Open Air erhält Fördergelder Herzogtum Direkt, 11.02.2025 | Verkürzte Fristen: Bürger stürmen die Briefwahlbüros Abendblatt, 11.02.2025 | Stormarn gehen wegen Plänen von 380kV-Leitung auf die Barrikaden: Das ist ihre Alternative SHZ, 10.02.2025 | Wahlkreis Stormarn Süd: Die Energie-Politik-Pläne der Bundestagskandidaten SHZ, 08.02.2025 | „Putin und Trump sind zwei Kreaturen, die sich nicht abstoßen“ Abendblatt, 07.02.2025 | Pegasus-Festival bekommt 25.000 Euro vom Bund LN, 07.02.2025 | Wahlkreis Stormarn-Süd: Wie die Kandidaten das Thema Migration angehen wollen SHZ, 06.02.2025 | Bahnstrecke Hamburg–Geesthacht: Vorplanung – was heißt das? Abendblatt, 06.02.2025 | Schwarzenbecks Umgehung: Verkehrsminister Madsen gibt zweiten Abschnitt frei LN, 06.02.2025 | Ortsumgehung nach 30 Jahren fertig – Minister süffisant Abendblatt, 06.02.2025 | Experten: Warum die derzeitige Politik das Klimaziel 2030 vermissen würde Iomazoma, 05.02.2025 | Expertenrat sieht Fortschritte in deutscher Klimapolitik BR, 05.02.2025 | Nina Scheer zum Zweijahresgutachten des Expertenrates für Klimaschutz: Investitionsanreize zur Energiewende und für nachhaltige Wirtschaft wie Wertschöpfung stärken SPD-SH, 05.02.2025 | Experten: Warum die aktuelle Politik das Klimaziel 2030 verfehlt Vorwärts, 05.02.2025 | Expertenrat für Klimafragen: Klimapolitik breiter denken pv-magazine, 05.02.2025 | EEG 2025 | : Bald umfassende Neuregelungen für Biogasanlagen solarserver, 04.02.2025 | Rot-Grün verpasst CO2-Chance: Kurz vor Schluss scheitert wichtiges Klimagesetz focus, 04.02.2025 | Nina Scheer zur Verabschiedung von fünf Energiegesetzen LOZ-news, 03.02.2025 | SPD: Ein schwarzer Tag für die Demokratie Herzogtum direkt, 31.01.2025 | Nina Scheer: CDU/CSU bereitet den Weg für Koalition mit der AfD LOZ-News, 30.01.2025 | So reagieren Politiker aus dem Herzogtum Lauenburg auf die CDU-Strategie LN, 30.01.2025 | Erfolgreicher Neujahrsempfang der SPD-Büchen Herzogtum Direkt, 30.01.2025 | So wollen CDU und Grüne in NRW 1.400 Windräder blockieren WDR, 30.01.2025 | Unionsantrag zur Migration: So haben die Bundestagsabgeordneten abgestimmt Tagesspiegel, 30.01.2025 | Nina Scheer begrüßt Planungsfortschritt bei der Bahnverbindung Hamburg-Geesthacht LOZ-News, 29.01.2025 | Bundestag rettet in letzter Minute alte Biogasanlagen – so reagiert Schleswig-Holstein SHZ, 27.01.2025 | „Jedes Jahr ein verlorenes Jahr“: CO2-Gesetz könnte noch diese Woche kommen E-Fahrer-Chip, 27.01.2025 | Gesprächsabend mit Jean Asselborn und Nina Scheer über Wege zum Frieden LOZ-News, 27.01.2025 | Deutschland bleiben nur noch wenige Tage für das CO2-Speichergesetz WirtschaftsWoche, 27.01.2025 | Freileitungs-Trasse gibt Grund zur Diskussion Herzogtum direkt, 26.01.2025 | Nachgeahkt zur Bundestagswahl 2025 | (mit Dr. Nina Scheer, MdB) Redispach, 23.01.2025 | Harmonisches Duell mit „flammenden“ Schlussplädyers: DGB-Debatte zur Bundestagswahl SHZ, 23.01.2025 | 3. Dargower Gespräch über den Ukraine-Krieg zog viele Besucher an Herzogtum Direkt, 23.01.2025 | Erfolgreicher Neujahrsempfang der SPD-Büchen: „Ein Jahr voller positiver Entwicklungen und gemeinsamer Erfolge“ LOZ News, 22.01.2025 | Parteien könnten CO2-Speicherung doch noch beschließen Handelsblatt, 22.01.2025 | Zwei Diskussionen, ein Thema: Die Gesundheitsversorgung im Ort Lauenburgische Landeszeitung, 22.01.2025 | KWK-Verlängerung geht noch über die Ziellinie Energate Messenger, 22.01.2025 | Tausende Euro vom Staat: Diese Personen sollen das jährliche Klimageld bekommen futurezone, 21.01.2025 | Sicherheitsbehörde BSI warnt vor geplantem Solarspitzen-Gesetz Tagesspiegel Background, 20.01.2025 | Union zweifelt Zustimmung zu „Solarspitzen-Gesetz“ an Regionalheute.de, 20.01.2025 | Union zögert bei Zustimmung zu Solarspitzen-Gesetz Hasepost.de, 20.01.2025 | Union zweifelt Zustimmung zu „Solarspitzen-Gesetz“ an MSN, 20.01.2025 | Wahlversprechen Klimageld: Wann kommt die Auszahlung? Bayrischer Rundfunk & Tagesschau.de, 18.01.2025 | Grüne und SPD möchten Sektorziele im Klimagesetz wieder einführen Tagesspiegel Background, 17.01.2025 | Solarrächer sind für Eigentümer lukrativ, für den Staat werden sie zum Problem SPIEGEL, 15.01.2025 | Verband schießt gegen Weidels Abrisspläne: Windräder „zu 18 Prozent subventionsfrei“ Berliner Zeitung, 14.01.2025 | Wahlkampf auf dem Rücken der Ukraine POLITICO, 14.01.2025 | SPD unterstützt Nordeuropas Push zur Senkung des Ölpreisdeckels Regionalheute.de, 13.01.2025 | Die SPD befürwortet die Forderung der nordischen und baltischen Staaten, den G7-Ölpreisdeckel auf 50 Dollar pro Barrel zu senken. Ad hoc News, 13.01.2025 | SPD unterstützt Senkung des G7-Ölpreisdeckels auf 50 Dollar Hasepost, 13.01.2025 | Bundestag: Bei welchen Energiegesetzen eine Einigung noch möglich ist Table Media, 13.01.2025 | Ratzeburg: Neujahrsempfang mit besonderer Ehrung Lübecker Nachrichten, 12.01.2025 | Bundestagswahl: Das müssen Sie im Herzogtum wissen Lübecker Nachrichten, 12.01.2025 | Brüsseler Kronjuwelen taz, 11.01.2025 | Nationaler Emissionshandel erzielt 13 Mrd. Euro Energate-Messenger, 07.01.2025 | Rekord bei CO2-Einnahmen – 18,5 Milliarden Euro für den Bund Handelsblatt, 07.01.2025 | Energiewende: Rekord bei CO2-Einnahmen – 18,5 Milliarden Euro für den Bund MSN, 07.01.2025 | Wer geht und wer bleibt mögliche Tagesspiegel Background, 07.01.2025 | Bundestagswahl: Wer setzt künftig Akzente in der Energiepolitik? Tagesspiegel Background, 07.01.2025 | Neujahrsempfang der SPD-Kreistagsfraktion Barteheide Aktuell, 04.01.2025 | SPD Fraktion Geesthacht: Investor für Geesthachts Krankenhaus gefunden – ein wichtiger erster Schritt! Herzogtum Direkt, 29.12.2024 | Klima? Nur noch ein Thema unter vielen SPIEGEL, 24.12.2024 | Stellungnahme zum Geesthacher Krankenhaus Herzogtum Direkt, 25.12.2024 | Keine Regeln für Windräder im HSK: Merz gibt SPD die Schuld Westfalenpost, 22.12.2024 | Krankenhaus Geesthacht: Freude über die Übernahme durch Investoren Lübecker Nachrichten, 21.12.2024 | Zukunft gesichert: Krankenhaus Geesthacht bleibt erhalten und wächst Herzogtum Direkt, 21.12.2024 | Krankenhaus & Geriatrie Geesthacht: Beide Gläubigerausschüsse sprechen sich für Investorenkonsortium aus LOZ News, 20.12.2024 | Bundestag beschließt Änderung der Gas-Speicherumlage Energie & Management, 20.12.2024 | Bundestag ändert Gas-Speicherumlage Energate-Messenger, 20.12.2024 | Krankenhaus-Rettung: Ein guter Tag für Stadt und Region Hamburger Abendblatt, 20.12.2024 | Friedrich Merz MdB: Bundesgesetzliche Regelung zur Windkraft nicht mehr in diesem Jahr WOLL-Magazin, 20.12.2024 | EEG/EnWG: SPD und Grüne bringen Energierichts-Novelle in den Bundestag Solarserver, 20.12.2024 | Zukunft des Krankenhauses Geesthacht: Linke und SPD fordern klares Handeln Herzogtum Direkt, 17.12.2024 | Neuwahlen: Was passiert im Klima- und Energieausschuss? Tagesspiegel Background, 16.12.2024 | Energiewendekosten: „Neue Regierung muss sich mit großen Energieversorgern anlegen“ Energate-Messenger, 13.12.2024 | „Ein fatales Signal“: Scharfe Kritik an Habecks Plänen zur Windkraft-Begrenzung Tagesspiegel Background, 12.12.2024 | Habecks Windkraft-Pläne stoßen auf Kritik regionalheute.de, 12.12.2024 | Habecks Windkraft-Pläne stoßen auf Kritik MSN, 12.12.2024 | Die Zukunft für bezahlbare Energie liegt bei den erneuerbaren Energien Handelsblatt Energiegipfel, 11.12.2024 | Opposition bietet Mehrheit für CO2-Speichergesetz Tagesspiegel Background, 09.12.2024 | Neumünster: Spitzenkandidat der Nord-SPD ist Tim Klüssendorf Tagesschau, 07.12.2024 | SPD stellt Landesliste zur Bundestagswahl auf NDR Schleswig-Holstein Magazin, 07.12.2024 | Nord-SPD stellt Klüssendorf als Spitzenkandidaten auf FAZ, 07.12.2024 | Klüssendorf als Spitzenkandidat der Nord-SPD gewählt SZ, 07.12.2024 | Bundestag wird kleiner: Für Abgeordnete aus Schleswig-Holstein wird es eng SHZ, 07.12.2024 | Klüssendorf als Spitzenkandidat der Nord-SPD gewählt Stern, 07.12.2024 | Klüssendorf als Spitzenkandidat der Nord-SPD gewählt SAT.1 Regional, 07.12.2024 | Abgeordnete drängen auf Zulassungspflichten für Produzenten Energate-Messenger, 06.12.2024 | Demonstration und klare Worte für mehr Transparenz im Klimaschutz top agrar, 05.12.2024 | Robert Habecks Pläne für die unterirdische CO2-Lagerung stehen vor dem Aus SHZ, 05.12.2024 | Beschluss des KWSG wird immer unwahrscheinlicher energate-messenger, 04.12.2024 | E&M Energiefunk der Podcast für die Energiewirtschaft Folge vom 03.12.2024 | Union bevorzugt nationale Verteilung der Einnahmen Tagesspiegel Background, 03.12.2024 | Ärger vor Bundestagswahl: SPD Schleswig-Holstein streitet über Kandidatenliste KN, 02.12.2024 | Initiative will Zulassungspflichten für Biokraftstoff-Anlagen energate-messenger, 02.12.2024 | Wer aus Schleswig-Holsteins SPD in den Bundestag kommt – und wer wohl nicht SHZ, 29.11.2024 | Für Glasfaser: Herzogtum Lauenburg bekommt fast 12 Millionen Euro vom Bund LN, 29.11.2024 | Dröge wirft SPD Versagen beim Wohnungsbau vor Report-K, 29.11.2024 | Nominiert: Diese Kandidatin soll der SPD in Stormarn die Bundestagswahl retten SHZ, 27.11.2024 | 11,8 Millionen Euro für Glasfasernetz im Kreis Herzogtum Lauenburg NDR, 26.11.2024 | Biokraftstoff-Branche droht Ministerium mit Milliardenklagen Handelsblatt, 26.11.2024 | SPD nominiert Nina Scheer als Bundestagskandidatin LOZ News, 25.11.2024 | Wahlkampf: SPD

nominiert Direktkandidatin für den Bundestag Lauenburgische Landeszeitung, 24.11.2024 | Heizungsgesetz als Königsmacher – eine Glosse energate-messenger, 22.11.2024 | Wer von Fernwärme künftig profitieren kann – und wer nicht Lauenburgische Landeszeitung, 21.11.2024 | „Geesthacher Krankenhaus muss bleiben!“ – Hoffnung für das Krankenhaus auf der Informationsveranstaltung LOZ NEWS | SPD uneinig über Heizungsgesetz energate-messenger, 21.11.2024 | Rettet das Krankenhaus: Hebamme spricht im Petitionsausschuss Lauenburgische Landeszeitung, 21.11.2024 | Auch der nächste Bundestag braucht Klimaschützerinnen und Klimaschützer Sonnenseite.com, 21.11.2024 | Wien drängt Berlin weiter auf Aus für Gasspeicherumlage EnergyNewsMagazine.at, 20.11.2024 | Perfekte Schiffstaufe für ein „technisches Meisterwerk“ Hamburger Abendblatt, 18.11.2024 | Bildergalerie von der Taufe es neuen Forschungsschiffs mit Wasserstoffantrieb: Die „Coriolis“ Lübecker Nachrichten, 18.11.2024 | Hilft das gegen Antisemitismus? Zeit, 14.11.2024 | EEG-Förderung: Was kommt 2025 | ff. auf uns zu? Solarserver, 14.11.2024 | Bezahlbarkeit der Energiewende auf vielen Wegen sichern energie&management, 14.11.2024 | Energiewende-Finanzierung: Staat oder Markt? energate-messenger, 14.11.2024 | „Ablenkung, für einen kurzen Augenblick“ monopol, 14.11.2024 | Termin für Neuwahl steht – Energiepolitik kaum im Fokus energate-messenger, 12.11.2024 | Opposition würde CO2-Speicherung mitbeschießen tagesspiegel, 11.11.2024 | Statements zur aktuellen bundespolitischen Lage Herzogtum direkt, 08.11.2024 | Ampel aus die Maus TAZ, 07.11.2024 | Nina Scheer (SPD): „Richtigerweise hat Olaf Scholz Christian Lindner nicht geschont“ LN, 07.11.2024 | Kritik an Antisemitismus-Resolution TAZ, 07.11.2024 | Das sagen Bundestagsabgeordnete aus SH zur neuen Lage SHZ, 07.11.2024 | BDH fordert Schub für Effizienzmaßnahmen verbändeerverband, 07.11.2024 | Elektromobile Kooperation im Ruhrgebiet oekonews_at, 07.11.2024 | BDH fordert Schub für Effizienzmaßnahmen sbz-online, 07.11.2024 | SPD Stormarn stellt sich hinter Olaf Scholz: Lindner-Rauswurf ein Zeichen von Konsequenz SHZ, 07.11.2024 | Droht jetzt ein Totalausfall der USA beim Klimaschutz? Handelsblatt, 07.11.2024 | Kritik an Antisemitismus-Resolution TAZ, 07.11.2024 | Scheer: Nach USA-Wahl: Deutschland und Europa müssen nun verstärkt den Fokus auf eine nachhaltige Wirtschaftswende, eine damit beschleunigte Energiewende und Völkerverständigung legen PV-Magazin, 06.11.2024 | Die Unterzeichner eines offenen Briefes beobachten die Kritik am Antrag »mit Irritation« Jüdische Allgemeine, 06.11.2024 | Resolution zum Schutz jüdischen Lebens: „Gut, dass wir ein Ergebnis haben“ Vorwärts, 06.11.2024 | Kritik an »Resolution zum Schutz jüdischen Lebens« Neues Deutschland, 06.11.2024 | Artenschutz – praktische Umsetzung das Problem? Radiointerview mit Nina Scheer, SPD Deutschlandfunk, 01.11.2024 | SPD wirft Union Planlosigkeit bei Klimaschutzpolitik vor Tagesspiegel Background, 22.10.2024 | Kernschmelze – Riskiert Deutschland seine industrielle Basis? phoenix, Unter den Linden, 21.10.2024 | Aus fürs Heizungsgesetz? SPD wirft Union Planlosigkeit vor Handelsblatt, 21.10.2024 | Aus fürs Heizungsgesetz? SPD wirft Union Planlosigkeit vor ntv, 21.10.2024 | Wie wichtig ist das Thema Klimaschutz noch? Tagesschau, 15.10.2024 | Importiert Deutschland „grünen“ Strom? MDR Aktuell, 10.10.2024 | Erfolgreicher Tag des Handwerks in Ratzeburg Herzogtum Direkt, 09.10.2024 | Johanniter-Krankenhaus: Schulzuweisungen nach Insolvenz Lauenburgische Landeszeitung, 08.10.2024 | AfD verbieten? Das sagen Abgeordnete aus Schleswig-Holstein SHZ, 01.10.2024 | AfD-Verbot? SPD-Abgeordnete Nina Scheer will Gesetzesänderung SHZ, 01.10.2024 | Nach Klinik-Insolvenz in Geesthacht: Zu lange Wege für Schwangere befürchtet Lübecker Nachrichten, 29.09.2024 | Sanierung des Bismarck-Museums Friedrichsruh ist gesichert Herzogtum-direkt.de, 26.09.2024 | Bundestagswahl 2025 | : Wer sind die Kandidaten im Wahlkreis 10 Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd? Lübecker Nachrichten, 25.09.2024 | Geesthacht: Krankenhaus hat Insolvenz angemeldet – das sagen Politik und Verbände SHZ, 25.09.2024 | Nina Scheer: Geestharter Krankenhaus erhalten Herzogtum Direkt, 25.09.2024 | Insolvenz des Geestharter Krankenhauses: Entsetzen und Sondersitzung in Kreis und Land LOZ News, 24.09.2024 | Stadt Ratzeburg und der DRV präsentieren neue Ruderakademie Ratzeburg Deutscher Ruderverband, 24.09.2024 | Daniel Günther besucht Ruderakademie in Ratzeburg Lübecker Nachrichten, 21.09.2024 | Grüngasquote wird wahrscheinlicher energate messenger, 20.09.2024 | CCUS-Förderung: Stahlindustrie schaut in die Röhre Tagesspiegel Background, 20.09.2024 | Was wird aus dem EEG? – Debatte um das Strommarktdesign Solarserver.de, 19.09.2024 | Schwarzenbek feiert die Demokratie Herzogtum direkt, 19.09.2024 | Steinmetz in Ratzeburg: 70 Prozent des Geschäfts sind Grabsteine Lübecker Nachrichten, 13.09.2024 | Wenn Politiker „Zuwendungen“ erhalten DIE RHEINPFALZ, 12.09.2024 | Erfolgsmodell ‘Partnerschaft für Demokratie’ – Wie geht es weiter? Stadt Ratzeburg, 12.09.2024 | CO₂-Verpressung startet: Deutschland bricht mit Grünen-Tabu FAZ, 11.09.2024 | Wasserstoffimporte bleiben laut Studie fraglich Tagesspiegel Background, 04.09.2024 | Nina Scheer fordert Offensive für heimische erneuerbare Wasserstoffproduktion sonnenseite.de, 04.09.2024 | Mehr grüner Wasserstoff made in Germany nötig Energie & Management, 03.09.2024 | SPD und Klimaschutz: Gelübde in Berlin, Gasbohrungen vor Borkum nd-aktuell, 03.09.2024 | „Enttäuschen Sie uns nicht“: Juso-Chef Türmer und Luisa Neubauer fordern von SPD Bohrstop vor Borkum Tagesspiegel, 03.09.2024 | Pfleger am Limit: SPD wagt neuen Vorstoß gegen streunende Katzen Lauenburgische Landeszeitung, 02.09.2024 | Burgtheater Ratzeburg erhält Bundesförderung für Jugendprojekt Herzogtum Direkt, 02.09.2024 | Warum Nina Scheer (SPD) für Verhandlungen mit Russland ist Lauenburgische Landeszeitung, 31.08.2024 | Kraftwerksstrategie fehlt noch die Etatreihe energate messenger, 30.08.2024 | 75 Jahre Grundgesetz: Eine Woche voller Veranstaltungen Lauenburgische Landeszeitung, 29.08.2024 | Interview mit Nina Scheer, SPD-Bundestagsfraktion: „Ausschreibungen Anfang 2025 | nicht in Frage stellen“ energate messenger, 28.08.2024 | Frauen Frühstück: Vernetzung und Dialog engagierter Frauen Herzogtum Direkt, 27.08.2024 | Politische Debatte um frühes Ende des EEG Solarserver, 22.08.2024 | Nina Scheer verurteilt Gefährdungshandlungen rund um Atomkraftwerke Herzogtum direkt, 19.08.2024 | Nina Scheer verurteilt Gefährdungshandlungen rund um Atomkraftwerke SPD-Bundestagsfraktion, 18.08.2024 | Konkurrenz zieht zurück: Weg in Richtung Bundestag ist frei Hamburger Abendblatt, 17.08.2024 | Präsident des Bundesrechnungshofs verteidigt Schuldenbremse swr, 16.08.2024 | Gasbohrungen vor Borkum: Eine Insel kämpft um ihr Idyll Tagesspiegel, 18.08.2024 | Widerstand gegen Gasbohrung vor Borkum – auch in der Regierung web.de, 15.08.2024 | Gasförderung vor Borkum: SPD-Fraktion kritisch SPD-Bundestagsfraktion, 15.08.2024 | Bund muss über Gasförderung vor Borkum entscheiden ZFK, 14.08.2024 | Die Bundesregierung muss sich vor Borkum über die Gasproduktion entscheiden. Aussiedlerbote, 14.08.2024 | Bund muss über Gasförderung vor Borkum entscheiden Sat1, 14.08.2024 | Bund muss über Gasförderung vor Borkum entscheiden Süddeutsche Zeitung, 14.08.2024 | Nina Scheer: Bundesprogramm Demokratie leben! ruft zu Interessensbekundung auf Bargteheide aktuell, 11.08.2024 | Nina Scheer: Region profitiert erneut von KfW-Förderungen für mehr Energieeffizienz und Erneuerbare Energien Bargteheide aktuell, 10.08.2024 | Mehr als 11.000 Anträge in drei Tagen – Ansturm auf Fördermittel legt Website lahm Welt, 09.08.2024 | Dr. Nina Scheer besucht Verpackungsunternehmen Superseven in Wentorf bei Hamburg LOZ-News, 09.08.2024 | Habeck legt sich mit Hausbesitzern an – und erzürnt die SPD Spiegel, 07.08.2024 | Strommarktdesign steht vor entscheidenden Diskussionen energate-messenger, 05.08.2024 | Regierung will Flexibilität fördern Erneuerbare Energien, 04.08.2024 | Erneuerbare Energie im Strommarkt SPD-Bundestagsfraktion, 02.08.2024 | Wirtschaftsministerium legt Optionen für Strommarktdesign vor Finanznachrichten, 02.08.2024 | Entwurf zur Reform des Stromsystems vorgelegt Energie & Management, 02.08.2024 | 98 Prozent Wahlbeteiligung: Das gibt es nur in der Kinderstadt Tillhausen SHZ, 01.08.2024 | Nina Scheer lobt Demokratieförderung durch Stadtspiel „Tillhausen“ Herzogtum Direkt, 01.08.2024 | Eine epochale Wende – Die Energiewende ist eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte Fraktion intern, S. 22, Juli 2024 | ; ungekürzte Version: <https://www.spdfaktion.de/themen/epochale-wende> | Druck auf Reform der Erneuerbaren-Förderung wächst energate messenger (Abo), 23.07.2024 | Musik, Satire und Grusel: Schwarzenbek feiert die Demokratie Abendblatt, 23.07.2024 | Nina Scheer lädt ein zum Gespräch am 19.07.2024 | , 12.30 Uhr Ahrensburgportal, 19.07.2024 | SPD-Bundestagsfraktion mit Dialogtourbus vor Ort Bargteheide aktuell, 17.07.2024 | Nina Scheer gratuliert TSV Schwarzenbek zum 125-jährigen Jubiläum LOZ News, 17.07.2024 | 125 Jahre TSV Schwarzenbek: Ein Fest für die ganze Familie LOZ News, 16.07.2024 | SPD-Bundestagsfraktion mit Dialogtourbus in Ratzeburg Herzogtum direkt, 16.07.2024 | Investitionsförderung statt EEG-Vergütung: Ampel will Fördersystem ändern Computer-Bild, 11.07.2024 | „Staffellauf der Vielfalt“ bringt viele Menschen rund um den Ratzeburger See zusammen ÖOZ-News, 11.07.2024 | Viele Teilnehmende beim Staffellauf der Vielfalt“ um den Ratzeburger See Herzogtum Direkt, 11.07.2024 | Deutschland reformiert Finanzierung erneuerbarer Energien Euroaktiv, 09.07.2024 | Tschentscher: „Die Lokalredakteure sind die Experten vor Ort“ Abendblatt, 06.07.2024 | Die Bergedorfer Zeitung feiert Geburtstag: Bilder vom Festakt Abendblatt, 06.07.2024 | Ampel will Förderung von Solar- oder Windenergie komplett umkrempeln Handelsblatt, 05.07.2024 | Neue Nutzen-statt-Abregeln-Regelung: „Das ist nicht gesetzeskonform“ ZfK, 04.07.2024 | Bundestag beschließt Erleichterungen für Balkon-PV ZfK, 04.07.2024 | Union warnt vor Bürokratie durch striktere Energieeffizienz-Vorgaben tagesspiegel background, 04.07.2024 | Offshore-Ausbau nachhaltig gestalten SPD-Bundestagsfraktion, 25.06.2024 | Tobias Goldschmidt will Robert Habeck beim unterirdischen Lagern von CO2 bremsen SHZ, 23.06.2024 | Feier zur Einweihung des Windparks

Hamwarde mit zahlreichen Gästen Windkraft-Journal, 22.06.2024 | **Förderung mit dem Startchancenprogramm: PerspektivSchule Kurs 2034** Herzogtum Direkt, 19.06.2024 | **4. Jahreskonferenz der Marktoffensive Erneuerbare Energien** DENA, 18.06.2024 | **Für Chancengleichheit: Schulen erhalten 30 Millionen Euro** Hamburger Abendblatt, 18.06.2024 | **Bundestag debattiert über Unionsantrag auf Atom-Untersuchungsausschuss** Tagesspiegel background, 17.06.2024 | **Fachgruppe Gemüsebau im Austausch zur Energiegesetzgebung** Fruchtportal, 17.06.2024 | **Erstmals seit 70 Jahren fahren wieder Züge nach Geesthacht** Hamburger Abendblatt, 16.06.2024 | **Nina Scheer: Bahnverbindung Geesthacht – Hamburg unverzichtbar** SPD-SH, 16.06.2024 | **Zwischen Geesthacht und Hamburg fahren zwei Tage lang wieder Züge** LN, 15.06.2024 | **Gegenseitige Vorwürfe zu geplantem U-Ausschuss Atomausstieg** Börse Frankfurt, 14.06.2024 | **Grüne: In Atom-U-Ausschuss auch Nord Stream 2 aufarbeiten** Rheinpfalz, 14.06.2024 | „**Müssen annehmen, dass es Fehlverhalten gab, namentlich bei Habeck und Lemke**“ Welt, 14.06.2024 | «**Minister Habeck, legen Sie die Wahrheit auf den Tisch!**» CDU und CSU wollen in einem Untersuchungsausschuss die Umstände des Atomausstiegs klären NZZ, 14.06.2024 | **Bundestag streitet über Versäumnisse in der Klimapolitik** tagesspiegel background (Abo), 07.06.2024 | **Bundestag streitet über richtigen Kurs in der Klimapolitik** Bundestag, 06.06.2024 | **Union: Ampel-Regierung beim Klimaschutz nicht konsequent** evangelisch, 06.06.2024 | **Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft (BNW)** tagesspiegel background (Abo), 06.06.2024 | **Ausschuss um Ausschuss, Zahn um Zahn** Spiegel (Abo), 06.06.2024 | **Untersuchungsausschuss zu Nord Stream 2?** »**Halte ich für sehr unwahrscheinlich**« Spiegel, 05.06.2024 | **Nina Scheer: Gratulation an die Schule am Steinatal zur Auszeichnung „Verbraucherschule 2024“** | „**SPD Herzogtum-Lauenburg**, 03.06.2024 | **Jetzt werden Rufe nach Enteignung und neuen Pflichten für Immobilienbesitzer laut** Welt, 03.06.2024 | **SPD lädt in Schwarzenbek zum Gespräch: „Europa für Dich“** Herzogtum direkt, 04.06.2024 | **SPD Barsbüttel** organisiert ein Open-Air Event zur Europawahl mit der Stormarner Band Noa Lone und DJ Dyon Bargteheide aktuell, 02.06.2024 | **Band Noa Lone gibt Konzert vor Rathaus in Barsbüttel** Abendblatt (Abo), 02.06.2024 | **Habecks CO₂-Politik verärgert SPD und Grüne** Klimareporter, 01.06.2024 | **Ärger bei SPD und Grünen über Habecks neue CO₂-Politik** FAZ, 30.05.2024 | **Bundesregierung beschließt unterirdische CO₂-Speicherung** Deutschlandfunk, 30.05.2024 | **Rückkehr zu „Monstertrassen“? Was in Schleswig-Holstein droht** SHZ (Abo), 29.05.2024 | **Regierung billigt CO₂-Deponien und beschleunigt Wasserstoff-Hochlauf** onvista, 29.05.2024 | **ZVG und BfG: Austausch zur Energiegesetzgebung mit der SPD** gabot, 28.05.2024 | **Fachtag gegen Rassismus in Reinbek: Welche Themen heiß diskutiert wurden** shz (Abo), 27.05.2024 | **Netzausbau: SPD-Fraktion hält an Vorrang für Erdverkabelung fest** regional heute, 23.05.2024 | **SPD kritisiert Unions Forderung nach Freileitungs-Vorrang** hasepost, 23.05.2024 | **Netzausbau: SPD-Fraktion hält an Vorrang für Erdverkabelung fest** tixio, 23.05.2024 | **Wie Habeck die Nachfrage nach grünem Stahl ankurbeln will** Rheinische Post, 22.05.2024 | **Feiern zum 75. Jubiläum der Verabschiedung des Grundgesetzes in Bonn und Berlin** Coolis, 24.05.2024 | **SPD will bei „grünen Leitmärkten“ Vorrang für CO₂-Vermeidung** Ulm-TV, 22.05.2024 | **Grüner Kraftwerksgipfel fand in Berlin statt – Ergebnis: Es gibt Alternativen zum Ausbau der Gaskraftwerke** Windmesse, 22.05.2024 | **Benutzte die FDP einen Werbegag als Argument gegen eine Förderung der Solarindustrie?** mdr, 22.05.2024 | **Rassismus im Alltag: So ist er zu erkennen und zu bekämpfen** Abendblatt (Abo), 22.05.2024 | **SPD lädt ein zur Diskussionsrunde „Europa für Dich!“** Herzogtum direkt, 20.05.2024 | **Der Grüne Kraftwerksgipfel fand gestern in Berlin am Brandenburger Tor statt** windkraftjournal, 18.05.2024 | **SPD lädt ein zur Diskussionsrunde „Europa für Dich!“** LOZ-News, 16.05.2024 | **Nina Scheer: Aufruf zur Bewerbung für den Deutschen Buchhandlungspreis** SPD SH, 13.05.2024 | **Geesthachter SPD wählt neuen Vorstand** LOZ-News, 12.05.2024 | **Geesthachter SPD Vorstand neu gewählt!** Herzogtum direkt, 11.05.2024 | **Solarpaket: Neue Einspeisevergütung für Photovoltaik-Anlagen** solarserver, 10.05.2024 | **SPD Kreisverband Herzogtum Lauenburg lädt zum Frühlingsgespräch** LOZ-News, 08.05.2024 | **Anhörung zu Zukunftsperspektiven für Bioenergie** Deutscher Bundestag, 09.05.2024 | **Ampel verpasst rechtzeitige Hilfe für Solarindustrie** solarserver, 03.05.2024 | **Solarwatt beendet Modul-Produktion in Dresden** mdr, 29.04.2024 | **Willy Brandt als Vorbild: Klaus Riedel bekommt höchste Auszeichnung der SPD** zw, 29.04.2024 | **Solarpaket endgültig verabschiedet** Tagesschau, 26.04.2024 | „**Nicht jeder Vermerk ist geeignet, eine politische Entscheidung vorherzubestimmen**“ Welt (Interview), 26.04.2024 | **Solarpaket besteht abschließende Debatte im Bundestag** energie Zukunft, 26.04.2024 | **Bundestag beschließt Paket zur Solarförderung** Handelsblatt, 26.04.2024 | **US-Hilfen für die Ukraine phoenix runde: US-Hilfen für die Ukraine – Muss Deutschland nachlegen?** ard-Mediathek (Video), 24.04.2024 | **Freiwilliges Jahr Beteiligung** fi-Beteiligung, 23.04.2024 | **Politik will Betrug mit Biosprit ein Ende setzen** Handelsblatt, 23.04.2024 | **Wird der Süden beim Wasserstoff abgehängt?** Augsburger Allgemeine, 19.04.2024 | **Freileitungen statt Erdkabel?** Nordwestzeitung (Abo), 19.04.2024 | **Grüngasquote und „Zukunftsfonds“ sollen Hochlauf bringen** energate messenger (Abo), 18.04.2024 | **Nina Scheer lädt ein – zum Gesprächsabend „Wärmewende ermöglichen“ am 18.04.2024 | , 19.30 Uhr** Ahrensburgportal, 18.04.2024 | **SPD-Bundestagsabgeordnete Nina Scheer ruft zur Interessensbekundung für Berlinfahrten auf** LOZ-News, 15.04.2024 | **Bundestag beschließt Finanzierungsrahmen zum Wasserstoffkernnetz** SPD Bundestagsfraktion, 12.04.2024 | **Menschen mit Behinderung: Wir wollen von unserer Arbeit leben können** LN (Abo), 12.04.2024 | **Wissing-Brief zu Fahrverbot löst neuen Ampel-Streit aus** Finanzen.net, 12.04.2024 | **Nina Scheer lädt ein – zum Gesprächsabend „Wärmewende ermöglichen“ am 18.04.2024 |** Ahrensburg-portal, 11.04.2024 | „**Das kann ich nur als Konzeptlosigkeit in der Energiepolitik zusammenfassen**“ Welt, 10.04.2024 | **Langfristige Förderung für Stiftung Umweltennergerecht** SPD-Fraktion, 10.04.2024 | **Klimaschutz ist ein Menschenrecht** SPD-Fraktion, 09.04.2024 | **Ampel-Parteien einigen sich auf Finanzierung für Wasserstoffkernnetz** pv-magazine, 08.04.2024 | **Ampel einigt sich auf Finanzierung des H2-Kernnetzes** Tagesspiegel Background (Abo), 08.04.2024 | **Ampel einig: Wasserstoff-Kernnetz soll bis 2037 stehen – 2032 war geplant** Heise, 07.04.2024 | **Ampel-Einigung stellt wichtige Weichen für Wasserstoff-Kernnetz** SPD-Bundestagsfraktion, 06.04.2024 | **Ampel einigt sich auf milliardenschwere Finanzierung des Wasserstoff-Netzes** Wirtschaftswoche, 05.04.2024 | **Einigung zu Wasserstoffnetz erzielt** energie&management (Abo), 05.04.2024 | **Ampel einigt sich beim Wasserstoff-Kernnetz** energate messenger (Abo), 05.04.2024 | **Gesprächsabend im Krügerschen Haus zu „Frieden und Europa“ auf Einladung der SPD** LOZ-News, 02.04.2024 | **Unmut in SPD-Fraktion wegen ausbleibender Staatshilfen für Solarbranche** onvista, 28.03.2024 | **SPD Breitenfelde: Verdienstmedaille der SPD Schleswig-Holstein für Gunar Schlage** Herzogtum direkt, 27.03.2024 | **Viele Fragen offen bei Habecks Amortisationskonto** tagesspiegel background, 22.03.2024 | **SPD warnt vor Markt für CCS** energate messenger, 21.03.2024 | **Habeck will Netzkosten über längere Zeit strecken** Energie und Management, 21.03.2024 | **Starkstrom-Transport: Betreiber will weg von Erdkabelzwang** HNA, 21.03.2024 | **Habecks Plan zur Gasnetz-Schrumpfung: Widerstand der Koalitionspartner regt sich** Frankfurter Rundschau, 20.03.2024 | **SPD warnt vor voreiligem Rückbau der Gasnetze** marketsreener, 19.03.2024 | **FDP und SPD strikt gegen Habecks Gasnetz-Schrumpfung** ntv, 19.03.2024 | **Wann der Netzbetreiber das Gas abklemmen darf** Rheinische Post (Abo), 19.03.2024 | **Erfolgreiche Jahrestagung „Powerevent 2024 | : Solarexperten setzen Impulse für die Energiewende** PV-Magazin, 18.03.2024 | **Schlagabtausch zur Energiepolitik der Bundesregierung** Bundestag, 14.03.2024 | „**Keine Killerturbinen an der Elbe**“ BILD, 13.03.2024 | **Diskussionsveranstaltung zum EU-Projekttag** slg-ahrensburg, 12.03.2024 | **Streit um Fördergelder: Gibt es noch Staatshilfen für die Solarbranche?** mdr (Video), 12.03.2023 | **Bewegende Trauerfeier für Samuel Walter Bauer** Lauenburgische Landesleitung, 08.03.2024 | **Bundestagswahl 2025 | : Wer aus Schleswig-Holstein hört auf, wer macht weiter?** SHZ (Abo), 08.03.2024 | **Da will jemand kein Geld vom Staat** Zeit, 05.03.2024 | **Nina Scheer lädt ein zur Bürgersprechstunde in Ahrensburg** ahrensburgportal, 04.03.2024 | **Kreise Stormarn und Herzogtum Lauenburg profitieren von Bundesförderung** Herzogtum direkt, 03.03.2024 | **Wie die neue Förderung für den Heizungstausch funktioniert** Rheinische Post, 02.03.2024 | **Nachruf: Trauer um Kommunalpolitiker Samuel Walter Bauer** Herzogtum direkt, 02.03.2024 | **Jan Philipp Reemtsma hält bewegende Rede für den Frieden** Hamburger Abendblatt (Abo), 01.03.2024 | **Abhängigkeit bei Solar von China darf nicht noch größer werden** SPD Bundestagsfraktion, 29.02.2024 | **Solar- und Windbranche einsilbig zu CO₂-Abscheidung und -Speicherung** Solarserver (Abo), 29.02.2024 | **Was Deutschlands Kohlendioxid-Endlager-Pläne bedeuten** Deutschlandfunk, 28.02.2024 | **SPD erteilt Habecks Plan zur CO₂-Speicherung eine Absage** Handelsblatt, 28.02.2024 | **Ein kleines Detail in Habecks neuem CO₂-Plan sorgt für Ärger** Focus online, 28.02.2024 | **CO₂ unter der Nordsee: Habecks Klimaschutzplan stößt auf Widerstand** Merkur, 27.02.2024 | **Kritik an Habecks Plänen zur CO₂-Speicherung auf See** Süddeutsche Zeitung, 27.02.2024 | **Kritik an Habecks Plänen zur CO₂-Speicherung – auch von den Grünen** FR, 27.02.2024 | **SPD-Fraktion kritisiert Habecks CCS-Gesetzentwurf** Regionalheute, 26.02.2024 | **Habecks Pläne zur CO₂-Speicherung stoßen in der Ampel auf Widerstand** Spiegel, 26.02.2024 | **Koalition will CO₂-Speicherung erlauben** Süddeutsche Zeitung (Abo), 26.02.2024 | **Zement als Türöffner fürs CO₂-Speichern** Klimareporter, 26.02.2024 | **Schwarzenbeker stehen auf für die Demokratie – AfD schaut zu** Hamburger Abendblatt (Abo), 25.02.2024 | **600 Menschen gehen in Schwarzenbek gegen Rechtsextremismus auf die Straße** LN (Abo), 25.02.2024 | **Bund gibt 300 Millionen für die Energiewende** Hamburger Abendblatt

(Abo), 24.02.2024 | Trittau, Reinbek und Co.: Hier sind am Wochenende wieder Demos gegen Rechts geplant SHZ (Abo), 22.02.2024 | Frist zur Einreichung von Projekten für neues Denkmalschutz-Sonderprogramm läuft Bargtheideaktuell, 21.02.2024 | Bundestag wird „Solarpaket 1“ fröhlestens im März verabschieden pv-magazine, 21.02.2024 | Hilfe für die Solarbranche rückt in weite Ferne – Unternehmen in Gefahr Handelsblatt (Abo), 21.02.2024 | Kampf gegen Untergang – nächster deutsche Solarmodul-Produzent drosselt Produktion blackout-news, 21.02.2024 | Hartnäckigkeit zahlt sich aus – Erstes positives Signal für Wasserkraftanlage an der Staustufe Geesthacht LOZ, 20.02.2024 | Ampelkoalition spricht sich gegen Freileitungen aus Welt, 20.02.2024 | Neue Chance für Wasserkraftwerk an der Elbe bei Geesthacht Lauenburgische Landesleitung (Abo), 20.02.2024 | Run auf Öl- und Gasheizungen – SPD vermutet „panikartige Käufe“ Welt (Abo), 20.02.2024 | Schwarzenbek steht auf – Für Demokratie und Menschlichkeit Herzogtum direkt, 19.02.2024 | Ganz spontan: Schwarzenbeker gründen Bündnis gegen rechts Hamburger Abendblatt (Abo), 17.02.2024 | Sparkassen, Stadtwerke, Energieversorger: AfD ist mit Abgeordneten in vielen Kontrollgremien vertreten Stern, 15.02.2024 | AfD bundesweit in Aufsichts- und Verwaltungsräten von Sparkassen und kommunalen Unternehmen vertreten ntv, 15.02.2024 | Neue Debatte um EEG-Vergütungen solarserver (Abo), 15.02.2024 | SPD drängt auf generelle Reform der Schuldenbremse regional heute, 14.02.2024 | Wie kann Fernwärme für Kunden attraktiver werden? Handelsblatt, 13.02.2024 | “WIR BRAUCHEN EIN SONDERVERMÖGEN FÜR KLIMASCHUTZ UND TRANSFORMATION” energate-messenger, 12.02.2024 | Debatte um Resilienzboni für Solar intensiviert sich energate-messenger (Abo), 12.02.2024 | Rassismusvorwürfe gegen Möllner Polizisten bewegen Politik und Bürger LN-Online (Abo), 12.02.2024 | Wie die EU ihre Klimaziele erreichen und dafür die Wirtschaft umbauen will Deutschlandfunk, 10.02.2024 | SPD-Klimaexpertin Scheer: „Die Energiepreise müssen runter.“ Vorwärts, 09.02.2024 | Nachhaltige Lösungen zur Klimavorsorge gesucht Herzogtum Direkt, 07.02.2024 | Nina Scheer im Gespräch mit Maria Grunwald Deutschlandfunk, 07.02.2024 | SPD-Politiker Scheer: „Nutzung erneuerbarer Energiequellen muss im Zentrum stehen“ Interview Audio Deutschlandfunk, 07.02.2024 | Bundesregierung einigt sich auf Kraftwerksstrategie SZ (Abo), 05.02.2024 | Regierung einigt sich auf Förderstrategie für Kraftwerke Finanzen.net, 05.02.2024 | Deutschland will 20 neue Gaskraftwerke bauen Rheinische Post (Abo), 05.02.2024 | Fernwärme-Kostenschreck SPIEGEL (Abo), 2.02.2024 | Da klapft schon das nächste Finanzloch ZEIT Online, 31.01.2024 | Demonstration in Mölln setzt starkes Zeichen für Demokratie und Vielfalt Loz-news.de, 31.01.2024 | Dassendorf Neujahrsempfang 28.01.2024 | Südkreis Herzogtum-Lauenburg, 29.01.2024 | Demonstration in Mölln setzt starkes Zeichen für Demokratie und Vielfalt Herzogtum-direkt.de, 29. Januar 2024 | Demokratie und Toleranz: Parteiübergreifendes Bündnis demonstriert gegen Rechtsextremismus Herzogtum-direkt.de, 26.01.2024 | Wärmeplanung Eckernförde: Das müssen Sie wissen KN-online (Abo), 24.01.2024 | Es wird eng für die Wärmeplanung in Eckernförde SHZ (Abo), 24.01.2024 | Nina Scheer ruft zur Teilnahme am Girls' Day 2024 | auf Herzogtum Direkt, 24.01.2024 | Fragen an Politik und Experten – Fernwärme oder Heizungstausch? Das wollen Bürger aus der Region Eckernförde wissen HZ, 24.01.2024 | Nie wieder ist JETZT – Demonstration in Mölln Herzogtum-direkt.de, 24.01.2024 | Fernwärme oder Heizungstausch? Das wollen Bürger aus der Region Eckernförde wissen SHZ (Abo), 24.01.2024 | Globaler Appell: 500 Parlamentarier für Waffenstillstand in Nahost Lokalkompass.de, 24.01.2024 | Die Solarindustrie schlägt Alarm Süddeutsche Zeitung (Abo), 23.01.2024 | Solarhersteller Meyer Burger will Werk in Sachsen schließen – FDP gegen Subventionen RND.de, 17.01.2024 | SPD und Grüne kritisieren Lindner: War es das jetzt mit dem Klimageld? Tagesspiegel (Abo), 15.01.2024 | Klare Lindner-Ansage: Kein Klimageld in dieser Wahlperiode Wirtschaftswoche, 14.01.2024 | Klare Lindner-Ansage: Kein Klimageld in dieser Wahlperiode Stimme, 14.01.2024 | Ausgleich für CO2-Preis: Warum es ein Klimageld braucht – das allein aber nicht reicht web.de/gmx, 13.01.2024 | Verständnis für Proteste, aber auch Bereitschaft zum Dialog – Stimmen aus der Politik zur Aktionswoche Markt Ratzeburg/Mölln, 13.01.2024 | Jetzt kommt die große Kehrtwende der Umweltverbände bei der CO2-Speicherung WELT.de, 12.01.2024 | Appell zu Waffenruhe von Abgeordneten aus 28 Ländern Rheinische Post online, 11.01.2024 | Internationale Rufe nach Waffenruhe taz, 11.01.2024 | Unions- und Ampelfraktionen unterstützen CCS-Technologie für Restmissionen Hasepost, 10.01.2024 | Comeback der AKN: 2024 fährt wieder ein Zug nach Geesthacht Lauenburgische Landeszeitung, 29.12.2023 | Grüne und SPD drängen beim Klimageld www.sueddeutsche.de, 28.12.2023 | Weihnachtsgrüße Markt Glinde, 23.12.2023 | Ampelpolitiker drängen auf Änderungen im Haushalt regionalheute.de, 22.12.2023 | Energiepreisbremse weg – wie weiter? TransparenzTV (Video), 19.12.2023 | Bundestag verabschiedet „Windbeutel“ statt „Solarpaket“ www.pv-magazine.de, 15.12.2023 | SPD diskutiert über Recht auf selbstbestimmtes Sterben Herzogtum direkt, 13.12.2023 | Nina Scheer: Mit Bundesmitteln Krankentransportwagen für Wentorf und Mölln LOZ News, 13.12.2023 | SPD diskutiert in Mölln über Recht auf selbstbestimmtes Sterben LOZ News, 12.12.2023 | Solarpaket wird aufgeteilt Energiate, 11.12.2023 | Geesthachterin Nina Scheer zur einflussreichsten Abgeordneten im Bundestag gekürt Lübecker Nachrichten, 07.12.2023 | SPD-Klima-Gerecht appelliert an den SPD-Bundesparteitag: Wir brauchen eine sozial gerechte Klimapolitik Leipziger Zeitung, 02.12.2023 | SPD sieht Klima-Urteil als Bestätigung für Überarbeitung der Schuldenbremse Hase Post, 01.12.2023 | Scheer will nach Klima-Urteil neues Sondervermögen regionalHeute, 01.12.2023 | Deutsche Solarindustrie: Bedrohung durch chinesische Dumpingpreise Hase Post, 29.11.2023 | Deutsche Solarunternehmen wollen Subventionen regionalHeute, 29.11.2023 | Energiewende durch Erneuerbare Energien sichern SPD-Fraktion, 28.11.2023 | Ein Szenario ist es, die Fertigung in die USA zu verlagern? SZ (Abo), 26.11.2023 | Interview Nina Scheer, Obfrau SPD Klimaausschuss, zu Energiepreisbremse Deutschlandfunk (Audio), 25.11.2023 | Nina Scheer: Bund gibt 30 Millionen Euro für neue Sirenenförderung frei Herzogtum direkt, 25.11.2023 | Nina Scheer: Bund gibt 30 Millionen Euro für neue Sirenenförderung frei LOZ News, 22.11.2023 | Domhalbinsel Ratzeburg: Jetzt beginne die Arbeiten Lübecker Nachrichten (Abo), 20.11.2023 | Nina Scheer: Föderaufsprüfung für kleine und mittlere Musikfestivals LOZ News, 20.11.2023 | Windräder sollen seltener zwangsabgeschaltet werden LN, 20.11.2023 | Ampel-Milliardenloch noch tiefer? FDP will Sozialkürzungen Hamburger Abendblatt, 19.11.2023 | Scheer: Ausbau Erneuerbarer statt Fokus auf Emissionshandel erneuerbareenergien.(de), 16.11.2023 | Gesprächsabend zur Wärmewende im Burgtheater Herzogtum direkt, 16.11.2023 | Klimaappell zum Parteitag: Was Klimaaktivist*innen von der SPD fordern vorwärts, 14.11.2023 | Bundestag stimmt für Wasserstoffausbau, Reform des Energiewirtschaftsrechts FinanzNachrichten, 10.11.2023 | Bundestag beschließt Reform des Energiewirtschaftsgesetzes energate Messenger, 10.11.2023 | Breites Bündnis aus Partei und Gesellschaft veröffentlicht Klima-Appell an die SPD Presseportal, 10.11.2023 | Krankenhausreform: Nina Scheer begrüßt Gesundheitsminister Karl Lauterbach in Reinbek und Geesthacht LOZ, 07.11.2023 | Kleine und große Häuser sollen profitieren kma online, 03.11.2023 | Was Lauterbachs Krankenhausreform für kleine Häuser bedeutet Lauenburgische Landeszeitung, 03.11.2023 | Gesundheitsminister Karl Lauterbach lobt Klinik in Geesthacht Lübecker Nachrichten, 02.11.2023 | Krankenhausreform: Wie Gesundheitsminister Lauterbach über die Klinik in Reinbek denkt | sh:z (Abo), 02.11.2023 | Kliniken in Geesthacht und Reinbek: Lauterbach fällt Urteil Lauenburgische Landeszeitung (Abo), 02.11.2023 | Lauterbach kommt: Schicksalsschlag für Kliniken in der Region? Lauenburgische Landeszeitung, 01.11.2023 | FDP will Koalitionsvertrag verfeuern taz, 01.11.2023 | Diskussion über Krankenhausreform: Karl Lauterbach kommt nach Geesthacht Lübecker Nachrichten, 27.10.2023 | Bundesverwaltungsgericht verhandelt über Erwerb von Suizid-Mittel MDR, 26.10.2023 | RTL Direkt, Energiepreisbremsen RTL Direkt (Video), 24.10.2023 | Die Stadt- und Schulbücherei Lauenburg erhält heute die Auszeichnung „Bibliothek des Jahres in kleinen Kommunen und Regionen 2023“ LOZ, 20.10.2023 | Energiesparbonus der N-Ergie ein Erfolg Energie & Management (Abo), 20.10.2023 | Krankenhaus-Reform: Qualität und Erreichbarkeit sichern Herzogtum Direkt, 17.10.2023 | Abgeordnetengruppe für liberales Suizidhilfegesetz nimmt Arbeit wieder auf Ärztezeitung (Abo), 17.10.2023 | Neuer Vorstand der SPD im Herzogtum Lauenburg Herzogtum Direkt, 17.10.2023 | „Krankenhaus-Reform – Qualität und Erreichbarkeit sichern“ LOZ, 16.10.2023 | Karl Lauterbach spricht über Krankenhausreform in Geesthacht Lauenburgische Landeszeitung, 14.10.2023 | Auszubildende des SHK-Handwerks treffen Bundestagsabgeordnete Dr. Nina Scheer BS Ahrensburg, 09.10.2023 | Politikerkarrieren in zweiter Generation: Wenn der Vater mit der Tochter rnd, 03.10.2023 | Tag des Handwerks in Ratzeburg Herzogtum direkt, 02.10.2023 | Reinbekener Kirche bekommt 850.000 Euro vom Bund Hamburger Abendblatt, 28.09.2023 | Erweiterter Fraktionsvorstand gewählt SPD-Fraktion im Bundestag, 26.09.2023 | Arbeitsgruppen: Sprecherinnen und Sprecher gewählt SPD-Fraktion im Bundestag, 26.09.2023 | Nina Scheer: Aufruf zur Teilnahme am Wettbewerb Verbraucherschule LOZ-News, 25.09.2023 | German analyst to ERR: the industry's energy subsidy would not be fair to others Eesti Rahvusringhääling (ERR, estnischer öffentlicher Rundfunk), 22.09.2023 | Neuaufstellung der SPD Stormarn Bargteheideaktuell, 18.09.2023 | SPD in Stormarn wählt auf Parteitag neue Doppelpitze Hamburger Abendblatt (Abo), 18.09.2023 |









A professional portrait of Dr. Anja Scheuer, a woman with short blue hair and glasses, wearing a dark blazer over a patterned top. She is smiling slightly. The background is a solid red color.

A black and white portrait of Dr. Nina Scheer, a woman with long dark hair and glasses, wearing a dark blazer over a light-colored top. She is smiling at the camera. To her right is a large blue SPD logo. Below the portrait is the text "SICHERHEIT, BEZAHLBARKEIT, KLIMASCHUTZ und GUTE ARBEIT durch ERNEUERBARE ENERGIEN". At the bottom, it says "DR. NINA SCHEER" and "Sie und Ihre Mandatsträgerin".

DAS GIBT ES NUR MIT EINER STARKEN SPD

- ✗ Versteigerung von Landesbehörden
- ✗ Nur 1,9 Mio. Wähler für die Wahlkampagne
- ✗ Zusätzliche Bemühungen für 10 Jahre Rentenreform
- ✗ Modell-Kontrollen durch den BKA
- ✗ Debatte um Software für die Wahlkampagne
- ✗ 12 Städte Wiederaufbau
- ✗ Nachbarschaft und das Leben in Dörfern
- ✗ Deutliche Steuererhöhung für Unternehmen
- ✗ Modell-Geldpolitik und eine starke Wirtschaftswachstum
- ✗ Zusätzliche Sozialabgaben
- ✗ Deutliche Erweiterung der Arbeitsmarktpolitik
- ✗ Modell-Parteienwahl mit über 1100
- ✗ 1000 Euro Bonus für Pflegebedürftige
- ✗ Vier weitere Gewerbe
- ✗ Modell-Vorhaben mit über 1100

Mehr für Dich.
Besser für Deutschland.
DESHALB: BEIDE STIMMEN SPD

A black and white portrait of Dr. Nina Scheer, a woman with long dark hair and glasses, wearing a dark blazer over a patterned top. She is smiling at the camera. To her right is a block of text with her name and political affiliation.



SPD Soziale Demokratie für Europa

„Richtigerweise sieht das Finanzpaket von CDU, CSU und SPD auch ein Sondervermögen für Infrastruktur vor. Es wird auch für die Energiewende gebraucht – als Teil der enormen Klimaschutz- und Transformationsaufgaben.
Hiervon werden insbesondere die nachfolgenden Generationen profitieren, weswegen es auch unseren Kindern gegenüber nicht nur verantwortbar, sondern geboten ist.
Eine Überarbeitung der Schuldensumme bleibt für diesen Bereich erforderlich.“

“
Die sektorübergreifend
steigende Nachfrage
nach Strom verlangt
mehr und nicht
weniger Ausbau
Erneuerbarer
Energien.

A black and white portrait of Dr. Nina Scheer, a woman with long grey hair and glasses, wearing a dark blazer over a blue top. She is seated with her hands clasped. To her left, a vertical column of text is displayed against a dark background.

Ein wichtiger Kernsatz und Anker für nachhaltige Wertschöpfung im Sondierungspapier: "Wir wollen alle Potentiale der Erneuerbaren Energien nutzen."

A portrait of Dr. Nina Scheer, MdB, a woman with long grey hair, wearing a light purple blouse, sitting and smiling at the camera.

A woman with long dark hair and glasses is speaking at a podium. She is gesturing with her hands as she speaks. The podium has the SPD logo and the text "Soziale Politik für Dich." on it.

A portrait of Dr. Nina Scheer, MdB, a woman with long grey hair and glasses, wearing a dark blazer over a blue top. She is seated and gesturing with her hands while speaking. The background is dark.

A black and white portrait of Dr. Birte Scheer, a woman with long grey hair and glasses, wearing a dark blazer over a blue top. She is smiling slightly and looking towards the camera. To her left is a quote in German. The background is dark.

„Die Einstufung als gesichert rechtsextrem stellt den Umgang mit der AfD auf eine neue Grundlage. Es liegt darin ein Auftrag an die Gesellschaft, das Wirken der AfD wieder zu egalisieren noch zu legitimieren. Das Unterlassen rechtlicher Schritte zum Schutz unserer Demokratie käme einer Legitimierung gleich.“

Das Parlament hat mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD zur Wahl von Friedrich Merz zum Bundeskanzler nun die Grundlagen für eine neue Regierung gelegt. Damit kann die Arbeit eines breit aufgestellten Bündnisses aufgenommen werden - getragen von einem Koalitionsvertrag, der Antworten auf entscheidende, insbesondere infrastrukturelle Anforderungen unserer Zeit findet.

